

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2014

Intensive Debatten im Parlament der Generationen



In den Ausschüssen und im Plenum des Parlaments der Generationen in Bonn wurde heftig um das zukünftige Miteinander von Jungen und Alten in der Gesellschaft gerungen
Foto: Aschoff – Wissenschaftsjahr 2013

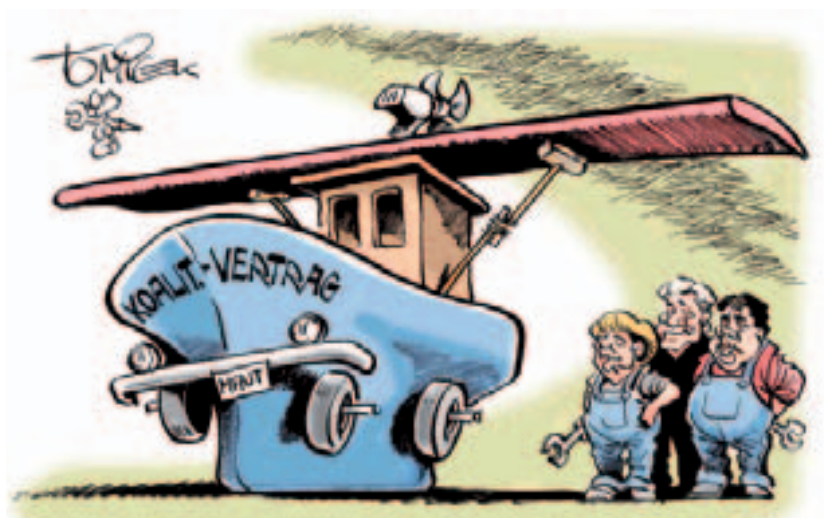
Die Folgen des demografischen Wandels für den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess waren Gegenstand einer Politiksimulation der besonderen Art. Im Parlament der Generationen in Bonn wurde heftig um Lösungsansätze für die Gesellschaft von morgen gerun-

gen. Der oft beschworene Kampf zwischen Jungen und Alten blieb aus. Am Ende stand die Erkenntnis, dass die unterschiedlichen Interessen sehr wohl ausgeglichen und abgestimmt durchgesetzt werden können.

Siehe Seite 3

Wahlen mit Paukenschlag

Die CSU in Bayern wieder mit absoluter Mehrheit, die Union im Bund knapp darunter. Die FDP zum ersten Mal nicht im Bundestag, die Euro-Kritiker der AfD fast drin, die LINKE als drittstärkste Kraft mit Gregor Gysi als Oppositionsführer. In Hessen die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland: Wahlen mit dem Paukenschlag. Und das alles nur wegen Merkels asymmetrischer Mobilisierung, Veggie-Day, Steinbrücks Stinkefinger und Stefan Raab? Demoskopien, Politikberater und Kommunikationswissenschaftler analysierten das Wahljahr 2013.



Siehe Seite 9 „Tiemwörk“

Zeichnung: Tomicek

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Eigennütziges Miteinander der Generationen	3
Perspektiven des Föderalismus	7
Kontroverse Nachlese zur Bundestagswahl 2013	9
Skepsis gegenüber dem neuen Wahlrecht	13
Reizüberflutung im Sekundentakt	17
Politiker und Journalisten im Berliner Hamsterrad	20
Social Media als Chance für Kommunalpolitiker	22
Ein unbequemer Streiter für Freiheit und Recht	23
Starke Zunahme rechtspopulistischer Strömungen in ganz Europa	24
Strategien gegen den alltäglichen Rassismus	26
Geschichte(n) zum Klingen bringen	27
Fragen an Europa: Wie viel Solidarität braucht die EU?	28
Streitpunkt Videoüberwachung	30
Dynamik und Flexibilität der Arbeitswelt	32
Orient und Okzident – Konkurrenz der Kulturen?	33
Innenansichten des Buddhismus	34
Eine sizilianische Reise	36
Ein Universalgelehrter mit vielen Talenten	39
Glückwünsche an Ursula Männle zum 70. Geburtstag	40
Führungswechsel in den Akademiegemien	41
Erfolgreiche Arbeit für transatlantischen Kulturaustausch	42
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	43
Pressespiegel	47
Themen – Tagungen – Termine	50
Förderkreis: Einladung zur Mitgliedschaft	55
Namen und Nachrichten	56

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula **Mü**ch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm **Rothenpieler**

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus **Meisel**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Andreas **Kalina**
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**
Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz**
Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg **Siegmund** M.A.
Pers. Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Müch (verantw.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing
Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Eigennütziges Miteinander der Generationen

Eine Politiksimulation zum demografischen Wandel

Um es vorweg zu sagen: Der von vielen beschworene Kampf zwischen Jungen und Alten ist ausgeblieben. Und das, obwohl beim sogenannten Parlament der Generationen intensiv und kontrovers über die Folgen des demografischen Wandels diskutiert und um politische Lösungsansätze gerungen wurde. Am Ende setzte sich aber die Erkenntnis durch, dass die Interessen der verschiedenen Altersgruppen häufig gar nicht so weit auseinander liegen und mit einer abgestimmten Politik zufriedenstellend durchgesetzt werden können.

Mit dem Parlament der Generationen hat die Akademie für Politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung etwas wirklich Einzigartiges gewagt: eine Politiksimulation, die die Auswirkungen des demografischen Wandels untersucht. Und zwar nicht die Auswirkungen auf einzelne Politikfelder wie den Arbeitsmarkt, das Gesundheitssystem oder den Bildungssektor, sondern die Folgen des demografischen Wandels für den politischen Willensbildungs- und Entscheidungs-

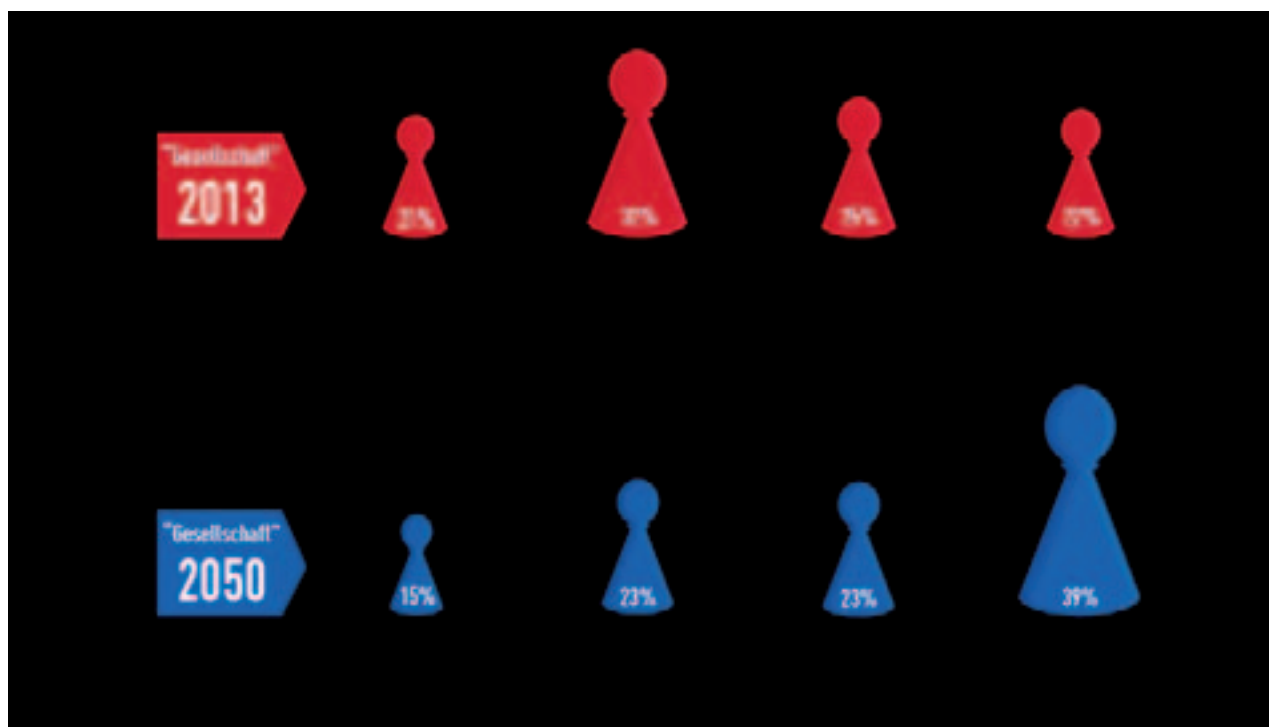
prozess. Denn unstrittig ist, dass sich die gesellschaftliche Machtverteilung zwischen den Altersgruppen im Jahr 2050 deutlich von der heutigen Machtverteilung unterscheiden wird. Während 2013 die Gruppe der über 66-Jährigen etwa 22 Prozent der Gesamtbevölkerung umfasst, wird ihr Anteil bis zum Jahr 2050 auf rund 39 Prozent aller hier lebenden Menschen steigen.

Wie wirkt sich also die Tatsache, dass wir „weniger, älter und vielfältiger“ werden, zum Beispiel auf die Diskus-

sionen in den Parlamenten, auf die Mehrheitsfindung und damit auch auf die Abstimmungsergebnisse bei künftigen Gesetzgebungsprozessen aus? Ist es etwa so, dass die Frage der Aus- und Weiterbildung junger Menschen in den Hintergrund rückt, weil sich die rasant wachsende Gruppe der Älteren nur noch für Rentenpolitik und die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems interessiert? Brauchen die weniger werdenden Jüngeren daher zusätzliche Unterstützung, um ihre Interessen zu Gehör zu bringen? Oder wird es gelingen, wichtige Zukunftsprojekte auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels generationenübergreifend anzupacken?

Zwei Parlamente

Um Antworten auf diese Fragen zu geben, hat das Parlament der Generationen gewissermaßen als Zwillingparlament gearbeitet. Das heißt, dass es zwei Parlamente gab, deren Struk-



So wandelt sich Alterszusammensetzung der Gesellschaft bis 2050

turen, Diskussionsthemen und Rahmenbedingungen identisch waren, deren demografische Zusammensetzung sich jedoch deutlich unterschieden hat.

Während das eine Parlament die gegenwärtige Bevölkerung Deutschlands widerspiegelte, repräsentierten die Mitglieder des anderen Parlaments mit Blick auf Alter, Herkunft und Bildung die voraussichtliche Bevölkerungsstruktur im Jahr 2050. Diskutiert haben beide Gruppen, also das Szenario 2013 und das Szenario 2050, die gleichen Themen und unter Annahme ansonsten gleicher Rahmenbedingungen, aber völlig unabhängig voneinander. Nur dadurch war es möglich, die Diskussionsverläufe und Abstimmungsergebnisse am Ende zu vergleichen und daraufhin zu untersuchen, ob und wie die unterschiedliche demografische Zusammensetzung den politischen Prozess und dessen Ergebnisse beeinflusst hat.

Weil die Akademie mit dieser Politiksimulation neue Wege gegangen ist, waren zunächst umfangreiche Vorbereitungen erforderlich, von deren Ausmaß wohl keiner der Beteiligten zu Beginn eine auch nur halbwegs realistische Vorstellung hatte. Bereits im März 2013 wurde eine Projektgruppe unter Leitung der Akademiedirektorin Ursula Münch gebildet, der mit Jörg Siegmund, Robert Lohmann, Sebastian Schäffer und Juliane Schwab erfahrene Simulationsexperten angehörten.

Für die Berechnung der Bevölkerungsstruktur Deutschlands im Jahr 2013 bzw. 2050 konnte mit Nora Sánchez Gassen zudem eine ausgewiesene Demografin von der Universität Stockholm gewonnen werden. Sie hat anhand von Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und des Statistischen Bundesamtes sowie aufgrund bestimmter Annahmen zur weiteren Entwicklung der Geburten- und Sterberate, der Migration und weiterer demografischer Parameter analysiert, welche Merkmale die jeweilige Bevölkerung beider Szenarien charakterisieren. Hingegen oblag die eigentliche Teilnehmerrekrutierung dem Umfrage-

zentrum Bonn, das durch Anrufe zufallsgenerierter Telefonnummern ganz unterschiedliche Menschen zum Mitmachen an dieser Simulation ermuntert hat. Die abschließende Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Interessenten erfolgte letztlich so, dass diese aufgrund ihrer persönlichen Merkmale bereits weitestgehend die Bevölkerung 2013 bzw.

unterschiedliche Interessen der Generationen berühren und verschiedene Handlungsoptionen zulassen, um Kontroversen zwischen den Altersgruppen zu ermöglichen. Die Themen mussten zudem nah an der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausgerichtet und durch den demografischen Wandel geprägt, aber nicht zu komplex sein, damit auch Laien mitdiskutieren konnten.



Das Team der Akademie: Jörg Siegmund, Juliane Schwab, Ursula Münch, Robert Lohmann, und Sebastian Schäffer (von links)

Fotos: Geza Aschoff – Wissenschaftsjahr 2013

2050 repräsentierten. Daher musste nur in geringem Umfang einzelnen Teilnehmern durch sogenannte Rollenprofile ein von ihrer tatsächlichen Situation abweichender Bildungshintergrund oder ähnliches zugewiesen werden.

Komplexer Prozess

Ein zweiter Schwerpunkt der Vorbereitungsphase lag auf der Auswahl und Aufbereitung geeigneter Probleme und Lösungsansätze, über die die Mitglieder des Parlaments der Generationen beraten sollten. Was zunächst sehr einfach klingt, erwies sich als ein komplexer und langwieriger Prozess, da die zur Diskussion stehenden Themen mehreren Anforderungen genügen mussten. Sie sollten zum Beispiel

Die Wahl fiel schließlich auf drei Herausforderungen, die beim Parlament der Generationen debattiert wurden: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Zukunft der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen und die Qualitätssicherung im Bildungsreich.

Auch bei dieser inhaltlichen Vorbereitung konnte die Akademie auf das Wissen mehrerer Experten zurückgreifen. Michaela Coppola vom Munich Center for the Economics of Aging (MEA), Andrea Dittrich-Wesbuer vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) sowie Harald Wilkoszewski von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) standen der Akademie bei der Vorbereitung und den Teilnehmern der Politiksimulation



auch persönlich zur Seite und trugen somit ganz wesentlich zum Gelingen dieser Veranstaltung bei.

Vier Altersfraktionen

Im November 2013 war es endlich soweit: Am ehemaligen Sitz des Deutschen Bundestages in Bonn kamen die mehr als 200 Mitglieder des Parlaments der Generationen zusammen, das zugleich den Höhepunkt und Abschluss des „Wissenschaftsjahres 2013 – Die demografische Chance“ bildete. Die Teilnehmer hatten sich bereits im Vorfeld anhand von Unterlagen auf die Diskussionen und Abstimmungen vorbereitet und fieberten nun – ganz ähnlich den Organisatoren – dem Beginn dieses Experiments entgegen.

deren Parlamenten auch, in Fachausschüssen, die jeweils einem der drei Themenbereiche – Familie und Beruf, Regionen sowie Bildung – zugeordnet waren.

Um die Diskussionen in diesen Ausschüssen zu fokussieren und auch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Szenarien 2013 und 2050 sicherzustellen, hatten die Teilnehmer im Vorfeld bereits Arbeitspapiere mit einigen Rahmenvorgaben zum jeweiligen Thema erhalten, die den Verhandlungsspielraum strukturieren sollten.

Im Bildungsausschuss mussten die Parlamentarier etwa entscheiden, wo die Qualitätsoffensive Bildung ansetzen sollte: im vorschulischen und schulischen Bereich oder aber bei der Weiterbildung im Erwachsenenalter. Anschließend war festzulegen, welche

druckende Sitzung fand im Plenarsaal des ehemaligen Bundestagsgebäudes statt und wurde vom Alterspräsidenten des Parlaments der Generationen, dem 88-jährigen Herwarth Stadler aus Peißenberg, eröffnet.

Sachlichkeit und Offenheit

Welche Erkenntnisse konnten aus den Verhandlungen gewonnen werden? Wie haben die Teilnehmer diskutiert, miteinander gerungen und abgestimmt? Zu welchen Ergebnissen ist insbesondere das Team um Clemens Tesch-Römer, dem Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen, gekommen, das die Verhandlungen des Parlaments der Generationen begleitet und wissenschaftlich ausgewertet hat?



Intensive Beratungen im Plenum und den Ausschüssen des Parlaments der Generationen

Die Arbeitsweise des Parlaments der Generationen, sowohl in der Zusammensetzung 2013 als auch 2050, entsprach weitgehend den bekannten parlamentarischen Abläufen. Um die Bedeutung von altersgruppenspezifischen Interessen zu betonen, erfolgte die Meinungsbildung jedoch nicht in parteipolitisch konstituierten Fraktionen, sondern in jeweils vier Altersfraktionen, den sogenannten Generationenräten. Hier kamen die Mitglieder zusammen, die gleiche altersgruppenspezifische Interessen verfolgten, um eine gemeinsame Positionierung zu erreichen und diese in die Beratungen der verschiedenen Problemfelder und Handlungsoptionen einfließen zu lassen. Die Ausarbeitung der Beschlussvorlagen erfolgte hingegen, wie in an-

konkreten Maßnahmen innerhalb des zuvor ausgewählten Schwerpunktbereichs gefördert werden sollen.

Durch diese Zuspitzung der Entscheidungssituation auf bestimmte Optionen wurden nicht nur die unterschiedlichen Interessen der Generationen angesprochen – es entspricht vielmehr auch der politischen Realität, dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht für alle wünschenswerten Förderprogramme reichen, so dass Akzente entsprechend den politischen Zielvorstellungen der Mehrheit gesetzt werden müssen.

Am Ende der Simulation wurde natürlich im Plenum über die verschiedenen Beschlussvorlagen abgestimmt. Diese für alle Beteiligten besonders beein-

Zunächst ist der überaus respektvolle und konstruktive Umgang der Teilnehmerinnen und Teilnehmer miteinander festzuhalten, den alle Beteiligten am Ende der Veranstaltung hervorgehoben haben. Das Diskussionsklima war von Anfang an geprägt durch eine große Sachlichkeit und Offenheit, gerade auch über Generationengrenzen hinweg. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Verhandlungen wider: Beide Szenarien entschieden sich zum Beispiel im Bildungssektor – trotz des teilweisen Widerstandes der ältesten Generation – für eine Förderung des vorschulischen und schulischen Bereichs mit dem Argument, dass eine bessere (Aus-)Bildung am Beginn des Lebenslaufs die Chancen auf Bildungserfolge auch auf dem weiteren



Lebensweg erhöhe. Im Ausschuss Familie und Beruf entschieden beide Szenarien, das „Vereinbarkeitsmodell“ besonders zu stärken, das Eltern ermöglichen soll, trotz der Erziehung von Kindern weiterhin am Erwerbsleben teilzuhaben. Dieses Modell wurde vor allem von den jüngeren Generationen präferiert, wobei die Diskussionen weniger entlang von Altersgruppen, sondern entlang von unterschiedlichen Präferenzen hinsichtlich der Rollenverteilung bzw. Gleichberechtigung von Männern und Frauen erfolgten.

Hohe Übereinstimmung

Und auch im Ausschuss Regionen entschieden sich die Parlamentarier bei beiden Szenarien für die gleichen Bereiche der Daseinsvorsorge, die in schrumpfenden Regionen besonders gefördert werden sollten: der Öffentliche Personennahverkehr, die Versorgung pflegebedürftiger Menschen und die Kinderbetreuung. Im Plenum wurden die Beschlussvorlagen der Ausschüsse abschließend mit sehr großen Mehrheiten – die Zustimmung schwankte zwischen 77 und 91 Prozent – angenommen.

Unterschiedliche Strategien

Trotz dieser nahezu einmütigen Ergebnisse lohnt sich ein genauerer Blick auf die Verhandlungsführung, die interessante Unterschiede im strategischen Verhalten und der Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Generationen offenbart. Am Beispiel der Verhandlungen in den Bildungsausschüssen bei beiden Szenarien lässt sich das besonders gut nachvollziehen. Im Szenario 2013 warb die Generation der „Kenner“ (über 66-Jährige) als einzige Gruppe und trotz erkennbarer Widerstände der anderen Generationen nachdrücklich für die Förderung der Weiterbildung im Erwachsenenalter. Nachdem sie sich jedoch im Ausschuss nicht durchsetzen konnten, bemühten sich die „Kenner“, einzelne Punkte des von ihnen favorisierten Modells in das mehrheitsfähige Modell einer Förderung der vorschulischen und schulischen Bildung einfließen zu lassen.

Im Szenario 2050 herrschte hingegen von Anfang an Einvernehmen aller Ausschussmitglieder darüber, dass die Förderung der vorschulischen und schulischen Bildung Priorität habe. Mit Blick auf die Finanzierung einzelner Maßnahmen ließen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Generationen erkennen. Obwohl die jüngste Altersgruppe, die „Starter“, eine hohe Mittelzuweisung für die Aus- und Weiterbildung der Lehrer bevorzugte, setzten sich die anderen Generationen durch, die eher vorbeugende Maßnahmen wie die Minimierung von Bildungsrisiken favorisierten. Obwohl der Ausschuss somit einen klaren Schwerpunkt auf die För-

jeweiligen Mehrheitsentscheidung interessante Unterschiede im strategischen Verhalten der einzelnen Generationen beobachtet werden.

Drei Schlussfolgerungen scheinen besonders bemerkenswert: Erstens zeichnete sich beim Parlament der Generationen ab, dass sich Konfliktlinien auch künftig nicht zwingend zwischen den Altersgruppen, sondern vermehrt innerhalb von Generationen bilden. Hier treten laut Tesch-Römer „große soziale Unterschiede sowie auch große Differenzen der politischen Einstellungen“ auf – und diese interne Heterogenität sei besonders bei den größeren Generationen, sprich: künftig bei den Älteren, sehr ausgeprägt.



Im alten Plenarsaal des Bundestags in Bonn fand das Parlament der Generationen statt

derung der jüngeren Generation setzte, gelang es den „Startern“ bei der konkreten Ausgestaltung des Modells nicht, ihre Interessen durchzusetzen. Dies erklärt die hohe Zahl von Enthaltungen zu dieser Beschlussvorlage bei der Abschlussabstimmung.

Lässt man sich also von den insgesamt großen Zustimmungsraten zu den einzelnen Beschlussvorlagen im Plenum nicht blenden, dann offenbart der Blick auf die Diskussionsverläufe interessante Erkenntnisse zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf politische Entscheidungsprozesse. So konnten auf dem Weg zu der

Sie erschwert die Findung gemeinsamer altersgruppenspezifischer Positionen, so dass Konflikte, die sich eindeutig an Generationengrenzen orientieren, wenig wahrscheinlich sind.

Zweitens müssen selbst ausgeprägte altersgruppenspezifische Interessen nicht in unlösbaren Konflikten münden, weil sie miteinander verzahnt sind. Dies ist besonders bei den Diskussionen zur Stärkung bestimmter Bereiche der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen deutlich geworden. Laut Dittrich-Wesbuer „bemerkte eine jüngere Teilnehmerin, dass eine Stärkung der Pflege später auch ihre Generation von Pflichten entlasten könnte.“ Und



die Älteren machten sich für die Förderung von Kinderbetreuungsangeboten stark, weil Pflegekräfte nur dann in schrumpfenden Regionen gehalten werden können, wenn diese auch für sie und ihre Familien attraktiv bleiben. Eigennützige Motive und ein generationsübergreifendes Miteinander sind also keine Widersprüche; sie gehen oft Hand in Hand.

Quantität nicht entscheidend

Drittens ist die Größe einer Interessengruppe nicht allein ausschlaggebend für deren Durchsetzungsfähigkeit. Viele Beobachter zeigten sich überrascht von der starken Peergroup-Orientierung der jüngeren Teilnehmer, also deren Ausrichtung an den ungefähr Gleichaltrigen. „Die Jüngeren entwickelten auch einen größeren Ehrgeiz, ihre Ziele zu erreichen, und sie glichen ihre zahlenmäßige Unterlegenheit durch gute Organisation und Verhandlungsgeschick aus“, so das Fazit von Tesch-Römer, auch wenn sich dies im oben dargestellten Beispiel aus dem Bildungsausschuss 2050 nicht beobachten ließ.

Ganz nebenbei haben die Mitglieder des Parlaments der Generationen natürlich auch noch jede Menge gelernt über die Schwierigkeiten der politischen Entscheidungsfindung. Befragt danach, was ihn am meisten überrascht habe, antwortete ein Teilnehmer: „wie anstrengend und kompliziert es sein kann, Politik zu machen.“ Ein anderes Mitglied des Parlaments der Generationen resümierte seine Erfahrungen folgendermaßen: „Die Arbeitsweise eines Parlaments wurde sehr gut ersichtlich, dies wirkt möglicherweise der Politikverdrossenheit entgegen.“

Angesichts dieser Erfahrungen liegt es auf der Hand, dass die Akademie für Politische Bildung auch in Zukunft ähnliche Politiksimulationen zum demografischen Wandel durchführen wird. Nicht in Bonn und vielleicht nicht unbedingt mit mehr als 200 Teilnehmern, dafür aber mit etwas mehr Zeit und dem gleichen Maß an Enthusiasmus wie bei diesem Parlament der Generationen. ■

Jörg Siegmund

Siehe Presseschau S. 49

Perspektiven des Föderalismus

Kontroversen um Bildungspolitik und Finanzausgleich

Das Prinzip der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern gehört zum festen Bestandteil des politischen Systems der Bundesrepublik. Der Föderalismus ist in den Köpfen der Menschen verankert. Aber seine notwendigen Reformen – das Ringen um den Länderfinanzausgleich und das Bildungssystem sowie die Kompetenzverlagerungen auf die europäische Ebene – zeigen, dass selbst ein so grundsätzliches Strukturprinzip regelmäßig der Debatte, Überprüfung und eventuell der Überarbeitung bedarf.

„Der Föderalismus ist die Großbaustelle deutscher Staatlichkeit“, sagte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Das Bundesstaatsprinzip müsse sich immer wieder neu legitimieren. Für wirkliche Eigenstaatlichkeit fehle vielen Ländern jedoch das Potenzial. Angesichts des Wunsches nach möglichst einheitlichen Lebensverhältnissen, einer zu geringen finanziellen Eigenstaatlichkeit und der Skepsis vieler Bürger gegenüber den komplizierten föderalen Entscheidungsmechanismen, verlore der Bundesstaat seine Vertrauensgrundlage. Will man das bundesstaatliche Prinzip am Leben erhalten, müsse man es der Bevölkerung immer wieder neu begreiflich machen. Ansonsten drohe die faktische Wandlung zu einem dezentralen Einheitsstaat. Papier machte sich besonders für eine Neugliederung der Bundesländer stark. Sie sei Voraussetzung dafür, dass alle Länder eine mögliche Rückübertragung von Kompetenzen überhaupt nutzen könnten.

Kontrolle und Machtverteilung

Auch Walter Schön, Amtschef des bayerischen Justizministeriums, betonte: „Föderalismus ohne Föderalisten kann es nicht geben“. Schön war maßgeblich an der Konzipierung der

Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 beteiligt. Durch viele Machtzentren im Bundesstaat würden die Entscheidungsabläufe zwar schwieriger, aber vielfältiger, so der Jurist. Auch würde die Legitimation von Herrschaft gesteigert, da durch die Wahlen auf



Walter Schön (links): „Weniger auf Ausgleich, mehr auf Anreize setzen.“ Hans-Jürgen Papier: „Föderalismus wieder begreiflich machen“

Länderebene die demokratische Kontrolle verstärkt und Macht verteilt werde. Schön plädierte vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über den Länderfinanzausgleich dafür, weniger Akzente auf Ausgleich als auf Anreize zu setzen.

Für eine Finanzreform trat der Augsburger Verfassungs- und Steuerrechtler Gregor Kirchhof ein: Die deutsche Schuldenpolitik widerspreche dem Grundgesetz und europäischen Normen – trotz der mittlerweile beschlossenen Schuldenbremse – weil gleichzeitig das Budgetrecht der Länder zu stark eingeschränkt sei.

►

Die Steuergesetze verabschiedete alleine der Bund, ein Großteil der Länderausgaben beschränkt sich aber auf die Verwaltungsebene dieser Gesetze. Hinzu kommt, dass vom Länderfinanzausgleich vor allem die Finanzkraft der Stadtstaaten profitiert. Fragen nach Gerechtigkeit, die mit dem föderalen deutschen Steuer- und Finanzsystem zusammenhängen, werden wohl noch lange gestellt werden.

kommen? Volker Ratzmann, Abteilungsleiter bei der Landesvertretung von Baden-Württemberg beim Bund, hält eine große Föderalismusreform für wünschenswert. Denn eine Neuordnung könne die politische Souveränität und Gestaltungsfreiheit der deutschen Länder sichern. Jedoch halte er eine solche Reform kaum für realistisch. „Wahrscheinlich läuft es auf Anpassungen des Finanzausgleichs im Detail hinaus“, so Ratzmann.

Das Zusammenspiel der Länder mit der europäischen Ebene analysierte die Leiterin der Bayerischen Vertretung in Brüssel Angelika Schlunck.

Bei der Rechtssetzung komme – viel stärker als der Ausschuss der Regionen – der Bundesrat ins Spiel. Schlunck wies darauf hin, dass sich die regionalen Ebenen in Staaten wie Frankreich, Spanien und Italien stark unterscheiden.



Gregor Kirchhof: „Deutsche Schuldenpolitik widerspricht dem Grundgesetz“
Fotos: Haas



Heidi Weidenbach-Mattar: „Keine Belege für Optimierung des Wissens durch Zentralisierung“



Angelika Schlunck: „Intensivierung der europäischen Öffentlichkeit durch die Krise“

Die Stellung der einzelnen Region in der EU hängt jeweils vom Recht des betreffenden Staates ab, so Schlunck. Durch die Krise habe sich die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit intensiviert. Die deutschen Länder treten dabei offensiv in Brüssel auf.

Für Länder wie Landesbewohner gebe es in der EU viele Partizipationsmöglichkeiten: vom

Neben den Finanzen ist die Bildungspolitik ein weiteres Hauptthema der öffentlichen Föderalismusdebatte. Aus erster Hand informierte Heidi Weidenbach-Mattar über den aktuellen Stand. Sie ist Ständige Vertreterin des Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz (KMK) und zeigte, dass sie eine bekennende Anhängerin der föderal organisierten Bildungspolitik ist. Sie kenne keine Belege dafür, dass Zentralisierung das Wissen optimiere.

Der Nürnberger Politikwissenschaftler Roland Sturm erwartet bei entsprechenden Reformbemühungen ein langwieriges Kompetenzgerangel. Er gab zu bedenken: „Die Bürger sind an einer solchen Kommission nicht interessiert“.

Bürgerbegehren über regionale Zusammenschlüsse bis zur Stimmabgabe bei der Europawahl. ■

Sebastian Haas / Gero Kellermann

„Die Vielfalt in der Einheit ist doch entscheidend für die kulturelle und soziale Prägung der Länder und der gesamten Bundesrepublik“, sagte Weidenbach-Mattar und wies auf die Ergebnisse des aktuellen Schulvergleichstests hin. Danach würden die meisten Schüler die Standards für einen Abschluss bereits ein Jahr zuvor erfüllen – die Medien interpretierten die Ergebnisse dennoch gerne anders.

Reform Nummer drei?

Sollte es nach den Föderalismusreformen I und II (aus den Jahren 2006 und 2009) zu einer Föderalismusreform III



Im ehemaligen Preußischen Herrenhaus in Berlin tagt heute der Bundesrat
Foto: wikimedia commons

Kontroverse Nachlese zur Bundestagswahl 2013

Uneinigkeit über Perspektiven für das Parteiensystem

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom September 2013 glich einem Paukenschlag: Während die FDP zum ersten Mal seit 1949 auf Bundesebene an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, gelang der Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Stand fast der Einzug in das deutsche Parlament. Und die Unionsparteien verpassten nur um Haaresbreite die absolute Mehrheit der Mandate – mit gerade einmal 41,5 Prozent der Wählerstimmen. Viel Diskussionsstoff also für unsere Wahlanalysetagung, die bereits zum sechsten Mal gemeinsam mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. in Tutzing veranstaltet wurde.

Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap, beschrieb mit seinen Umfragedaten die Hintergründe für das Abschneiden der einzelnen Parteien. Er hob besonders die im Vergleich zu 2009 sehr positive wirtschaftliche Lage und die damit einhergehende Zufriedenheit mit der amtierenden Bundesregierung hervor, die in den Augen



Richard Hilmer: „Viele Bürger wollten einen ‚dosierten Wechsel‘“

vieler Wahlberechtigter Deutschland insgesamt gut durch die Währungs- und Wirtschaftskrise geführt habe. Allerdings sei diese Einschätzung nur der Union zugekommen, während es die FDP von Beginn der letzten Legislaturperiode an versäumt habe, für die von ihr zuvor proklamierten Wahlziele auch tatsächlich einzutreten. Ein Feh-

ler der Liberalen sei dabei insbesondere der Verzicht auf das Finanzministerium gewesen, das in der Eurokrise zu Lasten des Außenministeriums deutlich an Statur gewonnen habe. Hilmer diagnostizierte zusammenfassend den Wunsch vieler Bürger nach einem „dosierten Wechsel“, der im Ergebnis zu einer neuen Koalition geführt hat.



Christian Kellermann: „SPD mit aufgezwängter Defensivstrategie“

Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach hob vor allem das langfristig gewandelte Verhältnis der Deutschen zur Politik hervor, das er als „entemotionalisiert“ beschrieb. Hinzu komme eine allgemeine politische „Ermattung“ vieler Menschen angesichts der europäischen Dauerkrise, wodurch es den Parteien schwerer

als früher falle, potentielle Wähler mit ihren Kampagnen zu mobilisieren.

Der Frage, anhand welcher Faktoren das individuelle Wahlverhalten erklärt werden kann, ging zum Abschluss des ersten Panels Sigrid Roßteutscher von der Universität Frankfurt nach. Sie konnte mit ihren Daten nachweisen, dass der sozialpsychologische Ansatz, der das Wahlverhalten auf die Faktoren Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierung zurückführt, nach wie vor eine beachtliche Erklärungskraft besitzt – lediglich die Wahl der kleineren Parteien wie der FDP, AfD oder Piraten scheine anderen Motiven zu entspringen und könne nicht auf die drei genannten Variablen zurückgeführt werden.

Da die Analyse des Wahlergebnisses auch die Angebotsseite der Politik einbeziehen muss, nahm sich ein weiteres Panel der Strategien der Parteien im Wahlkampf an.

Christian Kellermann, Mitarbeiter beim SPD-Bundesvorstand, erläuterte dabei zunächst den Ansatz seiner Partei, einerseits die gute Wirtschaftslage nicht zu bestreiten, andererseits aber zugleich auch den großen Investitionsbedarf herauszustellen und dessen Finanzierung mit einem eigenen Steuerkonzept aufzuzeigen. Dieses sei im Wahlkampf jedoch nicht vermittelbar gewesen und habe der SPD sogar eine Defensivstrategie aufgezwängt, weil die Partei vorwiegend erklären musste, warum ein Großteil der Menschen von Steuererhöhungen gar nicht betroffen gewesen wäre. Weil die Union zudem ihrerseits mit den Mindestlöhnen oder der Mietpreisbremse Gerechtigkeitsaspekte aufgegriffen habe, konnte der themenfokussierte Wahlkampf der SPD nicht überzeugen.

Viola Neu von der Konrad-Adenauer-Stiftung verwies in ihrer Analyse des



Unionswahlkampfes die These von der asymmetrischen Mobilisierung in den Bereich der Wahlkampfmythen. Entweder gewinnt eine Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt in nahezu allen Wählersegmenten oder aber sie verliert fast gleichmäßig Stimmen. Diesen Befund konnte Neu optisch eindrucksvoll anhand der „Parallelität der Linien“ untermauern, die die Stimmenanteile der Union in verschiedenen Wählergruppen über einen längeren Zeitraum wiedergeben. Daher scheiterte der Wunsch einiger Parteistrategen, gezielt bestimmte Wählergruppen zu mobilisieren, oftmals in der Realität.



Viola Neu: „Wahlkampfmythos asymmetrische Mobilisierung“

Hausgemachte Probleme

Ralf Tils, Mitbegründer der Agentur für politische Strategie in Hamburg, untersuchte schließlich die Wahlkampfstrategien von Grünen, Linken und FDP, denen er insgesamt eine große Abhängigkeit von Rahmenbedingungen bescheinigte, die sie selbst kaum beeinflussen könnten.

Und trotzdem identifizierte Tils eine Reihe hausgemachter Probleme, etwa bei den Grünen, die einerseits die kommunikative Kraft der eigenen Argumente in der Steuerpolitik überschätzt und andererseits die Reaktivierbarkeit negativer grüner Stereotype – Stichwort: Veggie-Day und Verbotspartei – unterschätzt hätten.

Der FDP attestierte er einen äußerst reduzierten Wahlkampf, von dem in erster Linie ein ausgeprägter Wirtschaftsliberalismus und die Selbstdarstellung als reiner Funktionspartei in Erinnerung blieben.

Die Linken hätten im Vorfeld der Wahl hingegen die Rolle eines Zaungastes eingenommen, was ihnen einen „Wahlkampf der reinen Lehre“ mit klassischen Themen wie der Sozial- und Friedenspolitik ermöglicht habe, wodurch diese Partei bei ihrer Stammklientel punkten konnte.



Ralf Tils: „Die Linke punktet bei ihrer Stammklientel“ Fotos: Haas

Gerade das Scheitern der FDP wurde auch in der anschließenden Diskussion mehrfach aufgegriffen, wobei Petersen schon in seinem Vortrag angemerkt hatte, dass liberale Positionen durchaus breite Unterstützung in der Bevölkerung fänden, aber eben nicht die Art und Weise, mit der sie von der FDP vertreten worden seien. Viele Tagungsteilnehmer zeigten sich zudem besonders überrascht von der völlig unvorbereiteten und konzeptionslosen Reaktion der liberalen Parteiführung auf die Niederlage bei der bayerischen Landtagswahl.

Unterschiedliche Mobilisierung

Den Wechselwirkungen zwischen Landtags- und Bundestagswahl gingen auch Kerstin Völkl von der Universität Halle-Wittenberg und Matthias Jung, Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen e.V., in ihren Vorträgen nach. Völkl belegte dabei für Bayern nur einen schwachen bun-

despolitischen Einfluss auf Landtagswahlen; Effekte der Bundespolitik, wie etwa der Amtsbonus des Bundeskanzlers, seien auf Landesebene demgegenüber vor allem in den neuen Ländern nachweisbar. Jung verwies unter anderem auf die unterschiedlichen Mobilisierungseffekte bei beiden Wahlen: Während die Wähler bei der Landtagswahl überdurchschnittlich gut mobilisiert werden konnten, lag die Wahlbeteiligung in Bayern bei der darauffolgenden Bundestagswahl unter dem Bundesdurchschnitt. Dieser Effekt des kurzen zeitlichen Abstands der Wahlen habe der CSU Sitze im Bundestag gekostet.

Kritik am neuen Wahlrecht

Das geänderte Wahlrecht als weitere Einflussgröße auf das Ergebnis der Bundestagswahl stand im Fokus von Joachim Behnke von der Zeppelin-Universität Friedrichshafen. Behnke sparte dabei nicht mit Kritik am neuen Wahlrecht, dessen unklare Formulierung er heftig geißelte (siehe auch Seite 13).

Ausgleichsmandate, die zu einer deutlichen Vergrößerung des Parlaments führen können, resultierten zudem



Analysierten Wechselwirkungen zwischen Landtags- und Bundestagswahl: Kerstin Völkl und Matthias Jung

nicht vorwiegend aus dem Ausgleich von Überhangmandaten. Vielmehr entständen sie vor allem bei einer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in einem Land und bei einem über-



durchschnittlichen Stimmenanteil von Parteien in einem Land, die bundesweit an der Sperrklausel scheitern, wie etwa der Freien Wähler.

Beide Effekte trafen bei der letzten Bundestagswahl auf Bayern zu, so dass die Vergrößerung des Parlaments um 33 Mandate vor allem auf das Wahlverhalten im Freistaat zurückzuführen sei. Dass das geänderte Wahlsystem aufgrund der Ausgleichsmandate keinen Anreiz mehr zum Stimmensplitting biete, die Wähler aber weiterhin wie zuvor ihre Stimmen auf unterschiedliche Parteien aufteilten, wertete Behnke zudem als Beleg, dass das Wahlrecht von einem Großteil der Bevölkerung schlicht nicht verstanden worden sei.

Politische Entfremdung

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung lag auf den Auswirkungen der Wahlkampfkommunikation. Frank Brettschneider von der Universität Hohenheim, unterstrich die Bedeutung des Themenmanagements, das drei Schritte umfasse. Neben der Identifizierung relevanter Themen durch eine Partei müssten diese auch angemessen priorisiert und schließlich kommuniziert werden. Brettschneider bescheinigte

den Grünen beispielsweise eine falsche Schwerpunktsetzung bei ihren zentralen Botschaften im Wahlkampf. Nach der Eurokrise und der Außenpolitik sowie sozialen Fragen sei die Umwelt- und Energiepolitik – einst der Markenkern der Grünen – erst an dritte Stelle gesetzt worden, was nicht zur Mobilisierung eigener Anhänger beigetragen habe.

Wolfgang Donsbach von der Technischen Universität Dresden stellte als Ergebnis seiner Forschungen den „dissonanztheoretischen Teufelskreis der politischen Entfremdung“ vor, der – vereinfacht gesagt – beschreibt, wie aus einer rückläufigen Nachrichtennutzung ein abnehmendes Verständnis des politischen Geschehens resultiert, das zu einer Desidentifikation mit und schließlich zu einem Desinteresse an der Politik führt. Nachrichten würden dann noch weniger wahrgenommen. Die Folge sei ein Teufelskreis, der es Parteien angesichts von komplexeren politischen Herausforderungen immer schwerer machen würde, potentielle Wähler anzusprechen.

Carsten Reinemann, Kommunikationswissenschaftler der Ludwig-Maximilians-Universität München, analysier-

te im Anschluss den Einfluss des Medienklimas auf das individuelle Wahlverhalten.

Meinungsklima und Wahlverhalten

Er konnte nachweisen, dass insbesondere die Umfrageerinnerung relativ ungenau sei und veröffentlichte Umfragen daher keinen großen Einfluss auf die Stimmvergabe durch die Wähler ausübten.

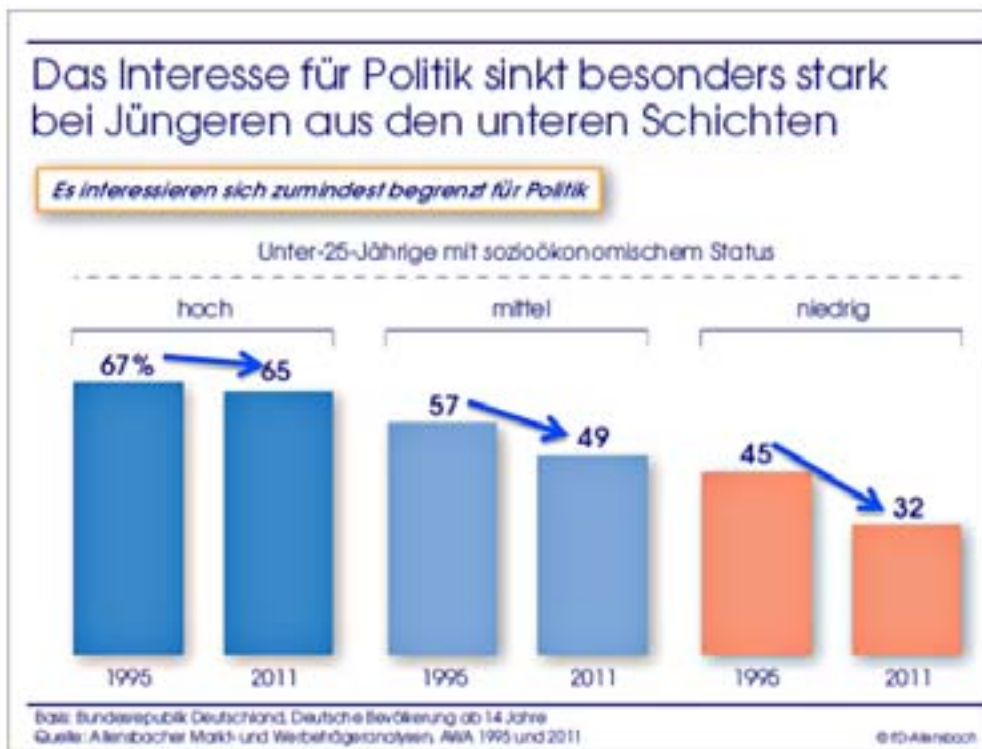
Mit den unkonventionellen Medienformaten im jüngsten Wahlkampf befasste sich schließlich Thorsten Faas von der Universität Mainz. Er bescheinigte dabei Formaten wie der von Stefan Raab moderierten Sendung „TV total“, dass es ihnen durchaus sehr gut gelänge, eher unpolitische Menschen zur Wahlteilnahme zu mobilisieren.

Mit dem Wahlergebnis verbunden ist zwangsläufig auch die Frage nach der Zukunft des Parteiensystems. Oskar Niedermayer, Parteienforscher an der Freien Universität Berlin, verwies zunächst auf die gewachsene Dominanz der beiden Großparteien, die erstmals seit 1965 wieder gemeinsam Stimmengewinne verzeichnen konnten. Hier-

durch sah er den von vielen beschworenen kontinuierlichen Niedergang der Volksparteien widerlegt, wofür er auch in der anschließenden Diskussion große Zustimmung erhielt.

Dominanz der Großparteien

Niedermayer betonte zudem die Bedeutung der jüngsten Wahl für die Segmentierung des deutschen Parteiensystems, weil die bislang recht klaren koalitionsstrategischen Trennungslinien zwischen Union und Grünen sowie SPD und der Linken nunmehr offensichtlich in Frage gestellt würden.



Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen befasste sich in seinem Vortrag vor allem mit den Ursachen für den Wandel des Parteiensystems. Er führte die Veränderungen zum einen auf „externe Schocks“ wie die Eurokrise, zum anderen auf den Policy-Wandel zum Beispiel in der Energiepolitik zurück, der die Grünen ihres Alleinstellungsmerkmals beraubt habe. Hinzu kämen Einflüsse auf der Akteursebene, wenn sich etwa aus einem Vertrauensverhältnis zwischen Partei-Eliten neue Koalitionsmöglichkeiten ergäben. Auch das richtige Timing bei bestimmten Entscheidungen spiele eine große Rolle, wie der Grün-

teilnehmern. Alemann begründete seine Einschätzung mit dem Verweis auf die große Dominanz der Unionsparteien, die er mittelfristig nicht gefährdet sah.

Ihm widersprach in der Diskussion unter anderem Niedermayer, der das Konzept der critical elections bzw. des realignment, das ursprünglich aus dem US-amerikanischen Kontext stammt, grundsätzlich auf die deutschen Verhältnisse für nicht übertragbar hielt.

Laut Niedermayer sei für eine solche Neuformierung des Parteiensystems eine Veränderung der Parteibindung großer, homogener gesellschaftlicher

verwies auf die ökonomischen Argumentationsmuster der AfD, die in ihrer Gesamtheit und unbeschadet einzelner rechtspopulistischer Strömungen andere Kulturen als solche nicht abwerte. Niedermayer bescheinigte der AfD sogar das Potential, eine Leerstelle im deutschen Parteiensystem im Bereich der wirtschaftsliberalen und konservativ-autoritären Positionen besetzen zu können – solange die rechtspopulistischen Gruppierungen nicht die Oberhand gewännen.

Für ein höchst aktuelles Thema blieb fast zu wenig Zeit – die Bildung der Großen Koalition. Der Koalitionsvertrag war erst kurz vor unserer Tagung unterzeichnet worden.

Tim Spier von der Universität Siegen gelang es gleichwohl sehr überzeugend mit einigen Mythen über diese Regierungsform zu brechen. So ergaben seine Untersuchungen der bisherigen großen Koalitionen auf Landesebene unter anderem, dass Senior- und Juniorpartner in diesen Verbindungen nahezu gleichermaßen Gefahr liefen, bei der nächsten Wahl Stimmenanteile einzubüßen.

Die Union ging im langfristigen Mittel übrigens deutlich geschwächer aus diesen Koalitionen hervor als die SPD. Unter den Auswirkungen großer Koalitionen auf das politische System hob Spier die Abnahme der Fraktionsdisziplin und die fehlenden effektiven Kontrollmöglichkeiten der Opposition hervor. Wie die jüngste politische Entwicklung in Berlin gezeigt hat, wird dieser Befund wohl zu Veränderungen im Parlamentsrecht führen. ■

Jörg Siegmund



Zeichnung: Stuttmann

dungsprozess der AfD verdeutliche. Insgesamt bescheinigte Korte dem deutschen Parteiensystem aus der „Fernaufnahme“ jedoch eine hohe Stabilität, gerade auch im internationalen Vergleich.

Ulrich von Alemann, Parteienforscher an der Universität Düsseldorf, erregte mit seiner These, die Bundestagswahl 2013 sei eine „critical election“ gewesen und habe zu einer Neuformierung des Parteiensystems geführt, teils heftigen Widerspruch unter den Tagungs-

Gruppen erforderlich, wofür er bei den jüngsten Wahlen keine Anzeichen erkennen könne.

Euro-Kritiker = Rechtspopulisten?

Ein weiterer Diskussionspunkt, der die Aussprache beherrschte, war die Verortung der AfD im Parteienspektrum. Während etwa von Alemann und Neu die AfD als rechtspopulistische Partei kennzeichneten, widersprach Niedermayer dieser Einschätzung. Er

Die Vorträge der Tagung werden unter der Herausgeberschaft der Akademiedirektorin Ursula Münch und ihres Amtsvorgängers Heinrich Oberreuter erscheinen

Skepsis gegenüber dem neue Wahlrecht

Jahrestagung zur politischen Bildung am Ende des Wahljahres in Bayern

Auf dem Höhepunkt der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen befasste sich eine weitere Tagung* mit einem Rückblick auf das Wahljahr 2013 und den speziellen Aspekten von Jugend, Wahlen und Medien.

Der Erlanger Politikwissenschaftler Heinrich Pehle setzte sich mit dem neuen Bundeswahlrecht auseinander. Wichtig sei der Maßstab, ob ein Wahlsystem seine Funktionen erfülle. Diese seien: Repräsentation, Konzentration, Partizipation, Einfachheit und Legitimität. Pehle zeigte sich im Ergebnis skeptisch.

Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hatte zum jetzt gültigen Bundeswahlgesetz geführt. Die Begründung für dieses Urteil vom Juli 2012 lief im Wesentlichen darauf hinaus, dass der Effekt des negativen Stimmgewichts noch immer nicht beseitigt worden war. Interessant an diesem Urteil vom Juli 2012 war die Feststellung der Karlsruher Richter, dass künftig nicht mehr als 15 Überhangmandate ohne proportionalen Ausgleich vergeben werden dürfen. Eine Begründung, warum die Grenze ausgerechnet bei 15 liegen soll, gaben die Richter nicht. Das Urteil führte zur erneuten Änderung des Bundeswahlgesetzes vom Februar 2013 – dieses Mal mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen; nur die Fraktion der Linken stimmte dagegen.

Kompliziertes Verfahren

Das seit 1953 praktizierte Zwei-Stimmen-System personalisierter Verhältniswahl wurde beibehalten. Gleiches gilt auch für die Fünf-Prozent-Hürde

und die Grundmandatsklausel. Geändert wurde aber die Umrechnung der Wählerstimmen in Mandate. Pehle kritisierte die Kompliziertheit des Verfahrens und zweifelte die Verständlichkeit des Gesetzestextes an: „Von Normenklarheit kann da keine Rede sein.“ Eine

Damit ist der neue Deutsche Bundestag nicht so groß geworden, wie von vielen befürchtet wurde. Der Grund liegt im überragenden Zweitstimmenergebnis der CDU. Wenn wir es nach der nächsten Bundestagswahl wieder mit einem Fünf- oder gar mit einem Sechs-Parteien-Parlament zu tun haben sollten, wird mit Sicherheit eine weit größere Anzahl von Ausgleichsmandaten zu vergeben sein. Und: Sollte die CSU ein Ergebnis erzielen wie schon einmal bei der Bundestagswahl von 2009, als sie ein relativ

Sitzverteilung 18. Legislaturperiode

CDU:	255 Sitze	(ÜM 4; AM 13)
SPD:	193 Sitze	(ÜM 0; AM 10)
LINKE:	64 Sitze	(ÜM 0; AM 4)
GRÜNE:	63 Sitze	(ÜM 0; AM 2)
CSU:	56 Sitze	(ÜM 0; AM 0)
<hr/>		
	631 Sitze	(ÜM 4; AM 29)

Erläuterung des Verfahrens im Politikunterricht und in der politischen Bildung könne er sich jedenfalls nicht vorstellen.

Im Endeffekt führte die neue Berechnung dazu, dass bei der Bundestagswahl 2013 angesichts von vier Überhangmandaten, die ohnehin auszugleichen waren, insgesamt noch 29 Ausgleichsmandate verteilt werden mussten. 598 „reguläre“ Mandate plus 4 Überhangsmandate plus 29 Ausgleichsmandate – der 18. Deutsche Bundestag umfasst 631 Abgeordnete.

schlechtes Zweitstimmenergebnis einführte, aber alle Direktmandate in Bayern und deshalb drei Überhangmandate gewann, so würde allein dies dazu führen, dass etwa 40 Ausgleichsmandate anfallen würden.

16 Prozent unterm Tisch

Als problematisch empfindet Pehle, dass bei der Bundestagswahl 2013 eine bislang ungekannt hohe Zahl von Stimmen unter den Tisch fiel: Nach-

* Gemeinsame Jahrestagung der Akademie und dem Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) in der Franken-Akademie Schloss Schney



dem zwei Parteien – die FDP und die Alternative für Deutschland (AfD) mit 4,8 bzw. 4,7 Prozent der Zweitstimmen – denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, waren es insgesamt 15,7 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen, also immerhin 6,8 Millionen, die ohne Erfolgswert blieben.

„Ist die Fünf-Prozent-Klausel also (noch?) angemessen?“ fragte Pehle. In der Diskussion über das neue Wahlrecht werde viel zu selten thematisiert, dass das neue Wahlrecht das Stimmensplitting faktisch seines Sinns beraubt hat. Dieses strategische Wählen wurde bei der Wahl 2009 immerhin von mehr als einem Viertel der Wähler praktiziert. Und wir wissen, dass 2013 die FDP doppelt so viele Zweit- wie Erststimmen auf sich vereinigen konnte, und dass die AfD sogar auf den zweieinhalbfachen Wert kam. Das Stimmensplitting ist also noch nicht aus der Mode gekommen. Aber alle, die es weiterhin praktizieren, erreichen damit letztlich nichts.

Pehle sprach sich für die Beibehaltung der Fünf-Prozent-Klausel aus, auch wenn sie einen empfindlichen Eingriff in die grundsätzlich garantierte Erfolgswertgleichheit der Stimmen bedeute. Man sollte die Stabilität von



Heinrich Pehle kritisierte das neue Bundeswahlgesetz

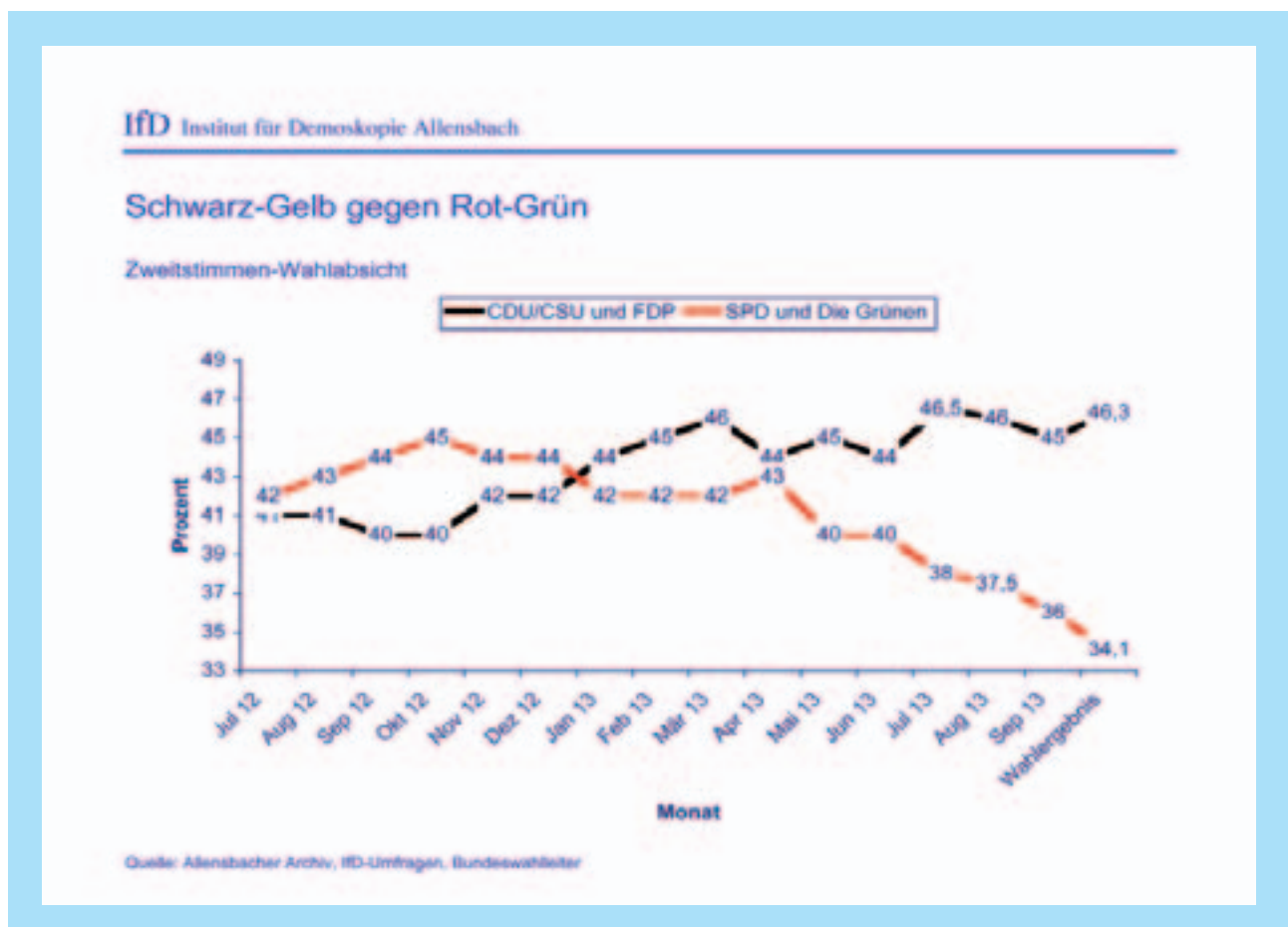
Institutionen nicht den Zufälligkeiten eines einzelnen Wahlausgangs opfern. Mehr Sympathie zeigte er für die Einführung einer Alternativstimmgebung.

Diese Stimme soll zum Zuge kommen, wenn die Partei, welcher der betroffene Wähler seine Zweitstimme gegeben hat, an der Fünfprozenthürde scheitert. Kleinparteien würden von einer solchen Reform gewiss profitieren, zumal die „psychologische Sperre“ einer möglicherweise verlorenen Stimme weitgehend entfielen.

Pehle kritisierte, dass die letzte Wahlrechtsreform die Rationalität des Zweitstimmen-Systems weitestgehend unterlaufen hat. „Welchen Nutzen haben die Wähler noch von zwei Stimmen, wenn es keinen Sinn mehr macht, sie zwei verschiedenen Parteien zu geben?“ fragte der Erlanger Politikwissenschaftler.

Rückkehr zum Einstimmensystem

Sein Fazit: Nach der Reform könnte und sollte vor der Reform sein. Er steht damit auf der Seite von Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der sagte, man solle sich das neue Gesetz



noch einmal anschauen. Pehle plädierte für die Rückkehr zum Einstimmensystem mit personalisierter Verhältniswahl: Das sei ein Wahlsystem, bei dem die Wähler wissen, was mit ihren Stimmen geschieht, das die Gleichheit der Wahl gewährleistet und Absurditäten wie das negative Stimmgewicht vermeidet.

Ein Jahr vor der Wahl – im Oktober 2012 – beginnt nach den Zahlen des Allensbacher Meinungsforschers Thomas Petersen bereits der kontinuierliche Abstieg von SPD und Grünen. Gleichzeitig startet die Aufholjagd der schwarz-gelben Koalition mit Kanzlerin Merkel an der Spitze. Schwarz-gelb



Thomas Petersen: „Ansteigen der Nichtwähler in den unteren sozialen Schichten“ Fotos: Schröder

wird diese führende Position bis zu den Wahlen nicht mehr abgeben. Und das, obwohl die Berichterstattung in den Medien in den ersten zwölf Monaten der schwarz-gelben Koalition durchweg negativ war. Aber: „Vier Jahre mediales Trommelfeuer gegen die Regierung bewirken nichts“, sagte Petersen. Die Bevölkerung ist hochzufrieden, nur eine Minderheit von 44 Prozent ist beunruhigt. So wenige waren es seit zwanzig Jahren nicht mehr. Eine Wechselstimmung ist nicht auszumachen. Die Mehrheit sieht optimistisch, zufrieden und beruhigt in die Zukunft. Und so wird der Wahlkampf unaufgeregt – keine Rede von „Schicksalswahl“.

Angela Merkel wird als sehr starke Kanzlerin wahrgenommen und Peer Steinbrück war 2013 nicht stärker in

der Wahrnehmung des Publikums als sein Vorgänger als Herausforderer Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2009.

Schläfrige Unions-Anhänger

Die immer wieder veröffentlichte Prognose „Die Union gewinnt die Wahl“ machte nach Einschätzung Petersens die Unions-Anhänger „schläfrig“. Er kennzeichnete das gesellschaftliche Klima im Deutschland des Jahres 2013 als „Ermattung politischer Hitzigkeit“.

Die tendenziell sinkenden Wahlbeteiligungen sind für den Allensbacher Forscher Zeichen von Zufriedenheit. Das Interesse an Politik steige und die Unzufriedenen werden weniger. Allerdings wachse das Gefühl von sozialer Ungerechtigkeit. Problematisch sieht Petersen das Ansteigen der Nichtwähler in den unteren sozialen Schichten, die sich von der Politik abwenden (siehe Grafik S. 11).

Petersen sieht die Zukunft des politischen Liberalismus düster und macht eine substantielle Krise der FDP aus: „Die Standpunkte der FDP sind durchaus populär, aber dafür braucht eine Mehrheit keine FDP mehr. Liberalismus ist heute in allen Parteien zuhause.“

Vier Stunden im Netz

Der Tutzingener Akademiedozent Michael Schröder beschäftigte sich mit der Einstellung von Jugendlichen zu Medien und ihren Informationen über Politik. Aus mehreren aktuellen Forschungen liest er heraus: „Ungeachtet der durch die digitalen Medien stark gestiegenen Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren, hat das subjektive Gefühl eines guten Informationsstandes aber abgenommen.“ Medien- und Meinungsvielfalt führten nicht automatisch zu besserer Information.

Linktipps:

www.wahlrecht.de
www.media-perspektiven.de
www.juniorwahl.de

Die Jugend von heute ist online. Die 14- bis 29-Jährigen nutzen zu knapp 100 Prozent das Internet, davon etwa die Hälfte auch mobil. Insgesamt täglich knapp vier Stunden, 28 Stunden pro Woche. Immerhin: Zwei davon werden für die Beschäftigung mit politischen Themen aufgewendet.

20 Prozent der Jugendlichen sind jedoch für politische Themen überhaupt nicht ansprechbar. Gerade bei intensiven Online-Nutzern hat die Politik einen vergleichsweise geringeren Stellenwert. Durchschnittliche Nutzer sind wohl am ehesten für Politik ansprechbar, Wenig- und Vielnutzer dagegen deutlich weniger.

Mit 49 Prozent ist das Internet bei den 14-29-Jährigen mit Abstand das wichtigste Medium zur Informationsgewinnung, gefolgt vom Fernsehen mit 26 Prozent. Bei den formal höher Gebildeten hat das Internet mit 35 Prozent mittlerweile das Fernsehen als wichtigstes Informationsmedium abgelöst (25 Prozent – siehe Grafik S. 16).

In Verbindung mit neuen, digitalen Möglichkeiten der Information, Kommunikation und Partizipation werden im Hinblick auf Informationen online vor allem Nachrichten und andere Beiträge zur Politik gelesen, während Videos, Podcasts oder die websites von Parteien, Politikern oder Regierungen kaum genutzt werden. Sie werden als einseitig und Manipulation empfunden.

Juniorwahl erhöht Interesse

Das bundesweite Projekt „Juniorwahl“ stellte Jana Wilkens vom gemeinnützigen Verein „Kumulus“ in Berlin vor. Bei der Bundestagswahl 2013 haben über eine halbe Million Schüler an über 2000 Schulen daran teilgenommen. Dass die Juniorwahlen deutliche Effekte der politischen Bildung zeigen, belegen die Ergebnisse der Begleitforschung: Es gebe mehr politische Diskussionen und das politische Interesse steige an. Beteiligte Jugendliche würden mehr Tageszeitungen lesen. Der Anteil der Nicht-



wähler geht zurück und sogar die Wahlbeteiligung der Eltern steige an. Wichtig sei eine intensive Vorberei-



Jana Wilkens stellte das Projekt Juniorwahl vor

tung auf das Thema. Die nötigen Unterrichtsmaterialien stellt der Verein zur Verfügung. Großen Wert lege man auf eine realistische Durchführung des Wahlakts mit Stimmzetteln aus der Region, Wahlurnen und Wahlvorstän-

den. Schließlich dürfe auch eine Nachbereitung und -betrachtung des Ergebnisses und Analysen nicht fehlen.

Bedauerlich sei, dass das Projekt bislang in Bayern nicht gefördert werde. Weder das Kultusministerium, noch der Landtag oder die Landeszentrale für politische Bildung hätten finanzielle Unterstützung angeboten. Immerhin werde über das Angebot infor-



Ulrike Gote: „Demokratie muss auch an der Schule gelebt werden“

miert, so dass sich 200 bayerische Schulen beim letzten Mal beteiligt hätten. Für die Junior-Europa-Wahlen 2014 können sich interessierte Lehrkräfte und Schulen noch anmelden.

Wahlalter 16

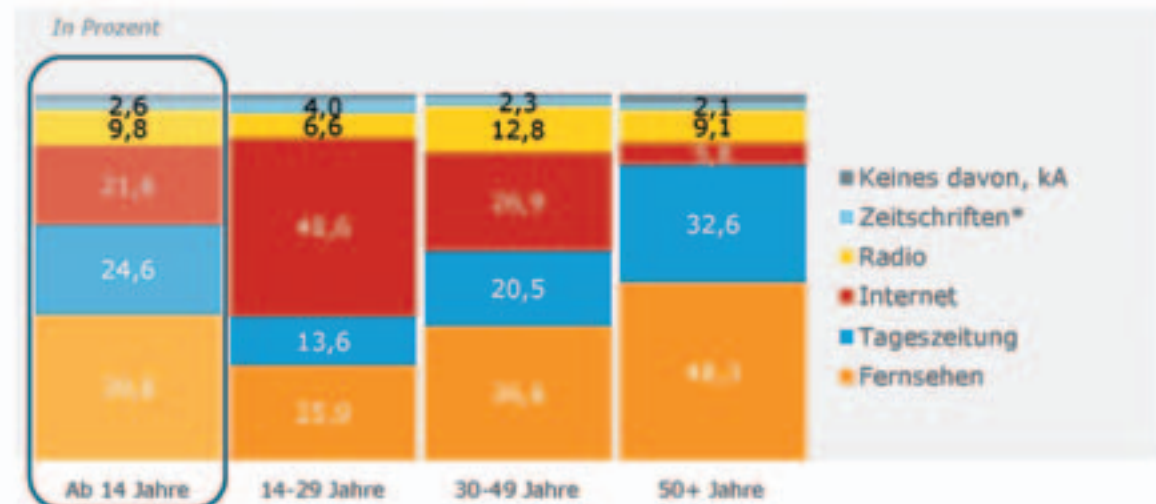
Für die Absenkung des Wahlalters auf zunächst 16 Jahre setzte sich die Landtagsvizepräsidentin Ulrike Gote von den Grünen ein. Sie beklagte ebenso wie ihr Parlamentskollege Christoph Rabenstein von der SPD das Elend der politischen Bildung an den Gymnasien in Bayern und forderte: „Demokratie muss auch an der Schule gelebt werden.“

Beide forderten eine inhaltliche und organisatorische Neuaufstellung der Landeszentrale für politische Bildung, äußerten aber gleichzeitig die Befürchtung, dass eine größere Unabhängigkeit dieser Einrichtung von der Staatsregierung angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse in Bayern wohl nicht durchsetzbar sei. ■

Michael Schröder

Wichtigstes Informationsmedium – nach Alter

Internet: Für rund die Hälfte der 14-29-Jährigen das Informationsmedium. Übernimmt das Internet in Zukunft die Rolle der anderen?



*Kategorie umfasst Zeitschriften / Nachrichtenmagazine oder Wochenzeitungen
Frage: Wenn Sie sich über das Zeitgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur aus Deutschland und aller Welt informieren wollen, welches Medium ist Ihnen das am wichtigsten?
Basis: Alle Befragte (n=3.050; 70,2/14 Mio. Personen ab 14 Jahre); 14-29 Jahre (n=476; 14,730 Mio.); 30-49 Jahre (n=1.075; 22,863 Mio.); 50+ Jahre (n=1.479; 32,092 Mio.)



TNS Infratest
Relevanz der Medien für die Meinungsbildung
©TNS 2013



Reizüberflutung im Sekundentakt

Politik und Medien unter Zeitdruck – der Tutzinger Medien-Dialog

Das Internet und die digitalen Medien haben den Journalismus radikal verändert. Mit kleinen mobilen Geräten können Berichte, Filme und Fotos in Echtzeit rund um den Globus verschickt werden. Soziale Netzwerke und Blogs haben die gewohnte Monopolstellung der Korrespondenten und Agenturen aufgebrochen. An ihre Seite sind viele professionelle und semi-professionelle Journalisten und

Bürgerreporter getreten. Für die Nachrichtenredaktionen bedeutet dieser Wandel und die immer stärker und schneller anwachsende Flut von Informationen eine enorme Herausforderung. Die rasant gestiegene Schlagzahl der Nachrichtenverbreitung erhöht gleichzeitig das Fehlrisiko. Die Glaubwürdigkeit der Medien steht auf dem Spiel. Journalismus in Echtzeit – passen die beiden Begriffe überhaupt zusammen? Verführt

er zur schnellen Nachricht ohne Tiefgang, Reflexion, Einordnung und Gewichtung? Sind die genannten Entwicklungen gar schädlich und verheerend für eine freiheitliche Demokratie? Das waren die zentralen Fragen des Tutzinger Medien-Dialogs – wie immer in Kooperation mit der Evangelischen Akademie. Und zum ersten Mal in Echtzeit dokumentiert bei Twitter: #tumed13.

Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kommt um den ehrlichen Befund nicht herum: „Unser Programm ist mittlerweile zur No-go-area für Kids geworden.“ Das Durchschnittsalter des Publikums liege mittlerweile eher bei 65 als bei 60. Aber man wolle auch in Zukunft nicht auf das öffentlich-rechtliche Alleinstellungsmerkmal verzichten, auch zur besten Sendezeit Information statt reiner Unterhaltung zu liefern. Mit „viel gutem Willen, wenig Mitteln und mehr schlecht als recht“ habe man über Jahre versucht, das Rundfunkangebot eins zu eins in die digitale Welt zu übertragen und dort programmbegleitende Angebote gemacht. „Das ist längst überholt“, sagte Gottlieb. So wurde die Jugend nicht erreicht. In Zukunft möchte der BR als Qualitätsanbieter Audio- und Videoinhalte auf allen Wegen und Kanälen verbreiten.

passenden Redaktionen. Die alte räumliche und organisatorische Trennung wird aufgehoben“, so der Chefredakteur. Planung und Recherche müssten in Zukunft miteinander statt wie bisher nebeneinander laufen. Dazu wird



Sigmund Gottlieb: „Die Jugend kriegen wir nur online“

Fotos: Haas/Piesch

Anker der Verlässlichkeit in einer komplizierter werdenden Welt. Wir müssen Undurchsichtiges durchschaubar machen.“ Gottlieb setzt dabei auf die „Erklärkompetenz“ der Redakteure. Die seien Eckpfeiler eines Bündnisses der Qualitätsmedien, die erstklassige Informationen für einen anspruchsvollen politischen Diskurs liefern müssen. Nur so könne der „drohende Generationenabriss“ bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten verhindert werden. Denn: „Die Jugend kriegen Sie nur online.“

Zukunft im Netz

Praktische Einblicke in die Arbeit der neuen Abteilung „Web-Aktualität“ beim BR bot deren Leiterin Gudrun Riedl. Hinter dem Projekt „br.de/nachrichten“ steckt eine trimediale Redaktion, die Audio-, Video- und Textbeiträge fürs Netz produziert. Sie führt die bislang getrennten Online-Auftritte der Nachrichtenredaktionen zusammen. Dabei sind auch Bürger über die sozialen Netzwerke wie Twitter und Facebook eine Nachrichtenquelle.

„Twitter ist für uns als Nachrichtenquelle nicht zu unterschätzen“, sagte Riedl, die früher lange beim Radiosen-

Trimediale Redaktionen

Der jetzt angelaufene Reformprozess („BR hoch drei“) werde die Redaktionen an einem Platz vernetzen. „Wir brauchen sehr zeitnah den Zusammenschluss aller journalistischen Kompetenzfelder und der zueinander

eine neue Informationsdirektion eingerichtet, die ab Mai 2014 der bisherige stellvertretende Chefredakteur von ARD-aktuell, Thomas Hinrichs, leiten wird. Im Zuge dieses Prozesses wird auch eine trimediale Bayernredaktion entstehen, um die Regionalkompetenz zu stärken: „Die Menschen brauchen

der B5 aktuell gearbeitet hat. Sie ist überzeugt: „Auch die Zukunft des Fernsehens liegt im Netz.“

Jagd nach dem ersten Bild

Jörg Armbruster ist nicht bei Twitter. „Ich habe auch nichts zu twittern“, sagt der langjährige Nahost-Korrespondent der ARD.



Jörg Armbruster: „Schneller ist nicht immer besser“

Er untertreibt. Armbruster war Augenzeuge der Golfkriege und der Umstürze in Ägypten und Libyen. Im März 2013 wurde er während der Dreharbeiten im syrischen Aleppo bei einem Schusswechsel schwer verletzt.

Echtzeitjournalismus ist für ihn nichts Neues: „Live im Radio war immer schon Echtzeitberichterstattung.“ Aber: „Durch die Entwicklung der Technik hat Echtzeitjournalismus zugenommen.“ Von jedem Winkel der Erde könne mit kleinen, mobilen Einheiten live gesendet werden. Die Jagd nach dem ersten Bild sei härter geworden. Auch bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten. „Lass lieber was weg, wir wollen die Ersten sein.“ Das höre man immer öfter. Morgenmagazin, Mittagmagazin, ab 13.00 Uhr stündlich eine Tagesschau, schließlich noch Tagesthemen und Nachtmagazin – von Korrespondenten werden mehr und schnellere Berichte verlangt. Doch schneller ist nicht immer besser. Und der Zwang schneller und damit ungenauer zu werden, öffne Tür und Tor für

Manipulationen. Aber Armbruster ist auch klar: „Wer nicht das erste Bild sendet, ist nicht Zweiter, sondern der Verlierer.“ Besonders im Kriegs- oder



Gudrun Riedl: „Twitter als Nachrichtenquelle nicht unterschätzen“

Krisenfall machen sich dann eben doch alle auf die Jagd nach dem ersten Bild und nutzen fragwürdige Quellen. ARD und ZDF hätten Vorteile durch ihr aufwändiges und teures Netzwerk von ständigen, festen Korrespondenten vor Ort. Privatsender setzen meist auf „Fallschirm-Reporter“, die eingeflogen werden, abspringen, kurz berichten und wieder ver-

schwinden. Es gelte die Regel: „Es kommt nicht darauf an, was und wann es passiert, sondern es kommt darauf an, wie es im Fernsehen rüberkommt“, stellt Armbruster nach jahrzehntelanger Arbeit als Auslandskorrespondent fest.

Agenturjournalismus rund um die Uhr

„Aktualität steht nicht mehr im Vordergrund.“ Auf den ersten Blick erstaunliche Worte eines Agenturjournalisten.

Martin Bialecki, Politikchef der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagt: „Der Transport von Nachrichten ist nichts mehr wert.“ Stattdessen muss die Agentur schnell Hintergrundberichte liefern. „Das Tempo hat angezogen und wir machen sehr viel mehr als früher. Vor 15 Jahren passte der tägliche dpa-Basisdienst noch in einen Leitzordner. 2012 sendete die dpa 230 585 Meldungen.“

Der Druck wird größer. Heute müssen um den Kern einer sehr ernsthaft beschafften Information herum sehr kreativ und ungeheuer schnell Hintergründe gruppiert werden, weiterführende Informationen, Erklärungen



Echtzeitjournalismus

Zeichnung: Mester

und Analysen. Bialecki erkennt in der täglichen Arbeit „gravierende Probleme in der Relevanzhierarchie: die Auswahl der falschen Themen, verbunden mit der Unfähigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen.“

So würden zum Beispiel in Berlin manche Journalisten immer weitere Scheite in ein eh schon völlig überhitztes Thema hineinwerfen. Echtzeitjournalismus erzeuge das Bedürfnis nach einer und den Glauben an eine Echtzeitdemokratie, in der gefälligst ein Problem so schnell gelöst sein möge wie man einen Tweet absetzt. „Das wird nicht funktionieren“, sagte Bialecki. Der gelegentliche Hinweis, dass Politik eben Zeit

braucht, damit sie gut, verlässlich und erfolgreich wird, wäre vielleicht nicht schlecht. Nichts spreche gegen Reduzierung von Komplexität: „Aber bitte banalisieren wir sie nicht, gerade wenn oder weil wir so schnell unterwegs sind.“

Das journalistische Selbstverständnis wandle sich gerade vom Schleusenwärter hin zum Kurator des Wissens: Er bietet Hilfestellung für bestmögliche Information. Denn sich in Zeiten der Unübersichtlichkeit allein auf elektronische Filter zu verlassen, hält Bialecki für äußerst problematisch. Mit dem neuen Dienst „dpa live“ – noch in der Testphase – bietet seine Agentur bei ausgewählten Ereignissen mittlerweile einen Liveticker an. Attraktive, kurze, auf Social Media zugeschnittene Inhalte, gut recherchiert mit bewährter dpa-Qualität. Bialecki versprach auch für die Live-Berichterstattung die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

(Fast) ohne Redaktionsschluss

Die online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung (sueddeutsche.de) berichtet live nur unter bestimmten Voraussetzungen: Wenn mindestens zwei Quellen genutzt werden können, im Idealfall vier Personen jeden Text vor

der Veröffentlichung gelesen haben, ein Redakteur in der Redaktion „Regie“ führen kann, alles nach dem vorgegebenen Stil ausgerichtet ist und die Beteiligten geschult sind.



Martin Bialecki: „Das Tempo hat angezogen und wir machen viel mehr als früher“



Michael König kündigte den „Leserclub“ der Süddeutschen Zeitung an

Michael König ist bei sueddeutsche.de verantwortlich für die Entwicklung von Politik- und Live-Berichten. Er erläuterte, dass seine Redaktion (fast) ohne Redaktionsschluss arbeitet. Die 176 Mitarbeiter nutzen dabei Twitter zur Themenfindung, Eigenwerbung, dem Dialog mit dem Publikum („Der wird immer stärker und wichtiger“) und zum Streuen wichtiger Neuigkeiten. In naher Zukunft wird das Online-Angebot der SZ nicht mehr kostenlos sein. Auch wenn das Modell noch nicht entschieden ist: Paywall oder Bezahlschranke soll es jedenfalls nicht heißen. Stattdessen muss man gegen Gebühr Mitglied im exklusiven „Leserclub“ werden und hat dann auch zukünftig Zugriff auf die kompletten Online-Seiten der SZ.

Wie sieht es in Regionalzeitungen aus? Hans-Peter Müller, Chef vom Dienst der Badischen Zeitung in Freiburg, sagte: „Es gibt bei uns keine Printredakteure mehr, jeder ist auch sein Online-Redakteur.“ Diese Unterscheidung ist offensichtlich Historie.

Echtzeit im Lokalen

Holger Schellkopf, Online-Chef der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg, ist sicher: „Echtzeitjournalismus ist gefragt.“ Sein Liveticker zu Orkan Xaver Anfang Dezember 2013 fesselte Nutzer im Durchschnitt 17 Minuten an den Bildschirm. Das ist für eine Online-Seite enorm viel. Aber

Schellkopf weiß auch: „Ohne bewegte Bilder sind die Live-Ticker bestenfalls peripheres Begleitmedium.“ Er mag das Wort „Gratismentalität“ für kostenlose Internetnutzung nicht: „Leser bezahlen immer – mit ihrer Aufmerksamkeit!“ Darin waren sich die Zeitungsmacher einig: „Der Trend geht zur nur noch einmal in der Woche gedruckten Zeitungsausgabe. Alles andere wird digital.“ Sie legen sich nur nicht fest, wann das sein wird.

Pausen als Sündenfall

Für den Bremer Zeitforscher Ulrich Mückenberger ist klar: Turbo-Kapitalismus, Turbo-Parlamentarismus und Turbo-Journalismus höhlen unsere Demokratie aus. Es bleibt überall zu

Linktipps:

http://storify.com/apbtutzing/live-dabei-der-tutzing-mediendialog-2013?utm_medium=sfy.co-twitter&utm_content=storify-pingback&awesm=sfy.co_dVwR&utm_source=web.apbtutzing.de&utm_campaign=

<http://www.br.de/nachrichten>

<http://www.zeitpolitik.de/gesellschaft.html>

<http://www.badische-zeitung.de>

<http://www.mittelbayerische.de>

<http://www.sueddeutsche.de>

<http://www.singhammer.net>

<http://toni-hofreiter.de>



wenig Zeit zum Nachdenken, Beurteilen und Entscheiden. Die Medien tragen dazu bei durch pausenlose Beschallung, Informationsüberladung und Reizüberflutung, denen man nur durch Unaufmerksamkeit entkommen kann. Denn: „Pausen werden zum Sündenfall des kommerziellen Fernsehens“. Es gebe sogar Notfallprogramme gegen unvorhergesehene Stille im Programm.

Investigative Recherche

Mückenberger hob hervor: „Information und Bildung sind nicht dasselbe. Weniger als 50 Prozent einer Tages-



Zeitforscher Ulrich Mückenberger: „Recherche statt Talkshows“

schau werden verstanden.“ So wie Nachrichten heute aufbereitet würden, gehe jeder emotionale Bezug verloren. Sie verkommen zu reinen Info-Daten. In den Medien sei nur der Wetterbericht nutzerorientiert, meinte der Zeitforscher.

Mückenberger empfiehlt den Medien daher vor allem das Schaffen von Inseln der Reflexion und Nachdenklichkeit, einen Wechsel von Anspannung und Entspannung sowie das Aufarbeiten komplexer Themen durch investigative Recherche statt durch ewiges Wiederkauen in Talkshows. ■

Michael Schröder

Siehe Presseschau S. 47

Politiker und Journalisten im Berliner Hamsterrad

Wie wirkt sich die Beschleunigung der Medien auf die Politik aus? Gerade in der besonders nervösen Zone Berlin-Mitte, wo die Abgeordneten unter ständiger Beobachtung stehen? Die immer größer werdende Zahl der Reporter und Korrespondenten soll am besten minütlich Neues, Aktuelles und Relevantes in die Welt bringen. Überfordern die Journalisten die Politiker? Oder umgekehrt? Oder treiben in Wahrheit die Finanzmärkte mit ihren Entscheidungen die Politiker vor sich her? Das war das Thema des Schlusspodiums des Tutzinger Mediendialogs 2013 mit dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag Anton Hofreiter, Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) und dem Hauptstadtkorrespondenten des Bayerischen Rundfunks Joachim Wendler.

Schneller werdende Berichterstattung ist für die beiden Politiker kein generelles Problem. Anton Hofreiter findet die Debatte darüber zu aufgeregt. Alle Parteien und die Öffentlichkeit sollten sich im Klaren darüber sein, dass die Medien permanent über Zwischenstände im Gesetzgebungsprozess berichten und verschiedene Zwischentöne vorkommen. Das ist sicher ein noch ungewohnter Gewöhnungsprozess für Journalisten, Politiker und Mediennutzer.

Anton Hofreiter meinte: „Durch den Echtzeitjournalismus wird auch über den Entscheidungsprozess, nicht nur über das Ergebnis berichtet.“ So werde Politik anstrengender, aber eben auch transparenter und besser.

Kritik besser als Lob

Johannes Singhammer wies darauf hin, dass gerade die Hinterbänkler im Parlament aktiv versuchen (müssen), mit eigenen Vorschlägen, Diskus-



Zeichnung: Tomaschoff





Diskutierten über gehetzte Politik in Berlin: Tagungsleiter Axel Schwanebeck, Hörfunkkorrespondent Joachim Wendler, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag Anton Hofreiter MdB, Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer MdB (CSU) und Tagungsleiter Michael Schröder (von links)
Foto: Haas

sionsbeiträgen – und auch Querschüssen – in den Medien erwähnt zu werden: „Kritik am eigenen Vorsitzenden ist für die Medien besser geeignet

„Ein Hamsterrad sieht von innen auch aus wie eine Karriereleiter“

Simone Solga, Kabarettistin

net als Lob für ihn.“ In Fachkreisen nennt man das auch den Kubicki-Effekt, benannt nach dem FDP-Chef in Schleswig-Holstein, dem es immer wieder gelingt, in den Medien auf sich aufmerksam zu machen. Und der von Journalisten gerne angerufen wird, wenn es darum geht, eine kritische Außenseiterstimme abseits des Mainstreams einzufangen.

Die andere Seite der Medaille erklärte der Journalist Joachim Wendler: „Die Politiker haben eine größere Auswahl an Mikrofonen, in die sie sprechen können. Die wachsende Journalistenschar aber will die Personen, die etwas

zu sagen haben, und so wächst die Konkurrenz.“ Wendler meinte, Journalisten sollten nicht fragen, wer als Erster etwas sagt, sondern wer als Erster etwas Fundiertes sagt. Noch aber belohnen Journalisten oft selbsternannte Experten, die sich schnell und ungeprüft sofort öffentlich äußern.

Der Berliner Hauptstadtkorrespondent Wendler fragt sich, ob unsere Politiker noch genug Zeit zum Nachdenken haben. Genug Zeit, um Krisen und Probleme wirklich zu durchdringen? Genug Zeit, um wirklich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden zu können? Er sagt: „Hinter uns liegt die schnellste Legislaturperiode aller Zeiten.“ Wendler fürchtet: „Das ‚Langsamkeitsmedium‘ Demokratie droht heiß zu laufen.“ Gerade wenn es um riesige Summen und um komplexe Sachverhalte gehe, könne das Durchpeitschen von Gesetzen fatale Folgen haben. Auf der anderen Seite nehme die Banalität des ununterbrochenen

Präsentseins zu. „Für Politiker ist das eine Zwickmühle, für die Demokratie eine Bewährungsprobe,“ meinte Wendler.

Die Menge und Vielfalt der Berichterstattung erklärt sich nach Meinung Anton Hofreiters auch durch die unterschiedliche Gewichtung der Relevanz. Zugespitzt: Interessiert sich Spiegel-Online nicht für ein Thema, wird es eben im eigenen Blog auf der Homepage des Abgeordneten verarbeitet und über Twitter und Facebook verbreitet.

Übrigens: Hofreiter twittert nicht und hat auch nicht vor, dies zu tun. Singhammer dagegen schon, wenn auch sparsam und gezielt eingesetzt. Auch in der Mediensteinzeit ohne Internet und soziale Netzwerke haben Interviews oder Reden Politikerkarrieren vorzeitig beendet. Hofreiter nannte das Beispiel des früheren Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger, der nach einer als antisemitisch verstandenen Rede zum Holocaust seinen Hut nehmen musste.

Verschärfte Situation

Heute verschärft sich die Situation durch die größer gewordene Zahl der Medien und Verbreitungswege. Es gibt eben inzwischen viel mehr Möglichkeiten und Plattformen für Fehlritte. Und sie werden schneller verbreitet und bekannt.

Ein ganz anderes Thema beschäftigt den grünen Spitzenpolitiker Hofreiter: „Es ist problematisch, wenn ein Journalist seine Geschichte schon vor dem Interview mit mir im Kopf hat. Und dann ist es völlig egal, was Du dem noch sagst.“ ■

*Michael Schröder /
Sebastian Haas*

Siehe Presseschau S. 47

Social Media als Chance für Kommunalpolitiker

Ständige Interaktion und Kommunikation sind nötig

Facebook, Twitter & Co. haben die Politik verändert. Alle Altersgruppen nutzen mittlerweile soziale Netzwerke, große Zuwächse gibt es vor allem bei älteren Nutzern. Wie aber erreiche ich die Bürger in meiner Stadt? Welchen Stellenwert haben die sozialen Netzwerke in der Kommunalpolitik? Diese Frage beschäftigte Mandatsträger sowie Kandidaten bei den bayerischen Kommunalwahlen 2014 in der Akademie beim Workshop „Überzeugen(d) im Netz – Kommunalpolitik und Social Media“.

Die Politiker sollten die Grundregeln sozialer Netzwerke kennen. „Wenn Sie nicht mit Menschen kommunizieren möchten, gehen Sie nicht hinein“, sagte der Journalist und Blogger Christian Jakubetz.



Christian Jakubetz: „Facebook lädt die Menschen zum Gespräch ein“
Fotos: Piesch

Sozial bedeutet, dass „gemeinsam etwas gemacht wird“. Es gilt, zusammen Inhalte zu entwickeln und den Dialog zu suchen. Denn Facebook lädt die Menschen zum Gespräch ein. Dies erfordert ständige Aufmerksamkeit und ein hohes Maß an Aktivität – das Netz macht nun mal keine Pause.

Grundsätzlich sind wichtige Fragen im Vorfeld zu beantworten. Warum überhaupt soziale Netzwerke nutzen? „Wenn darauf keine Antwort gefun-

den wird, lieber bleiben lassen“, empfiehlt Jakubetz. Neben der Finanzierung und dem zu erwartenden Arbeitsaufwand muss geklärt werden: Was wollen wir mit unserem Facebook-Auftritt erreichen? Kommunizieren wir so mit den Menschen, wie wir das wollen? Diese Fragen sollten immer wieder gestellt werden, meint Jakubetz. Als besonders wichtig empfindet er, dass hinter einer Gemeinde, Fraktion oder Ortsverband ein Name etabliert wird. Sein Rat: „Ausdrücklich als Person auftreten. Ich zumindest will in sozialen Netzwerken nicht mit einer Gemeinde oder Firma befreundet sein.“

Anreize zur Kommunikation

Entscheidend in sozialen Netzen ist nicht die Quantität der Mitglieder, sondern deren Aktivität. Also sollte man Anreize zur Kommunikation sowie Mitarbeit schaffen. Ein Aufruf an die Bürger – „Schickt uns Fotos vom Weihnachtsmarkt“ – macht das Medium lebendig. Durch ständige Interaktion und Kommunikation entsteht Inhalt und Wissen. Zusätzlich gilt die Vernetzung als das „Prinzip des Netzes“. Schönes Video gesehen? Dann teilen, verlinken und so weiter verbreiten. Besonders das junge Publikum reagiert auf multimediale Anwendungen. Nutzer erwarten heute in der Community, dass alle Medienformate benutzt werden.

Nach Einschätzung von Jakubetz ist Twitter der „Liebling der Journalisten“. Wenn Kommunikationsprofis erreicht werden sollen, dann sollte auf dieses Medium nicht verzichtet werden. Die Merkmale sind: Twitter ist sehr schnell, einfach zu bedienen und wird vorwiegend von Menschen mit mobilen Geräten genutzt.

Juristische Fallstricke

Um die rechtlichen Probleme im Netz zu verstehen, erläuterte Sabine Sobola, Rechtsanwältin und Lehrbeauftragte für IT-Recht in Regensburg, den Kommunalpolitikern „welche Inhalte im Netz verwendet werden kön-



Sabine Sobola: „Die Rechte an verwendeten Bildern im Netz müssen geklärt sein“

nen und welche nicht“. Urheberrechtlich geschützt sind Werke, die eine eigene geistige Schöpfung auf den Gebieten der Literatur, der Tonkunst, der bildenden Kunst und der Filmkunst sind. Das Urheberrecht schützt aber keine bloßen Ideen. Voraussetzung für den Schutz ist, dass ein über das Alltägliche hinausgehendes Mindestmaß an Originalität und Individualität sowie ein erkennbares geistiges Konzept vorliegen. Der Urheber hat damit ein Verwertungsrecht. Dies kann an Dritte als Nutzungsrecht (Lizenz) übertragen werden. Sobolas Fazit für die Verwendung von fremden Texten, Bildern, Filmen und Grafiken lautet:



„Die Herkunft muss geklärt sein, mittels Einwilligung des Urhebers oder Erwerb von Nutzungsrechten. „Sonst drohen teure Abmahnungen und Geldforderungen.“

Weitere juristische Fallstricke liegen beim Recht am eigenen Bild. Dabei ist im Einzelfall die Abwägung der Medienfreiheit gegenüber dem Schutzrecht der privaten Person notwendig. Die Rechtsprechung zeigt: Je mehr jemand im Licht der Öffentlichkeit steht, desto mehr muss er aushalten. Selbstgemachte Fotos oder Filme dürfen generell ins Netz gestellt werden. Sind allerdings darauf erkennbare Personen abgebildet, muss eine Einwilligung eingeholt werden. Besondere Vorsicht gilt bei Minderjährigen. Hier geht ohne Zustimmung der Eltern gar nichts. Nur bei Personen der Zeitgeschichte ist die Einwilligung nicht nötig.

Sabine Sobola sieht eine wachsende Kluft zwischen der Wirklichkeit und den Paragraphen: „Die Realität überholt gerade die Rechtsordnung.“

Digitale Schreibwerkstatt

Praxistipps für das Schreiben im Netz vermittelt Pressereferent Sebastian Haas und Dozent Michael Schröder von der Akademie sowie Markus Kaiser vom MedienCampus Bayern. Sie rieten zu Authentizität in Sprache und Stil: „Bleiben Sie auch online und in Sozialen Netzwerken die Persönlichkeit, die Sie sind. Verbiegen Sie nicht sich und Ihre Sprache. Sprachliche Anbieterung an eine vermeintliche Jugendsprache wirkt nur peinlich“, sagte Haas. Schröder ergänzte: „Die Sprache muss zu Ihnen als Marke Kommunalpolitiker passen, Sie müssen sich auch in sozialen Netzwerken selbst treu bleiben.“ Und Markus Kaiser riet zu einem positiven Umfeld von „Freunden“ im Netz: „Sorgen Sie gezielt für Follower, die Ihnen bekannt und wohl gesonnen sind. Sie können im Ernstfall eines ‚Shitstorms‘ eine wirkungsvolle Brandmauer um Sie errichten und gemeinsam mit Ihnen die Abwehr und Gegenstrategie organisieren.“ ■

Anita Piesch / Michael Schröder

Ein unbequemer Streiter für Freiheit und Recht

Jürgen Maruhn starb im Alter von 76 Jahren

Unser früherer wissenschaftlicher Mitarbeiter Jürgen Maruhn ist am 11. November des vergangenen Jahres im Alter von 76 Jahren verstorben.

Maruhn wurde 1937 in Berlin geboren, schloss 1955 die Oberschule in Dresden mit der Reifeprüfung ab und nahm anschließend das Studium der Chemie an der TH Dresden (1955 – 1956) auf.

Nach seiner Flucht aus der DDR setzte er zunächst das Studium der Chemie an der TH Stuttgart (1957 – 1958) fort, bevor er dort 1959 ein Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Politischen Wissenschaft begann. Nach dem Wechsel an die Universität München legte er 1965 das Diplom als Volkswirt ab.

Seinen beruflichen Einstieg hatte er an der Georg-von-Vollmar-Akademie (Friedrich-Ebert-Stiftung) in Kochel am See (1965 – 1966). Danach wechselte er in das Planungsreferat der Bundeszentrale für politische Bildung nach Bonn (1967 – 1970). Von 1970 bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres stand Jürgen Maruhn dann für fast 33 Jahre im Dienste unserer Akademie. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählten die Bereiche: Politische Ökonomie, Sicherheitspolitik, Politischer Extremismus, Gewerkschaften, Arbeitnehmerfragen, Parteien/Parteiendemokratie, politischer Systemvergleich, Kommunismus und Zeitgeschichte (DDR).

Maruhn erwies sich in seiner wissenschaftlichen, pädagogischen und politischen Arbeit stets als ein

kompromissloser und unbequemer Streiter für Demokratie, Freiheit und Recht. Dieser Antrieb speiste sich auch aus seinen persönlichen Erfahrungen unter der DDR-Diktatur. So war es nur folgerichtig, dass er sich sofort nach dem Ende seines Dienstes in unserer Akademie ab



Jürgen Maruhn (1937 – 2013)

dem Jahr 2003 einer neuen, ehrenamtlichen Aufgabe widmete. Er übernahm die Redaktion der Zeitschrift „Freiheit und Recht. Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur“, die er bis zu seinem Tod innehatte.

Die Direktorin und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie trauern mit seinen Angehörigen und Freunden um einen verdienten Kollegen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

■ Michael Schröder

Starke Zunahme rechtspopulistischer Strömungen in ganz Europa

Rechtsextremismus macht nicht an Grenzen halt. Trotz vieler ideologischer und organisatorischer Unterschiede hat die internationale Vernetzung von Rechtspopulisten und Neonazis, aber auch rechtsterroristischer Gruppierungen in den letzten 20 Jahren europaweit stark zugenommen. Zunehmend intensiver entwickelt sich die transnationale Musik- und Konzertszene, zunehmend umsatzstärker wird der Handel mit einschlägigen NS-Produkten – stark befördert durch die Möglichkeiten des Internets. Dieser internationalen Dimension des Rechtsextremismus widmete sich unsere Tagung*.

In nahezu allen europäischen Ländern existiert ein zwischen 10 und 20 Prozent angesiedeltes Wählerreservoir, aus dem rechte Parteien schöpfen können. Dabei, so Michael Minkenberg von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, stellt Ostmitteleuropa „den dynamischsten Nährboden für rechte Parteien“ dar. Dort sei die Membrane zwischen Rechts und bürgerlicher Mitte inzwischen sehr durchlässig geworden und die Zusammenarbeit von Parteien, Bewegungen und subkulturellen Milieus weit fortgeschritten. Rechts-extreme Parteien werden dort inzwischen als „normaler“ Teil des politischen Spektrums wahrgenommen. Allerdings wenden sich Nationalismus und Rassismus, die dort wiederbelebt wurden, anders als in Westeuropa nicht so sehr gegen Immigranten als vielmehr gegen ethnische Minderheiten wie die Roma.

Neuer Diskurs über Immigration

Dass die Trennlinie zwischen Rechtsparteien und politischem Mainstream in den meisten westeuropäischen Ländern noch weitgehend dicht hält, hängt Minkenberg zufolge in erster Linie damit zusammen, dass sich die anderen,

insbesondere konservativen Parteien bisher einer Zusammenarbeit mit rechten Parteien verweigert haben. Dies müsse auch weiterhin so bleiben. Darüber hinaus sei ein neuer öffentlicher Diskurs über Immigration und Multikulturalismus zu führen, so Minkenburgs Appell.



Michael Minkenberg: Normalität des Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa Fotos: Haas

Rainer Fromm, Autor vieler Filme zum Thema Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, machte im Anschluss an seine Dokumentation „Propaganda. Hass. Mord. Die Geschichte des rechten Terrors in Europa“ deut-

lich, dass der Rechtsterrorismus lange Zeit als nicht so ernst eingestuft wurde wie der Terror von links.

Problem V-Leute

Immer wieder registriere er den fatalen Hang verantwortlicher Stellen, Attentate wie das auf das Oktoberfest 1980 oder auch die NSU-Mordserie als die Taten Einzelner, losgelöst von Netzwerken zu sehen. Dabei hätte jeder, „der (bei Interviews mit Neonazis)



Rainer Fromm: „Einige V-Leute sind Turbobeschleuniger bei rechtsextremen Straftaten“

genau zuhört, wissen müssen, dass es Untergrundstrukturen gibt.“ Problematisch sah Fromm, dass zum Beispiel der Weg von Waffen über Ländergrenzen hinweg nicht intensiv genug aufgeklärt werde. Ebenso kritisch schätzte er die Rolle von V-Leuten ein: Einige hält Fromm für „Turbobeschleuniger“ bei Straftaten.

Antipluralismus bei „Neuen Rechten“

Mit der „Neuen Rechten“ beschäftigte sich Armin Pfahl-Traughber von der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Dabei, so der Rechtsextremismusexperte,

* in Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung



handele es sich dabei weniger um etwas „neues“, als vielmehr um Reproduktionen von Positionen des Antiparlamentarismus aus den 1920er Jahren. Antipluralistische Konzeptionen (von Oswald Spengler, Carl Schmitt und anderen) stehen dabei unverkennbar Pate. Ziel der Protagonisten ist es, erst geistiger Sieger in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung zu werden, um anschließend politische Siege anzustreben. Ihre Absicht ist es nicht, Parteien zu gründen, sondern gesellschaftliche Multiplikatoren (Lehrkräfte, Journalisten etc.) für sich zu

statierte Werner T. Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung, „sind Sie noch in der komfortablen Lage, sich mit keiner erfolgreichen (rechtspopulistischen) Partei auseinandersetzen zu müssen.“ Denn auch für Österreich trafe zu, was Minkenberg für die ostmitteleuropäischen Staaten konstatierte: Die starke Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Membrane zwischen Rechts und dem Mainstream.

Eine Entwicklung, die Bauer für Gesamt Europa kommen sieht, ist die

Auf die wichtige Rolle der Musik bei der Internationalisierung der rechtsextremistischen Jugendkultur wies Jan Raabe (Argumente und Kultur gegen rechts e.V.) hin.

Bedeutung der Musik

Mit der Übernahme eines jugendkulturellen Stils (Hardcore) in die extreme Rechte gelang es, Zugang zu jugendlichen Subkulturen zu finden. Wegbereiter dafür war die Band „Screwdriver“ Ende der 1970er Jahre mit der Platte „Hail the New Dawn“, die Punk-Rock



Armin Pfahl-Traugber: „Reproduktionen von Positionen des Antiparlamentarismus aus den 1920er Jahren“

gewinnen. Beispielhaft steht für die geistige Aufrüstung das private „Institut für Staatspolitik (IfS)“, das entsprechende Schulungen anbietet.

Aber auch die „Neue Rechte“ ist in sich gespalten: Der „Fundamentalismus-Variante“ (offene Ablehnung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates) steht die „Mimikry-Variante“ gegenüber, die sich gemäßiger gibt, um so breiter in die Öffentlichkeit hinein wirken zu können. Anhänger der ersten Richtung findet man vor allem in der NPD, die zweite Gruppe vorwiegend im Autorenkreis der „Jungen Freiheit“ sowie unter den Mitarbeitern des „IfS“. „In Deutschland“, so kon-



Zeichnung: Tomaschoff

starke Zunahme rechtspopulistischer Strömungen. Diese kommen meist sozialpopulistisch daher und stückeln ihre Programmatik relativ beliebig zusammen. Dabei spielt Kapitalismuskritik eine gewisse Rolle. Kapitalismus wird mit „multikulturellem Einheitsbrei“ gleichgesetzt, gewürzt mit etwas Antisemitismus. Rechtspopulistische Parteien sind in der Hinsicht modern, dass sie auf eine sehr volatile Wählerschaft eingestellt sind.

mit rechten Inhalten verband. Insbesondere dieser „White-Power-Rock“ trug seitdem zur Internationalisierung der Szene bei.

Konzerte mit rechtsextremen Bands, die zu einem großen Teil zum Beispiel in der Tschechischen Republik oder Ungarn stattfinden, hält Raabe für die bedeutendste Dimension. Der dort geschaffene Erlebnisraum, verbunden mit den Liedtexten, trage entscheidend zur Verankerung rechtsextremistischer Gedanken-guts bei den Jugendlichen bei. Allerdings setzten Rassismus und Revanchismus der internationalen Zusammenarbeit auch Grenzen. So fanden zwischen 2008 und 2012 nur zwei Konzerte mit deutscher Beteiligung in Polen statt.

Empfohlene Websites:

www.aida-archiv.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de
www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de
www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html
www.exit-deutschland.de
www.lks-bayern.de



Nach Einschätzung von Robert Andreasch (a.i.d.a. e.V. – Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Informationsstelle in München) spielen bei diesen Konzerten auch wirtschaftliche Interessen eine bedeutende Rolle.

NS-Produkte im Online-Handel

Neben dem Verkauf von CDs werden dort Anstecker oder Aufkleber sowie Kleidung entsprechender Marken gehandelt. Der größte Umsatz mit dem Verkauf einschlägiger NS-Produkte erfolgt allerdings über den Online-Handel. Insgesamt wird das jährliche Volumen auf einige Millionen Euro geschätzt – Geld, das zum Teil wieder in den Aufbau organisatorischer Strukturen fließt, nach dem Motto „Für die Szene arbeiten, an der Szene verdienen“. Dabei spielen Marken wie „Thor Steinar“ und online-Portale wie *walhall-athletik.com*, *svastone.com* oder *musclemaker.sk* eine wesentliche Rolle, um „national befreite Zonen“ des Konsums zu schaffen.

Dass rechtsextremistische Organisationen das Internet intensiv zu nutzen wissen, ging aus dem Beitrag von Johannes Baldauf (Amadeu Antonio Stiftung, Berlin) hervor. So weist die NPD bei Facebook über 50.000 „Gefällt mir“-Bekundungen auf, ein Wert, der nur von CDU, SPD und den GRÜNEN übertroffen wird. Über 7000 rechtsextreme Webangebote, davon 5500 im Social Web, verbreiten Propaganda und spielen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung bestehender sowie der Rekrutierung neuer Anhänger. Wenn Angebote gelöscht werden, weichen die Anbieter auf amerikanische oder russische Server aus, so zum Beispiel auf die russische Facebook-Variante VK, oder kreieren einen eigenen E-Mail-Dienst. Die REX Internet-Bibliothek enthält jede denkbare Form rechtslastiger Literatur zum Herunterladen als PDF-Dateien. Und die Islamfeinde und Volksverhetzer von „politically incorrect“ stehen mittlerweile auf Platz 9 aller deutschsprachiger Blogs.

■
*Manfred Schwarzmeier /
Gerd Rudel*

Strategien gegen den alltäglichen Rassismus

Workshops für Schüler und Lehrkräfte

Diskriminierung an Schulen vermeiden – das ist das Ziel der Initiative „Schule ohne Rassismus“. Zum 5. Mal entwarfen Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in der Akademie Strategien für mehr Akzeptanz und gegen Rassismus und Ausgrenzung.

Die Jugendlichen dachten zunächst, sie seien ohne eigene Vorurteile nach Tutzing gekommen. Ihre Erwartung war es, neue Ideen und Anregungen für die anti-rassistische Arbeit an ihren Schulen zu bekommen, sich gegenseitig auszutauschen und zu vernetzen – doch zunächst mussten sie bei Übungen am eigenen Leib erfahren, wie schnell man in Verhaltensmuster der Ausgrenzung und der moralischen Wertung verfällt, ohne dass man es will.

Die Trainer Anna-Lena Kahmann und Björn Koalick betonen, wie wichtig dieser Prozess ist: „Wir wollen hier keinen umerziehen, sondern wir wünschen uns, dass alle verstehen und begreifen, was in der Gesellschaft vor sich geht. Und Selbsterfahrung ist der erste Weg zur Erkenntnis.“

Die Lehrkräfte wurden in einem eigenen Workshop unter der Leitung von Soraya Attari vom Pädagogischen Institut München und Bettina Schmidt von der Universität Oldenburg mit dem Anti-Bias-Ansatz vertraut gemacht und lernten Übungen kennen, die sie in ihren eigenen pädagogischen Alltag mitnehmen können. Der Anti-Bias-Ansatz ist ein Ansatz der antidiskriminierenden Bildungsarbeit, der in der deutschen Bildungslandschaft seit einigen Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewinnt. Das englische Wort „bias“ bedeutet Voreingenommenheit oder Schiefelage. Neben dem Fokus auf individuelle Vorurteile und Haltungen einzelner Menschen, werden insbesondere gesellschaftliche Schiefelagen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Anti-Bias-Arbeit in den Blick genommen. Dennoch nahmen die Teilnehmer mehr mit nach

Hause als nur überraschende Erfahrungen und das Bewusstsein für Ausgrenzungsmechanismen im Alltag.

Zukunftsprojekte

Im Laufe des Workshops erarbeiteten die Schülergruppen gemeinsam mit ihren Lehrkräften neue, teils schulübergreifende Projektideen. Das Ideal der Schule ohne Rassismus soll sich im Denken aller am Schulleben Beteiligten fest verwurzeln; sich dann aber auch in ihrem Handeln niederschlagen.

Am Workshop nahmen sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen aus München und Oberbayern teil. Alle tragen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Das ist ein Projekt von und für Schüler und Schülerinnen und bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mit zu gestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. In ganz Deutschland sind über 1000 Schulen dabei. Die Projektarbeit kann unterschiedlich organisiert werden. In vielen Schulen gibt es Arbeitskreise oder Wahlfächer, an den Gymnasien werden in der Oberstufe oft P-Seminare zum Thema angeboten. Alle sind auf das Engagement und die aktive Mitarbeit interessierter Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte angewiesen, um dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gerecht zu werden. Unterstützend wirkt dabei das Pädagogische Institut der Landeshauptstadt München, das als Regionalkoordination für Oberbayern Kooperationspartner bei diesem Seminar war. ■

Michael Schröder

Geschichte(n) zum Klingen bringen

Jugendliche entwerfen Konzepte für den Audioguide des NS-Dokumentationszentrums München

In München entsteht mit dem NS-Dokumentationszentrum am Königsplatz bis Ende 2014 ein zentraler Lern- und Erinnerungsort zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Wir haben Schülerinnen, Schülern und ihren Lehrern aus ganz Bayern die Möglichkeit geboten, in einem Workshop ihre Erwartungen an einen Jugend-Audioguide für dieses Dokumentationszentrum zu formulieren und dessen Inhalte zu entwickeln.

Vor den Workshops stellte der Gründungsdirektor des noch im Bau befindlichen Zentrums, Winfried Nerdinger, das Konzept der Dauerausstellung vor. Das Dokumentationszentrum entsteht am historischen Ort – an der Stelle des früheren „Braunen Hauses“, der Parteizentrale der NSDAP und damit in unmittelbarer Nähe des Königsplatzes und des „Führerbaus“.

Auf vier Ebenen werden folgende Epochen präsentiert: Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit der Gründungsphase der NSDAP bis zur Machtübergabe an Adolf Hitler 1933. Dann die Phase des Regimes zwischen 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Welt-

krieges 1939, der Zweite Weltkrieg bis 1945 und schließlich die Nachkriegszeit mit Entnazifizierung bis hin zum Erstarren des Neo-Nazismus und Rechtsextremismus heute.

Mit insgesamt 30 historischen Fotos (Leitbildern) werden diese Epochen visualisiert und charakterisiert. Nerdinger betonte, dass es an „diesem Ort der Täter“ keine dreidimensionalen Schauobjekte geben wird, die die Gefahr der „Aurarisierung“ in sich bergen.

Bei unserer gemeinsamen Veranstaltung mit der Stiftung Zuhören und dem NS-Dokumentationszentrum München kamen die 40 Schüler in vier Arbeits-

gruppen zusammen, die den vier Epochen der Ausstellung entsprachen. Anhand von je drei der Leitbilder entwickelten sie ihre Ideen und Konzepte für hörbare Geschichten aus der Geschichte. Ihre Lehrer befassten sich parallel dazu mit der didaktischen Vermittlung der schwierigen Inhalte.

Nach drei Tagen intensiver Recherche und Diskussion stellten die Jugendlichen ihre Ergebnisse vor – und zeigten sich bestens informiert, reflektiert und um eine sachliche, ansprechende Darstellung bemüht. Mit viel Kreativität und Einfühlungsvermögen in die sensiblen Themen gestalteten sie erste Ideensammlungen, konkrete Entwürfe und Hörbeispiele für den geplanten Audioguide.

Die Ergebnisse des Workshops „Wie klingt Geschichte?“ fließen jetzt in die endgültige Konzeption des Audioguides für die Dauerausstellung des NS-Dokumentationszentrums ein. ■

Michael Schröder



*Mit einer Zeitleiste wurden historische Fotos zugeordnet (l.). Nachdenken über Kreative Texte für den neuen Audioguide (r.)
Fotos: NS-Dokumentationszentrum München / Orla Conolly*

Fragen an Europa: Wie viel Solidarität braucht die EU?

Die Eurokrise bringt enorme politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen mit sich: massive Schulden und dümpelndes Wirtschaftswachstum, Reformstau und hohe Jugendarbeitslosigkeit sind Ursachen und Folgen zugleich.

Die Rettungsschirme der europäischen Politiker und Banker haben die Situation in den betroffenen Ländern bisher kaum geändert. So stehen wir in ganz Europa in einer Diskussion um die Zukunft der EU und Europas als Ganzem: Wie soll eine gemeinsame Politik ausgestal-

tet sein? Wer benötigt wie viel Verantwortung, und zu welchem politischen Preis? Oder anders gefragt: Wie viel Solidarität braucht die EU? Das war die Hauptfrage für den Auftakt unserer Veranstaltungsreihe „Fragen an Europa“.

Akademiedirektorin Ursula Münch, die Leiterin der Europäischen Akademie Bayern Birgit Schmitz-Lenders, der Stellvertretende Landrat des Landkreises Regen Heinrich Schmidt und Bayerisch Eisensteins Bürgermeister Thomas Müller betonten in ihren Grußworten die Wichtigkeit der europäischen Friedens-, Werte- und Kulturgemeinschaft.

Überzeugter Europäer

Auch der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner zeigte sich als überzeugter Europäer: Gerade die bayerische Landwirtschaft habe vom europäischen Einigungsprozess über Jahrzehnte profitiert und einen großen Beitrag zum gemeinsamen Frieden in Europa geleistet. Verwundert sei er aber darüber, wie oberflächlich die Diskussion über die Weiterentwicklung Europas meist sei.

Die Veranstaltungsreihe „Fragen an Europa“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Akademie für Politische Bildung Tutzing, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern e.V. sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in München.

Alle Redner freuten sich aber sichtlich darüber, dass die prominent besetzte Veranstaltung in der Grenzregion großen Zuspruch fand: 100 interessierte Gäste waren in die ArberLand-Halle nach Bayerisch Eisenstein gekommen – für eine Gemeinde mit nicht einmal 1000 Einwohnern eine hohe Zahl.



Helmut Brunner: „Bayerische Landwirtschaft profitiert vom europäischen Einigungsprozess“

Fotos: Haas

In seinem Festvortrag „Ist der Euro noch zu retten?“ forderte der Passauer Volkswirt Johann Graf Lambsdorff überzeugend und eindringlich mehr Investitionen in Deutschland – in die Bildung, die Infrastruktur, für Familien und die Energiewende. Die Bundesrepublik sei schon aus eigenem (wirtschaftlichen) Interesse in der Pflicht, durch den investitions-

orientierten Abbau von Leistungsbilanzüberschüssen zur Stabilisierung der Währungsunion beizutragen.

Akt der Solidarität

Diese Ausgaben hätten zwar eine leicht steigende Inflation zur Folge, seien aber mit Blick auf Deutschlands Zukunft nötig und ein Akt der Solidarität mit ganz Europa. Denn die Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse sei nicht möglich, wenn lediglich die Krisenländer zum Sparen gezwungen werden.

Diese Aussagen leiteten über zur Podiumsdiskussion „Wie viel Solidarität braucht die EU?“ mit Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und den Europaparlamentariern Kerstin Westphal und Manfred Weber.

Die SPD-Abgeordnete Westphal konnte den Aussagen des Wissenschaftlers nur zustimmen und freute sich darüber, dass Investitionen sowie Hilfe für und kritische Begleitung der Krisenländer auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene betont werden.

Auch Helmut Brunner betonte: „Es ist weder in Berlin noch in Bayern umstritten, dass diesen Ländern geholfen werden muss“, musste sich von der Europaabgeordneten aber die Kritik anhören, dass gerade die Lan-



desregierungen in Problemsituationen den Schwarzen Peter gerne zur Europäischen Union schieben.

Manfred Weber, als CSU-Mitglied stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion in Straßburg bzw. Brüssel, sieht Europa auf dem Weg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – allerdings nicht aus der Glaubwürdigkeitskrise. Die europäische Politik habe in



Manfred Weber sieht noch keinen Weg aus der Glaubwürdigkeitskrise

der Vergangenheit zu wenig kommuniziert: seien es die Fehler bei der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone, sei es die Notwendigkeit eines strikten Durchgreifens aus dem Höhepunkt der Krise oder sei es die Tatsache, dass auch Bayern direkt von Europa profitiert durch jährliche Zuweisungen aus dem Strukturfonds von mehreren hundert Millionen Euro.

Johann Graf Lambsdorff mahnte in diesem Zusammenhang: „Die Probleme der Krise müssen gelöst werden, nicht die Schuldfrage.“ Auch die Diskussion über die Größe Europas hält er für die falsche: die politische Einstellung der EU sei entscheidend, nicht ihre Mitgliederzahl.

Andere Traditionen und Werte anerkennen

Welche Vision haben die Beteiligten der Diskussionsrunde nun von einem Europa in zwanzig Jahren? Bayerns Landwirtschaftsminister hofft, dass sich bis dahin die Diskussionskultur verändert hat: Rentiert sich die EU für

uns? Warum orientiert Ihr Euch nicht an uns? „Das ist der falsche Ansatz“, meint Helmut Brunner, „wir müssen andere Traditionen und Werte anerkennen, und ich bin nicht sicher, ob dieser Prozess in zwanzig Jahren abgeschlossen ist. Allen sollte aber klar sein: zum europäischen Werte-, Wirtschafts- und Währungsverständnis gibt es keine sinnvolle Alternative.“

Der Europaabgeordnete Manfred Weber möchte ein wirtschaftlich und politisch gestärktes Europa – was bedeutet, auch den Regionen Selbständigkeit zuzugestehen.



Johann Graf Lambsdorff: „Die Probleme der Krise müssen gelöst werden, nicht die Schuldfrage.“

Kerstin Westphal erwartet ein europäisches Parlament mit mehr Eigeninitiative. Sie befürchtet aber, dass gleichzeitig eine extrem europakritische Generation ans Ruder kommen könnte, die durch die aktuelle Krise und extremistische Ansichten geprägt ist.



Kerstin Westphal erwartet ein europäisches Parlament mit mehr Eigeninitiative

Ähnlich denkt auch Graf Lambsdorff, und kritisierte dabei den aktuellen Koalitionsvertrag in Berlin: „Ich lese da viel von Mütterrente, Frühverrentung, Klientelpolitik. Aber ich lese nichts von großen europäischen Fragen. Da schwinden meine Hoffnungen auf Europa.“ ■

Sebastian Haas

Siehe Presseschau S. 48



Zeichnung: Tomaschoff

Streitpunkt Videoüberwachung

Bringt sie mehr Sicherheit und weniger Freiheit?

Auf dem Weg zur Arbeit, im Einkaufszentrum, auf Straßen und Plätzen – Kameras haben uns fast immer und überall auf dem Schirm. Im öffentlichen Personennahverkehr führt die Installation von Kameras zu einem Rückgang der Kriminalität. Bietet die Videoüberwachung im öffentlichen Raum mehr Schutz für die Bürger? Oder bedroht sie die Privatsphäre? Das waren nur zwei der Fragen, mit denen sich die Teilnehmer unserer Tagung* beschäftigten.

Der Passauer Verfassungsrechtler Herbert Bethge stellte die Videoüberwachung in den Kontext des Grundgesetzes. „Freiheit und Sicherheit sind nicht zwangsläufig unüberbrückbare Gegensätze“, sagte er. Freiheit sei ohne schützende Rahmenbedingungen des Staates nicht realisierbar. Der Staat verfüge aber über keine bindungsfreie Schutzkompetenz. Sicherheitsmaßnahmen müssten mit den Freiheitsrechten der Bürger abgestimmt werden. Videoüberwachungen greifen in das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ein und müssen daher gesondert gerechtfertigt werden, sagte Bethge. Dazu gehöre etwa, dass der Parlamentsvorbehalt und das Verhältnismäßigkeitsgebot beachtet werden.

Spielräume und Grenzen

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz Thomas Petri zeigte die Hauptargumente für das Pro und das Contra der Videoüberwachung auf. Gehofft werde auf generalpräventive Wirkungen, Erleichterung der Strafverfolgung und die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Gegner der Video-

überwachung würden dagegen vor der Gefahr einer Überwachungsgesellschaft, der Missbrauchsgefahr und der Verhaltensbeeinflussung warnen. Videoüberwachung helfe lediglich bei der Strafverfolgung, meinte Petri. Sie könne auch kontraproduktiv sein. Menschen verhielten sich im Ernstfall passiv, da durch Kameras eine vermeintliche Sicherheit entstehe. Diese Sichtweise werde zu wenig diskutiert, bemängelte Petri. Eine „flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume ist verfassungswidrig“,



Herbert Bethge: Videoüberwachungen gesondert rechtfertigen



Gerd Neubeck: „Weniger Vandalismus in Zügen wegen Videoüberwachung“



Thomas Petri: „Flächendeckende Videoüberwachung verfassungswidrig“

so Petri. Kriminalitätsschwerpunkte zu überwachen sei legitim, wenn es ein schlüssiges Einsatzkonzept gebe.

Solch ein Konzept hatte die Stadt Mannheim. Hier wurde die Videoüberwachung als Strategie zur Bekämpfung

der Straßenkriminalität eingesetzt. In der Kriminalitätsstatistik lag Mannheim lange Zeit ganz hinten. Vor Beginn der Überwachungsmaßnahmen hatte die Polizei Ziele definiert und der Öffentlichkeit dargelegt. Neben der Prävention war die Repression, also die Strafverfolgung, ein wichtiger Punkt. Ergebnis: Die Anzahl der Delikte ging zurück. Fazit des Polizeidirektors Thomas Köber: Die Videoüberwachung ist kosten- und kräfteintensiv. Mit gutem Konzept ist sie ein brauchbares Werkzeug. Sie ist allerdings kein Allheil mittel, und sie benötigt eine hohe öffentliche Akzeptanz.

Videoüberwachung in Zügen

Einblicke in den Umgang der Deutschen Bahn mit Videoüberwachung gab Gerd Neubeck. Zusammen mit dem Bundesinnenministerium wurde im Juli 2013 ein Ausbauprogramm zur

Videotechnik vereinbart. „Wir haben in der S-Bahn München die Videoüberwachung eingeführt und stellen fest, dass wir tatsächlich weniger Schäden durch Vandalismus haben. Das ist ein gutes Beispiel, wo Video nützt“, sagte der Leiter der DB-Konzernsicherheit.

*In Zusammenarbeit mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft



Videüberwachung sei ein Instrument der Sozialkontrolle, so der Greifswalder Sozialpsychologe Manfred Bornewasser. Sie müsse gut organisiert sein. Dazu gehöre, dass qualifizierte Mitarbeiter vor dem Monitor sitzen. Zudem sei es wichtig, dass bei einem video-

aus. Kameras böten Vorteile bei der Fahndung und Beweisführung, könnten aber kein Personal ersetzen.

„Die Öffentlichkeit muss stärker für das Thema sensibilisiert werden“, sagte die frühere grüne Landtagsabgeord-

sprechen“, nämlich dass im Notfall auch schnell Hilfe zur Stelle ist. Die Ziele, die mit Videüberwachung verfolgt werden, müssten auch operabel gemacht werden – etwa durch entsprechende personelle Kapazitäten und angemessene Lösungsfristen.



Videüberwachung auf der Wache des Oktoberfestes

überwachten Vorfall auch schnell jemand zur Stelle ist. „Sonst wird die Funktion der Videüberwachung in Frage gestellt“, sagte Bornewasser.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion traten Vertreter der Polizei ins Gespräch mit der Politik. Der Polizeipräsident von Mittelfranken Johann Rast berichtete von den Erfahrungen mit Videokameras in Nürnberg. An bestimmten Plätzen lag die Aufklärungsquote von Straftaten bei über zehn Prozent über der normalen Quote, betonte Rast. Den Abbau von Kameras bei erfolgreichem Einsatz hält er für fraglich.

Der bayerische Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Hermann Benker sprach sich für den Einsatz von Videüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten

nete Susanna Tausendfreund. Abschreckungseffekte durch Videokameras zweifelt sie an. Bei bestimmten Straftaten lassen sich die Täter von Videokameras nicht beeindrucken, sagte Tausendfreund.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Horst Arnold blickte auf das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit der Videüberwachung. „Kameras sind ein Ver-



Der interaktive Funkstreifenwagen aus Brandenburg stand im Mittelpunkt des Interesses der Teilnehmer. Unten links: Display für Aufträge, Navigation und Kamera, rechts: Multi-PC Fotos: Piesch

Neue Entwicklungen

Weitere Beispiele für den Einsatz von Videokameras bei der Polizei waren die Ausrüstung von Streifenwagen und das Oktoberfest. Das Land Brandenburg hat nach mehrjähriger Planung 28 VW-Transporter als interaktive Funkstreifenwagen im Einsatz. Die Fahrzeuge sind mit einem Multi-PC, der auch als Navigationsgerät einsetzbar ist, ausgestattet. Neben Drucker und Scanner verfügen die Autos über einen GPS-Empfänger, mit dem sie geortet werden können, sowie über je zwei Kameras an Front- und Heckseite. Mit dem Videosystem können beispielsweise Verkehrskontrollen dokumentiert werden. Des Weiteren werden sie zur Beweisführung bei Anhalte- und Kontrollvorgängen verwendet. Die Bilder können auch an die Leitstellen übertragen werden. „Damit erhöht die Videotechnologie vor allem die Sicherheit der Polizeibeamten“, so Harald Klauth vom Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg.

Oktoberfest – für München bedeutet das jedes Jahr 16 Tage im Ausnahmezustand. Wie behält man da den Überblick über ein Gelände, das so groß ist wie 42 Fußballfelder? Der stellvertretende Leiter der Wiesnwache Olaf Schleicher ist sich sicher, dass bei so einem Massenbetrieb die Überwachung mit Kameras sinnvoll ist. Videüberwacht sind im Einsatzzentrum unter anderem eine Sammelzelle sowie drei Einzelzellen. Der Schutz der Menschen und der Polizeibeamten stehe dabei im Vordergrund, betonte Schleicher. ■

Gero Kellermann / Anita Piesch

Siehe Presseschau S. 48

Dynamik und Flexibilität der Arbeitswelt

„Schaffen wir die Arbeit oder schafft sie uns?“ Diese Frage stellte die Akademie bei einer Tagung in Schweinfurt. In der dortigen Agentur für Arbeit fanden sich zahlreiche Vertreter des Arbeitslebens zusammen und diskutierten die Wandlungen der Arbeitswelt.

Ein Überblick über die Arbeitsmarktsituation in Deutschland gab Ulrich Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. „Die Arbeitsmarktlage hat sich zuletzt stark verbessert. Dennoch gibt es weiterhin Probleme, den harten Kern der Arbeitslosigkeit zu integrieren“, sagte der Volkswirt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie müsse durch innovative Produkte aufrechterhalten werden. Mit Blick auf den demographischen Wandel sei die Fachkräftesicherung eine Daueraufgabe zur Erhaltung der wirtschaftlichen Dynamik. Walwei plädierte dafür, die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen weiterzuentwickeln, um die Beschäftigungsfähigkeit und „Aufwärtsmobilität“ zu entwickeln. Wegen der wachsenden Qualifizierungsanforderungen und teilweise beträchtlichen Arbeitsmarktfenne ginge es insbesondere darum, Bildungsarmut zu vermeiden.

Hohe Belastungen

„Hauptsache Arbeit“ war lange ein Slogan, hinter dem sich viel versteckte, sagte der Soziologe Dieter Sauer vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München. Er nahm die gesellschaftlichen Folgen der Veränderungen in der Arbeitswelt in den Blick. Weite Teile der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien hohen Belastungen ausgesetzt. Ein Indiz dafür sei der wachsende Markt an Entspannungsliteratur und ähnlichen Angeboten. Depressionen und andere psychische Erkrankungen hätten rapide zugenommen, genauso wie Unsicherheiten bezüglich der Grundlage der Lebensgestaltung. In den dramatischsten Fällen seien Selbstmordserien – so in Frankreich – zu beklagen,

von denen die Presse immer häufiger berichte. Sauer verwies auf Forschungen, nach denen insbesondere Termin-, Zeit- und Verantwortungsdruck sowie ein überhöhtes Arbeitsvolumen Grund für Überbelastungen seien. Sauer trat für eine stärkere Integration von Arbeit und Gesundheit ein. Zudem plädierte er dafür, Reklamationsverfahren zur Vermeidung überhöhter Zielvereinbarungen einzuführen.

„Wer hat Erfolg in flexiblen Arbeitswelten?“ Das war die Frage der Arbeits- und Organisationspsychologin Judith Volmer von der Universität Bamberg. Volmer stellte eine Systematisierung von „Neuen Karrieren“ vor. Zum einen seien moderne Karrieren durch eine „proteische“ Laufbahneinstellung geprägt. Dies bedeute, dass durch gute Anpassungsfähigkeit (wie sie der griechische Meeresherr Proteus hatte) eine Person karrieremäßigen Fortschritt und Selbstverwirklichung zu erreichen sucht. Eine entgrenzte Laufbahneinstellung zeichne sich durch hohe physische und psychische Mobilität aus. Volmer legte dar, dass proteisch geprägte Karrieren sich insbesondere an subjektiven Faktoren wie Arbeits- und Karrierezufriedenheit orientieren. Erfolgsmaßstab für entgrenzte Karrieren seien dagegen eher objektive Faktoren wie Gehalt, Beförderung und Status.

Die abschließende Podiumsrunde widmete sich dem Kernthema Bildung. Der Ökonom Guido Heineck von der Universität Bamberg hat Tendenzen in Bildungs- und Erwerbsverläufen untersucht und ist Mitarbeiter des Na-

tionalen Bildungspanels. Die zukünftige Bildungspolitik müsse sich stärker als bisher der Frage widmen, wie wir Kompetenzen von klein auf aufbauen können, sagte er.

Zur Weiterbildung im Erwachsenenalter äußerte sich der ehemalige Vorsitzende der Linkspartei und Bundestagsabgeordnete Klaus Ernst. Er kritisierte, dass es Weiterbildungsangebote oft nur für diejenigen gebe, die sich bereits auf einem höheren Bildungsniveau befinden. Zu den notwendigen Lernerfahrungen in der modernen Arbeitsgesellschaft gehöre es auch, sich zu engagieren und seine Interessen vertreten zu können, sagte Ernst.



Klaus Ernst sprach über Weiterbildung im Erwachsenenalter

Die flexible Arbeitswelt braucht auch flexible Hochschulen, die durch eine hohe Durchlässigkeit gekennzeichnet sind, so Robert Grebner, der Präsident der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt. Auch die Bachelor- und Masterstudiengänge seien Zeichen von Flexibilität. Mit Blick auf die demographische Entwicklung betonte Grebner, dass ein gutes Studium an einem Standort wichtige Vorteile bietet, qualifizierte Arbeitskräfte für die Region zu gewinnen.

Karl-Heinz Schmitz, ehemaliger Leiter des Standorts Schweinfurt der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, sieht den Strukturwandel, der höherwertigere Produkte und Dienstleistungen notwendig macht, die demographische Entwicklung und die Gesetze der Wissensgesellschaft als die entscheidenden Faktoren an, die Arbeitsleben und Bildung in Zukunft prägen werden. Ungereimtheiten unseres Bildungssystems, wie die Entwertung der unteren Bildungsabschlüsse, müsse entgegengetreten werden, sagte der Personalexperte. ■

Gero Kellermann

Orient und Okzident – Konkurrenz der Kulturen?

Im Dezember 2012 lud die Akademie ihre Freunde und Gäste ein, einen „Tagungswunschzettel“ zu schreiben. Das Thema mit der größten Resonanz war eine Veranstaltung über den Orient und Okzident und die Frage nach einem „Kampf der Kulturen“*.

Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.

Was einst Johann Wolfgang Goethe konstatierte, wurde nicht zuletzt durch das Buch *Orientalismus* von Edward Said in Frage gestellt. Er entfachte mit seinen Thesen über einen verzerrten Blick des Westens gegenüber der arabischen Welt heftige Kontroversen, die bis heute in verschiedenen Ausprägungen die akademische und öffentliche Debatte bestimmen. Eine Debatte die – noch immer – voller Vorurteile und selten emotionslos ist.

Eine enorme Aufgabe also – und das war ein zentrales Ergebnis aller Diskussionen in der Tagung – für „den Westen“, seinen Beitrag zum Abbau dieser Vorurteile zu leisten.

„Der Ball liegt im Hof des Westens“, so der deutsche Islamwissenschaftler Udo Steinbach. Die Initiative zur Veränderung der Wahrnehmung von einer exklusiven Sicht (die anderen stehen draußen) hin zu einer inklusiven Sicht auf beiden Seiten müsse von den USA und Europa ausgehen, so Stein-

bach. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass der Westen seine Glaubwürdigkeit verloren habe, bestätigte Martin Durm. Er berichtete lange als Auslandskorrespondent der ARD aus



Udo Steinbach: „Der Ball liegt im Hof des Westens“

Kairo. Man habe stets Demokratie und die Achtung der Menschenrechte gepredigt, jedoch durch eine falsche Politik – wie in Syrien – keinen Akzent gesetzt. So sei es nicht nur für die Syrer selbst kaum zu verstehen, warum gerade die Europäische Union an der Grenze zwischen Syrien und der Türkei kein humanitäres Notlager errichtet habe. Man fürchtete, sich damit auf eine Seite zu stellen.



Der Verein Yalla Arabi bot ein orientalisches Kulturprogramm mit gemeinsamem Tanz
Fotos: Zerbel

Es sei genau dieses Prinzip der doppelten Standards, welches die Unglaubwürdigkeit verstärkte. Die westliche Politik sei primär Sicherheitspolitik gegenüber dem Mittelmeerraum, der unsere Sicherheit zu bedrohen scheint, so Steinbach. Doch sei es vielmehr an der Zeit, dass wir uns dem islamischen Demokratiediskurs öffnen. Wir müssten verstehen, dass Demokratie kein Endzustand ist, der starr fixiert ist. Der Okzident gehe immer davon aus, dass Menschenrechte, freie Wahlen, Demokratie und Pluralismus westliche Werte seien, die immer und unantastbar einzuhalten seien.

Dieser gordische Knoten gegenüber dem Orient müsse vom Okzident gelöst werden, so Klaus Kastan. Er war viele Jahre Korrespondent des Bayerischen Rundfunks in den USA und London und ist jetzt Auslandschef des Senders.

Karima El Quazghari von der Hessischen Stiftung für Konfliktforschung plädierte für mehr Offenheit: „Auch wir müssen unsere Demokratie erhalten.“ Wir könnten in diesem Punkt vom Islam lernen, indem wir unser eigenes politisches System mit Blick auf notwendige Reformen hinterfragen.

Allerdings ist diese Offenheit kein einseitiger Weg. Es sei zwar ein wichtiger Schritt, dass unter anderem Präsident Obama versuche, das Verhältnis gegenüber den islamischen Ländern zu verbessern, sagte Kastan. Jedoch sei dessen Worten zuzustimmen: „Ich bin bereit, die Hand auszustrecken, jetzt muss die islamische Welt bereit sein, die Faust zu öffnen.“

Am Schluss der Debatte stand ein schöner Vergleich und guter Wunsch: Die USA seien wie ein Fruchtsalat (Kastan), jeder bliebe in seiner Community und doch sind es die United States of America. Warum also können Orient und Okzident nicht ein großer süßer Fruchtsalat sein? Ein solches Bildnis hatte vielleicht auch Goethe einst im Sinn. ■

Anja Opitz

* in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Siehe Presseschau S. 49

Innenansichten des Buddhismus

Buddhistische Zentren gibt es mittlerweile nicht mehr nur in Großstädten. „Achtsamkeit“ ist ein vielbemühter Begriff, nicht nur wo es um persönliche Sinnfindung geht, sondern auch in pädagogischen Zusammenhängen. Östliche Weisheitslehren treffen offenbar auf weithin empfundene Bedürfnisse. Eine Tagung über „Vernunft, Recht und Staat im Buddhismus“ beleuchtete Grundprinzipien des Buddhismus und deren gesellschaftliche Auswirkungen. Eine seit 2009 laufende, fünfteilige Tagungsreihe mit Innenansichten der Weltreligionen fand damit ihren Abschluss.

Die Relativität aller Betrachtungen östlicher Weisheitslehren machte Bernhard Uhde, Direktor des Freiburger Instituts West-Östliche Weisheit, zu Beginn deutlich. Indien ist von Europa aus östlich, von China aus liegt es im Westen. Seit Kaiser Diokletian wurde in Rom von einer westlichen und einer östlichen Reichshälfte gesprochen. Seitdem steht die geographische Bezeichnung „westlich“ für das Abendland. Dabei ist weder der Westen noch der Osten je eine geschlossene Sphäre gewesen. Die Tendenz zu Verallgemeinerungen entstammt vielmehr der Unkenntnis; so wenn etwa der Dalai Lama als Repräsentant des Buddhismus gesehen wird, der doch nur für eine kleine Gruppe der tibetischen Buddhisten steht.

Rudyard Kipling dichtete einst: „Der Osten ist Osten und Westen ist Westen/ und niemals werden beide sich treffen...“ Goethe hingegen schrieb: „Wer sich selbst und andre kennt,/ Wird auch hier erkennen./ Orient und Okzident/ Sind nicht mehr zu trennen.“ Die Frage nach Unterschied und Gemeinsamkeit ist jedenfalls nicht unmittelbar zu beantworten.

Abendländisches Denken

Für das Abendland war der Einfluss aristotelischer Logik prägend. Eindeutige Bestimmtheit ist nur unter der Maßgabe der Widerspruchsfreiheit möglich. Ein und dieselbe Sache kann

danach nicht zugleich und in selber Hinsicht entgegengesetzte Eigenschaften aufweisen. Ein Glas ist entweder voll oder leer, wohl kann es jetzt voll und dann leer sein, aber eben nicht voll-leer. Auf die Frage, was wir sicher wissen können, wurde die Antwort gegeben: Dass nichts sein kann, was sich widerspricht. Dasjenige, was dann da ist und Sein hat, wurde als feststehende und beharrende Substanz verstanden.

Von solch einer Substanz und der Realität der Außenwelt ging auch das altindische („hinduistische“) Denken aus. Auch durch den Tod hindurch ist die Substanz dort beständig: Die Seele kleidet sich lediglich neu ein, sie ver-

schwindet nicht. Dass eine Ursache (Tod) ohne weitere Wirkung (als Ende) bleibt, gilt als extrem unwahrscheinlich. Dennoch ist die Vorstellung einer endlosen Wiederholung des irdischen Lebens eigentlich ein Horror. Wer könnte die stete Wiederkehr von Leid, Hass und Krieg wirklich wollen?

Die Erkenntnis des Buddha

In diese geistige Umgebung wurde 563 v. Chr. der Buddha, der Erhabene geboren. Er suchte nach einer Erkenntnis, die vom Leiden erlöst, doch kein Lehrer vermochte sie ihm zu vermitteln. Das, so Uhde, sei auch unmöglich: Denn der Wunsch nach Erlösung entfaltet selbst noch eine kausale Wirkung, weshalb er nicht aus der Wirkungskette befreien kann.

Die Erkenntnis, die der Buddha in nächtlicher Meditation erwarb, war diejenige der konditionalen Wechselwirkung von allem, sie ist im Pāli-Kanon aufbewahrt: „Wenn dieses ist, ist jenes, infolge dieses (Prozesses) entsteht jener (Prozess); wenn dieses nicht da ist, ist jenes nicht.“ Auch Ursache und Wirkung sind ja wech-



Der Wat Phra Kaeo ist der wichtigste buddhistische Tempel Thailands

Foto: Werner



selseitig voneinander abhängig. Wenn man nun die eine Seite einer konditionalen Beziehung aufhebt, so wäre auch die andere verschwunden. Wenn es kein Ich und kein Selbst gibt, dann gibt es auch kein leidendes Ich. Dieser Grundgedanke des Buddhismus



Bernhard Uhde relativierte das West-Ost-Denken

scheint der westlichen Orientierung an der Kausalität entgegenzustehen. Das gilt freilich nur, wenn man einen großen Teil der westlichen Tradition ausblendet, die nicht erst in der Neuzeit mit Hegel, sondern schon lange in der mystischen Tradition eine Einheit der Gegensätze zu denken vermochte.

Für das Leben der Menschen bedingt die Botschaft des Buddha eine grundlegende Kritik an allen ständischen Unterscheidungen. Im Blick auf die

Lehre und ihre sittliche Zucht kann es unter den Menschen keine Unterschiede des Rangs geben. Was er tut, soll der Mensch ohne Begierde, ohne Hass und ohne Wahn verrichten. So entfiele die Motivation ungerechter und gewaltvoller Politik.



Carola Roloff: „Buddhismus unterstützt die Idee der Menschenrechte“

Carola Roloff von der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg zeigte auf, wie Wertvorstellungen des Buddhismus die Idee der Menschenrechte unterstützen. Dazu gehöre die universelle Verantwortlichkeit, der Respekt und die Wertschätzung für Andere, denen man stets viel zu verdanken habe, sowie – im Mahayana-Buddhismus – die Buddha-Natur aller Menschen. Von Beginn an wurde sie als geschlechterübergreifend gedacht, wie daran deut-

lich wird, dass schon in frühester Zeit auch buddhistische Nonnenorden entstanden. Diese frühe Haltung müsse heute manchmal erst wieder mühsam erarbeitet werden, wie Roloff, die selbst buddhistische Nonne ist, an den steten Auseinandersetzungen um die Möglichkeit der vollen Ordination von Frauen aufzeigte.

Illusion des Geldwerts

Der Wirtschaftswissenschaftler Karl-Heinz Brodbeck wandte den Gedanken der umfassenden Konditionalität auf unser Verständnis von und den Umgang mit Geld an: „Warum eigentlich achten wir den Wert des Geldes?“ Indem wir es verwenden, bekunden wir, dass wir das Geld wertschätzen. Wo wir Geld wertschätzen und so handeln als ob es Wert hätte, da hat es auch Wert. Dass dieser Geldwert aber eine Illusion ist, zeige sich daran, dass sie immer wieder einmal auch als solche erscheint und platzt. Werte lösen sich dann in Nichts oder in fast nichts auf. Deutlich wird dabei die Entfaltung von Leid, das aus dem Unwissen um die illusionäre Realität des Geldes entsteht, und die umfassende wechselseitige Abhängigkeit aller Menschen und allen Seins. In der gegenwärtigen Wirtschaftsweise und den dazugehörigen „Wissenschaften“ werde diese Abhängigkeit aber systematisch verdrängt. ■

Michael Spieker

Von der Urkatastrophe 1914 zu den aktuellen Herausforderungen

Die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ ist derzeit im Foyer vor dem Auditorium unserer Akademie zu sehen. Erzählt wird die europäische Entwicklung des 20. Jahrhunderts als eine dramatische Geschichte zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Demokratie und Diktatur. Sie beginnt mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ und endet mit den Herausforderungen, vor denen Europa aktuell steht.

Die Ausstellung soll im Verlauf des Jahres 2014 an insgesamt 3000 Orten in Europa gezeigt werden, angefangen mit dem Bundestag und dem Auswärtigen Amt. Sie wurde in zehn verschiedene Sprachen übersetzt, um auch im Ausland gezeigt werden zu können.



Text und Foto: MS

Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung ist bis zum 3. März 2014 von Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr geöffnet, bei Tagungsbetrieb auch am Samstag.

Eine sizilianische Reise

Geschichte, Philosophie und Gegenwart einer antiken Region

Was heute am Rande Europas liegt, war in der Antike und bis in das Mittelalter hinein sein Zentrum: Sizilien. Es war Ort der Begegnung für Griechen, Karthager und Römer, ebenso wie

für Araber und Normannen. Wichtige Impulse für Philosophie, Kunst und Architektur sowie für Religion und Politik wurden von hier aus gesetzt. In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landes-

hauptstadt München erkundete ein Reiseseminar die wegweisenden Gedanken aus der griechischen Zeit und die gesellschaftliche Lage des heutigen Siziliens.

Die Kolonisation Siziliens durch die Griechen war ein ebenso eindrucksvolles wie geheimnisvolles Unternehmen, so der Althistoriker aus Cambridge, Moses Finley. Ab 750 v. Chr. wurde Unteritalien durch griechische Expeditionskorps erschlossen. Bis in die klassische Zeit entstanden dort Städte, die reicher und mächtiger wurden als ihre Mutterstädte in Griechenland. Im Jahre 480 v. Chr., zur gleichen Zeit, in der die Athener vor Salamis den wichtigen Sieg über die Perser errangen, verteidigte Gelon vor der Stadt Himera Sizilien gegen die Karthager. Pindar besingt diesen Sieg in der 1. Pythischen Ode und stellt ihn als Verteidigung griechischer Freiheit gegen die barbarische Bedrohung der Zivilisation durch die Karthager dar. Von „griechischer Freiheit“ konnte in Sizilien freilich eher weniger die Rede sein. Denn im Unterschied zu den Poleis des Mutterlandes war die Herrschaftsform in den Städten Siziliens meist die Tyrannis. Ein Einzelner setzte sich an die Spitze. Seine Legitimation bestand hauptsächlich in Reichtum, siegreichen Pferdegespannen und großzügigen Weihegaben. Es war weitgehend eine Herrschaft der Heroen, die sich in großen Tempelbauten, Umsiedlungsaktionen und dynastischer Heiratspolitik erging.

Platons Politikberatung

Eine dieser wichtigen Städte war Syrakus, das auch die erste Station der Reise bildete. Als Alkibiades die Athener zum Krieg gegen Syrakus überredete,



Idealportrait des Alkibiades aus den Capitolinischen Museen

Fotos: wikimedia commons

beschrieb er die Städte Siziliens als bunt zusammen gewürfelte Menschenansammlungen ohne Bürgersinn und ohne innere Einheit. Zugleich war die sizilianische Lebensweise in klassischer Zeit sprichwörtlich: *la dolce vita* würden wir es heute nennen. So kamen auch andere Reisende nach Sizilien, die keine militärischen Absichten hatten.

Einer von ihnen war Platon, der Syrakus insgesamt dreimal besuchte, sein sogenannter Siebter Brief gibt Zeugnis davon. Michael Spieker sprach über

das darin zum Ausdruck kommende Verhältnis von Philosophie und Politik. Für die Geschichte der klassischen Akademie sind diese Reisen von großer Bedeutung. Platon schreibt im Rückblick, dass er seine Philosophie nicht nur lehrend und im abgegrenzten Raum der Akademie verfolgen wollte, vielmehr habe er auch in der politischen Praxis wirken wollen, so es dafür eine gute Gelegenheit gebe. In Syrakus meinte er sie zu finden, denn dort stand er in Kontakt mit dem Herrscherhaus und so sollte es möglich sein, den Herrscher Dionysios auf dem Weg der Philosophie zu einer gerechten Herrschaftsausübung zu leiten. So hätte durch die Überzeugung eines Einzelnen das Ganze zum Guten gewendet werden können.

Die Begeisterung für die Philosophie bleibt aber oberflächlich. Ein tiefes Zerwürfnis der syrakusanischen Parteien konnte von Platon nicht verhindert werden und am Ende befand er sich selbst mitten im Konflikt. Er reflektiert über die (begrenzte) Möglichkeit politischer Beratung und zeigt die Versöhnungsbereitschaft der Philosophie: Sie hält zwar Abstand zur Welt und zur Politik, aber sie ist ihr doch nicht fremd.

Wichtige Hinweise bietet der siebte Brief auch zu Platons Theorie des Wissens und der Erkenntnis. Der Frankfurter Philosoph Florian Finck führte aus, wie Platon als Grundlage der Erkenntnis alles Seienden nicht-sichtbare, aber denkbare Ideen bestimmte.



Weder der in Worten beschriebene noch der gemalte oder gedrechselte Kreis ist in vollem Sinne und zu recht „Kreis“ zu nennen. Vielmehr haften allen diesen Kreisen auch Bestimmtheiten an, die gar nicht zur Sache des Kreises gehören. Der eine ist aus Holz, der andere an vielen Stellen nicht kreisrund, sondern eckig. Alle erscheinenden und beschreibbaren Kreise müssen aber doch als „Kreis“ bestimmbar sein, sie sind nicht vollkommen verschieden.

Theorie der Idee

Diese einheitliche Bestimmtheit nannte Platon Idee, sie ist dasjenige, was ein andernfalls ungeordnetes Etwas zu einer bestimmten Sache macht. Dabei ist sie nicht eine abstrakte Gemeinsamkeit konkret vorliegender Dinge, sondern vielmehr die konkrete, vollkommen bestimmte Einheit, der gegenüber alle erscheinende Realität unvollständig bleibt.

Über die Rolle von Arithmetik und Geometrie für die Philosophie sprach der Freiburger Philosoph Friedrich Uehlein. Syrakus war auch die Wirkungsstätte eines der berühmtesten Mathematiker und Erfinder: Archimedes. Uehlein zeigte im Anschluss an Platon, wie in der Mathematik Wahrnehmen und begriffliches Erkennen vermittelt werden.

Schule der Sophistik

Nicht weit von Syrakus liegt auch das antike Leontinoi, der Geburtsort des Gorgias, einem der wichtigsten Kritiker der Philosophie. Weder gäbe es überhaupt etwas, noch könnte man etwas erkennen oder mitteilen, so seine dreifache Aporie, die zur Herausforderung der gesamten klassischen Philosophie wurde. Für die Politik hat diese Ansicht handfeste Konsequenzen, die an Erkenntnis orientierte Philosophie sei zum Handeln jedenfalls unnütz. Denn nun kann es nicht mehr um Wissen als Grundlage gemeinsamer Entscheidungsfindung gehen, sondern nur noch um – rhetorisch vermittelte –

Wahrscheinlichkeiten. Darum geht es von nun an darum, ein möglichst guter Redner zu sein. Die auf Gorgias aufbauende Schule der Sophistik sah in diesem Training ihre Hauptaufgabe. Die zwischen der Sophistik und Platon stehende Frage, worum es einer politischen Bildung gehen soll, nämlich um die Vermittlung inhaltlich unbestimmter Kompetenzen oder um ein Wissen des gemeinsamen Guten, als Grundlage für das aktive Handeln, wirkt bis heute nach.

Reiche Mosaiken

Eine der größten, weitgehend erhaltenen Villen aus römischer Zeit findet sich unweit von Piazza Armerina: die



Die Villa del Casale ist berühmt für ihre Bodenmosaiken

Villa del Casale. Der Würzburger Theologe Martin Fuß interpretierte das Bildprogramm der reichen Mosaiken in vierfacher Weise. Er erklärte zunächst, welche – meist mythischen – Geschichten als Vorbild dienten. Homers und Hesiods Sagenkreis bildeten die Wurzel für römische Aneignungen der Auseinandersetzungen der Götter mit den Menschen. Die Überlegenheit des Menschen über die Tiere spielt dabei eine große Rolle. Zugleich wird dort deutlich, dass das menschliche Streben nach Unsterblichkeit trotz all seiner Macht vergebens ist. Die Mosaiken werden damit zur Allegorie und bieten eine moralische Botschaft: Es wäre dumm, alles auf dieses Leben zu setzen und nicht für das Jenseits zu sorgen. Man sollte

nicht wie im Zirkus dem Sieg nachjagen ohne auf den Lebenssinn zu reflektieren. Ausweg böte nur der spirituelle Weg einer Verwandlung mit Hilfe der Götter, so wie Zyparissos aus Trauer und Schmerz von der Götterversammlung seine Verwandlung erflehte und zur Zypresse wurde.

Kritik der Götter

Von der Macht der sizilischen Städte gibt Agrigent (des antiken Akragas) ein eindrucksvolles Zeugnis. Dort liegen noch die Ruinen des Zeustempels, einem Ungetüm, dessen Säulen einen Durchmesser von fast vier Metern hatten und der rund 150m lang war. Dort referierte Uehlein über die Rolle der

Götter und der Aufklärung innerhalb der griechischen Philosophie, die kritisch Stellung zu Mythen und Religion nahm. Prodikos etwa stellte die Religion schon lange vor Nietzsche als lebenserleichternde Fiktion dar. Kritias hingegen hob auf den Zwang ab, der durch die Religion internalisiert werde, weshalb sie eigentlich ein Herrschaftsinstrument der Priesterkaste sei.

Zwei Wege gab es für jene, die sich nicht von der Religion lossagten. Denjenigen Ciceros beziehungsweise Cottas, der nach der Kritik an der Religion mit deren Tradition weiterläuft und denjenigen Plutarchs, des Apollonpriesters aus Delphi, der einer von menschlichen Vorstellungen gereinigten Religion weiterdiente.



In seinen Führungen und Bildbetrachtungen in den normannischen Kirchen Cefalus und Palermos zeigte Fuß, wie sich der sizilianische König Roger II. zum von Christus selbst eingesetzten Stellvertreter und zum legitimen Nachfolger des byzantinischen Kaisers stilisierte. Er war Auftraggeber der Kirchenbauten und der wertvollen Mosaik, in deren Zentrum Christus als Pantokrator (Allherrscher) steht. Doch die Normannen kamen als Eroberer in ein muslimisch beherrschtes Land. Klugerweise gewährte Roger I. den Muslimen Glaubensfreiheit, Eigentumsrechte und die Sicherheit ihres Leibes sowie ihre eigene Rechtsprechung.

Als die Eroberung Siziliens 1091 abgeschlossen war, übernahm man die arabische Verwaltung, die Kirchen wurden mit der Hilfe muslimischer Architekten erbaut und Recht wurde parallel nach dem Justinianischen Codex, dem langobardischen Gesetzbuch und der Sharia gesprochen.

Fehlende Zivilkultur

In Palermo stand neben den Architektur gewordenen Zeugnissen der wechselvollen, multikulturellen Geschichte die Gesellschaft der Gegenwart im Blickpunkt. Die vor Ort ansässige Soziologin Anita Bestler führte durch die Gassen der Stadt und sprach über die Bedeutung von Öffentlichkeit und Politik für die Gesellschaft der Gegenwart.

90 Prozent der Bevölkerung lehnen die Parteien ab und glauben, dass Politiker nur für sich selber sorgen. 65

Prozent halten nichts von staatlichen Organisationen. Die Überzeugung einer Gemeinwohlverpflichtung sei kaum verbreitet. Niemand wundere sich über den verbreiteten Egoismus, es gebe keine Zivilkultur. Die wichtigste Instanz ist daher nach wie vor die Familie, sei es die natürliche oder die erweiterte Familie, die auch fremde Personen aufnehmen kann. Paten- und Gevatterschaften, die man sich in der Jugend sucht, sind Instanzen, von de-

nen man sich konkrete Hilfen im Alltag erwartet, sei es bei der Suche nach einem Job oder beim Warten auf eine ärztliche Behandlung. Eine Mehrzahl gesellschaftlicher Ressourcen werde nach wie vor nicht nach universalistischen, sondern nach Beziehungskriterien verteilt, was man als Klientelismus bezeichnet.

Rolle der Mafia

Mit Gesprächspartnern, die nicht namentlich genannt werden wollten, wurde auch über die Rolle der Mafia gesprochen. Um sie nicht zu gefährden, sollen sie auch hier nicht identifiziert werden. Denn in Zeiten des Internets ist auch dieser Bericht weltweit abrufbar. Allerdings braucht man dazu auch gar nicht nur zeitgenössische Stimmen. Man könnte beispielsweise an die Schilderungen des Alkibiades über die sizilianische Gesellschaft des fünften Jahrhunderts vor Christus denken oder man liest Goethe, dessen Reise durch Italien ihn 1787 auch nach Palermo führte.



Die Ruine des Zeustempels von Segesta bei Agrigent
Foto: Spieker

Dort schreibt er am 6. April von seiner Verwunderung ob der Unreinlichkeit der ansonsten wunderschönen Straßen und gibt die Betrachtungen eines einheimischen Gesprächspartners wieder:

Goethe in Palermo

„Es ist bei uns nun einmal, wie es ist, versetzte der Mann; was wir aus dem Hause werfen, verfault gleich vor der

Türe übereinander. Ihr seht hier Schichten von Stroh und Rohr, von Küchenabgängen und allerlei Unrat, das trocknet zusammen auf und kehrt als Staub zu uns zurück. Gegen den wehren wir uns den ganzen Tag. Aber seht, unsere schönen, geschäftigen, niedlichen Besen vermehren, zuletzt abgestumpft, nur den Unrat vor unsern Häusern.“ Und lustig genommen, war es wirklich an dem. Sie haben niedliche Besen von Zwergpalmen, die man mit weniger Abänderung zum Fächerdienst eignen könnte, sie schleifen sich leicht ab, und die stumpfen liegen zu Tausenden in der Straße.

Auf meine wiederholte Frage, ob dagegen keine Anstalt zu treffen sei, erwiderte er, die Rede gehe im Volke, dass gerade die, welche für Reinlichkeit zu sorgen hätten, wegen ihres großen Einflusses nicht genötigt werden könnten, die Gelder pflichtmäßig zu verwenden, und dabei sei noch der wunderliche Umstand, dass man fürchte, nach weggeschafftem misthaftem Geströhde werde erst deutlich zum

Vorschein kommen, wie schlecht das Pflaster darunter beschaffen sei, wodurch denn abermals die unredliche Verwaltung einer andern Kasse zutage kommen würde.

Das alles aber sei, setzte er mit possierlichem Ausdruck hinzu, nur Auslegung von übelgesinnten, er aber von der Meinung derjenigen, welche behaupten, der Adel erhalte seinen Karossen diese weiche Unterlage, damit sie des Abends ihre her-

kömmliche Lustfahrt auf elastischem Boden bequem vollbringen könnten.

Und da der Mann einmal im Zuge war, bescherzte er noch mehrere Polizeimißbräuche, mir zu tröstlichem Beweis, dass der Mensch noch immer Humor genug hat, sich über das Unabwendbare lustig zu machen.“ ■

Michael Spieker

Ein Universalgelehrter mit vielen Talenten

Hans Maier nach 25 Jahren als Kuratoriumsvorsitzender verabschiedet

Ein großer Einschnitt. Der bisherige Vorsitzende des Kuratoriums der Akademie für Politische Bildung, Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier, stand aus Altersgründen für eine neuerliche Berufung in das Kuratorium nicht mehr zur Verfügung. Nach 25 Jahren endete damit im Herbst 2013 auch seine Tätigkeit als Vorsitzender dieses für die Akademie so bedeutsamen Gremiums. Tatsächlich war der frühere Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus (1970-1986) dem Kuratorium sogar noch viel länger verbunden: 2014 hätte sich seine Mitgliedschaft zum fünfzigsten Mal gejëhrt. Als Hans Maier 1964 Mitglied wurde, war noch der Gründungsdirektor der Akademie, Dr. Felix Messerschmid (1958-1970), im Amt.

In seiner Sitzung im Dezember 2013 nutzte das fast vollständig anwesende Kuratorium unter der Leitung seiner stellvertretenden Vorsitzenden, der früheren Staatsministerin und früheren Landtagsabgeordneten, Prof. Ursula Männle, die Gelegenheit und dankte Hans Maier persönlich für sein Wirken zugunsten der Akademie und deren Auftrag.

Es war und ist ein besonderes Privileg, dass die Akademie für so lange Zeit auf den Sachverstand und die ganz besonderen Begabungen von Hans Maier und seine Talente in Wissenschaft, Kultur und Politik vertrauen durfte. Hans Maier ist „ein Fundament unserer Reputation“, darauf wies der damalige Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bereits anlässlich der Festveranstaltung zu Maiers 70. Geburtstag hin.

Glaubwürdigkeit

Hans Maier hat alle bisherigen Direktoren der Akademie (Messerschmid, Hättich, Oberreuter, Münch) als Mitglied bzw. Vorsitzender des Kuratoriums in ihrer Arbeit begleitet und beraten. Er verkörpert Glaubwürdigkeit – in Wissenschaft und Politik. Zuallererst war und ist er Wissenschaftler; einer der ganz wenigen, der dem Begriff des Universalgelehrten

gerecht wird und auf ein außerordentlich breit angelegtes, vielschichtiges wissenschaftliches, publizistisches und künstlerisches Werk verweisen kann. Ab Dezember 1962 hatte Hans Maier den Lehrstuhl für Politische



Hans Maier bekam im Januar 2014 den Karl-Jaspers-Preis verliehen

Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) inne, das seit Anfang 1968 „Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft“ heißt. Und schließlich wurde Hans Maier 1988 die Ehre zuteil, als dritter Gelehrter nach Karl Rahner und Eugen Biser auf den „Guardini-Lehrstuhl“ für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie der LMU berufen zu werden (bis zu seiner Emeritierung 1999).

Professor Maier ist über Partei-, Konfessions- und Landesgrenzen hinweg als eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten des geistig-politischen Lebens in Deutschland anerkannt. Er hat sich nie geschert, Position zu beziehen. Dem „Zeitgeist und Opportunismus Opfer zu bringen“, so Heinrich Oberreuter 2002, „wäre ihm nie eingefallen“.

Vielfältiges Engagement

Erst „auf dem zweiten Bildungsweg“ (Hans Maier) wurde der Professor schließlich Politiker. Und was für einer: Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus (1970-1986), der sein Amt in einer Weise ausübte, dass der ehemalige Herausgeber der „Zeit“, Theo Sommer, ihn als „Bayerns brillanten Kulturminister“ charakterisierte. Außerdem zweimaliger Präsident der Kultusministerkonferenz und für die Christlich-Soziale Union Abgeordneter des Bayerischen Landtages im Stimmkreis Günzburg (1978-1987). Seine religiöse Verwurzelung und seine Bereitschaft, sich für Anliegen zum Wohl der Allgemeinheit einzusetzen, waren das Motiv für die Übernahme zusätzlicher Ämter: So fungierte Hans Maier auch als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (1976-1988) und war damit oberster Repräsentant des deutschen Laienkatholizismus.

Vorbildlicher Einsatz

Der Akademie für Politische Bildung stand Hans Maier fünf Jahrzehnte zur Seite und wurde dabei der Aufgabe des Kurators, also des Sorge Tragenden, des sich sowohl für ihre Belange als auch für die von ihr zu vertretenden Belange Einsetzenden in vorbildlicher, ja sogar unnachahmlicher Weise gerecht. Aus der existentiellen Krisenerfahrung des Jahres



1945 leitet Hans Maier seine beständige Auseinandersetzung mit der Frage ab, welchen Beitrag der Einzelne zur Erhaltung und Fortentwicklung der Demokratie leisten muss und leisten kann.

Dieses Grundmotto sowohl seines Wirkens als (Politik-)Wissenschaftler wie auch als Politiker ist genuiner Bestandteil der Arbeit und des gesetzlichen Auftrags der Akademie für Politische Bildung. In einem Gespräch zu seinem 70. Geburtstag mit dem „Rheinischen Merkur“, dessen Mitherausgeber er zeitweise auch war, stellte Hans Maier fest: „Wir sind glücklich über das Maß an Freiheit und Wohlstand, das wir gewonnen haben. Aber der Teufel kommt nie durchs gleiche Schlüsselloch. Es könnte auch sein, dass die Demokratie einem langsamen Auszehrungsprozess unterliegt, wenn nicht mehr genügend Leute, ohne dass man sie drängt, ohne dass man sie wirbt, ohne dass man sie bezahlt, nun sich hinstellen und sagen, das ist mein Staat oder das ist meine Partei, mein Verband, meine Kirche“.

Die Akademie verdankt ihrem bisherigen Kuratoriumsvorsitzenden nicht nur intellektuelle Anregung und kritische Wegbegleitung, sondern auch klugen Rat und konkrete Fürsprache in schwierigen Phasen.

Auch für die Akademie war die Zeit des rigiden Sparkurses der Bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Edmund Stoiber, der gerade die Bildungseinrichtungen nicht unberührt ließ, eine sehr schwierige Zeit: Die finanzielle Situation für Träger von Bildungseinrichtungen verschlechterte sich dramatisch. Im Jahr 2004 mussten die Träger von Bildungseinrichtungen der Erwachsenenbildung auf 15 Prozent der staatlichen Fördergelder verzichten. Dieser Kelch ging damals zwar auch an der Akademie nicht spurlos vorüber, er traf sie aber nicht so stark, dass ihre Arbeit dadurch gefährdet worden wäre. Dieser Umstand ist der sehr guten Zusammenarbeit zwischen dem damaligen Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und dem Kuratorium, vor allem aber dem klugen Handeln des Vorsitzenden Hans Maier zu verdanken.



Maiers Memoiren – erschienen 2011 zu seinem 80. Geburtstag

Der heute 82-jährige Hans Maier hält nach wie vor Vorträge und arbeitet vor allem intensiv an Büchern und

Aufsätzen. Bezeichnend für ihn ist, dass er den Umstand, diese wissenschaftliche Tätigkeit jetzt vor allem auf die Vormittagsstunden zu konzentrieren, als „beschauliches Leben“ umschreibt.

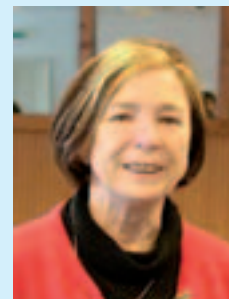
Meinen Dank für sein nicht hoch genug zu würdigendes Wirken für die Akademie für Politische Bildung verbinde ich mit einem Glückwunsch: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier erhielt am 31. Januar 2014 den von der Stadt Heidelberg, der Ruprecht-Karls-Universität sowie der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gestifteten Karl-Jaspers-Preis. Dieser renommierte Preis wird für ein wissenschaftliches Werk von internationalem Rang verliehen, das von philosophischem Geist getragen ist. Damit steht Hans Maier in einer Reihe mit Paul Ricoeur, Emmanuel Levinas, Jean-Luc Marion, Hans Georg Gadamer und Jürgen Habermas. Wir gratulieren, und wir sind dankbar. ■ *Ursula Münch*

Glückwünsche an Ursula Männle zum 70. Geburtstag

Am 7. Januar 2014 feierte unser langjähriges Kuratoriumsmitglied (seit 1991) und derzeitige stellvertretende Vorsitzende, die frühere Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Professor Ursula Männle, ihren 70. Geburtstag.

Ursula Männle ist der Akademie schon viele Jahre verbunden: Vor ihrer Berufung als Professorin für Politikwissenschaft an die Katholische Stiftungshochschule (Standort Benediktbeuern) war sie von 1970 bis 1976, also während der Amtszeit des zweiten Akademiedirektors, Professor Dr. Manfred Hättich, als Assistentin an der Akademie tätig. Auch nach ihrem Wechsel in die Politik – sie war Mitglied des Bundestages (1979-1980 und 1983-1994), Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten (1994-1998) und Landtagsabgeordnete (2000-2013) – blieb Ursula Männle der Wissenschaft verbunden. Mit dem Verhältnis von Politik und politischer Bildung befasste sie sich zum Beispiel in dem Beitrag „Politik und politische Bildung – ein Praxisschock?“, der in der Festschrift „Politische Bildung im Wandel der Zeit“ anlässlich des 50. Bestehens der Akademie im Jahr 2007 erschien. Im Frühjahr 2014 wird sie voraussichtlich den Vorsitz der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung übernehmen.

Wir gratulieren unserer stellvertretenden Kuratoriumsvorsitzenden sehr herzlich und danken für ihre immer kluge und konsequente Unterstützung der Arbeit der Akademie. Und nachdem sich Männles 70. Geburtstag zeitlich fast mit ihrem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag deckt, wünschen wir für das nach-parlamentarische aber garantiert nicht unpolitische Leben alles erdenklich Gute. ■ *Ursula Münch*



Führungswechsel in den Akademiegemien

Beirat und Kuratorium der Akademie haben neue Vorsitzende und Stellvertreter.

Nach dem Ausscheiden von Hans Maier übernahm **Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler** den Vorsitz im Kuratorium. Rothenpieler (Jahrgang 1945) studierte ab 1965 Geschichte, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Nach dem Ersten Juristischen Staatsexamen und der Promotion zum Dr. jur. war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

Er legte 1978 sein Zweites Juristisches Staatsexamen ab und wurde Leiter des Grundsatzreferats und stellvertretender Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München. 1984 übernahm er das Pressereferat in der Bayerischen Staatskanzlei unter Ministerpräsident Franz-Josef Strauß. Von 1988 bis 1993 war er im Bayerischen Staatsministerium des Inneren zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit. 1993 wurde er Sprecher des Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und der Bayerischen Staatsregierung und 1998 Chef des Planungsstabs des Ministerpräsidenten und Stellvertreter des Amtschefs der Bayerischen Staatskanzlei.

Von 2003 bis 2005 war er Amtschef des Staatsministers für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund in Berlin. 2006 wurde er Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Seit 2011 ist er Präsident der Bayerischen Akademie für Fernsehen. Rothenpieler ist Träger des Bayerischen Verdienstordens.

Rothenpielers Stellvertreterin ist **Prof. Ursula Männle** (Jahrgang 1944). Nach dem Abitur studierte sie von 1964 bis 1969 Politikwissenschaften, Soziologie und Neuere Geschichte an den Universitäten München und Regens-

burg (Abschluss 1969 mit Magister Artium). Von 1970 bis 1976 war sie Assistentin an unserer Akademie. 1976 wurde sie Professorin an der katholischen Stiftungshochschule für Sozialwesen in München, Abt. Benediktbeuern (bis 2009). Von 1979 bis 1980 und von 1983 bis 1994 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages, danach



Friedrich Wilhelm Rothenpieler verfügt über langjährige Erfahrung in der Politik
Foto: BAF

bis 1998 Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten. Von 2000 bis 2013 saß sie für die CSU als Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Sie wird demnächst Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung. Seit 2008 ist sie Honorarkonsulin für das Königreich Marokko.

Männle ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold und des Bayerischen Verdienstordens.

Neuer Vorsitzender des Beirats ist Prof. Dr. Klaus Meisel (Jahrgang 1953). Nach dem Abitur 1972 Magisterstudium Pädagogik an der Technischen Universität Darmstadt 1972/73, Lehramtsstudium Deutsch/Mathematik/Politik an der Universität Frankfurt/Main 1973, Studium der Erziehungswissenschaften, ebenfalls in Frankfurt von 1976 bis 1979, danach Promotionsstudium im Fachbereich für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Kaiserslautern 1979/80. Vertretung der Professur Erwachse-

nenbildung an der Universität Marburg, 1978 bis 1980 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt; Wissenschaftler beim Deutschen Volkshochschul-Verband; 1990 bis 2002 Stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), 1997 bis 1998 dort Kommissarischer Direktor, 1998 bis 2002

Leitung der Abteilung Fortbildung und Beratung, seit 2002 Direktor und Vorstand des DIE. Klaus Meisel ist seit 2006 Managementdirektor und Geschäftsführer der Münchner Volkshochschule und seit 2013 Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes. Seit 2002 hat er an der Philipps-Universität Marburg eine Honorarprofessur.



Klaus Meisel kommt aus der Erwachsenenbildung
Foto: MVHS

Meisels Stellvertreterin ist Dr. Hilde Stadler.

Die Politologin, die an der Freien Universität Berlin über „Internationale Krisenprävention und Kriegsverhütung“

promovierte, ist Redakteurin in der Auslandsredaktion des Bayerischen Fernsehens. Außerdem ist sie immer wieder als Korrespondentin unterwegs.

Ob es in Athen wieder einmal um die Finanzkrise geht, in Italien um die Flüchtlinge auf

Lampedusa, die Havarie des Kreuzfahrtschiffes „Costa Concordia“ oder in Ungarn um die kontroverse Politik des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Viktor Orban – oft ist Stadler vor Ort des Geschehens. Im Bildungskanal BR-Alpha arbeitet sie als Moderatorin. 2009 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden des Bayerischen Journalisten-Verbands gewählt.

Wir freuen uns auf die konstruktive Zusammenarbeit mit den neuen Vorsitzenden und ihre kreativen Impulse für unsere Arbeit. ■

Michael Schröder

Erfolgreiche Arbeit für transatlantischen Kulturaustausch

Akademie fördert seit über 50 Jahren die deutsch-amerikanische Verständigung

Schon mit Beginn ihrer Arbeit im Oktober 1958 war die Akademie um eine enge Zusammenarbeit mit dem Generalkonsulat der USA in München bemüht. Sie trug sehr rasch vielfältige Früchte und zeichnet sich bis heute durch intensive und rege Kontakte aus. Das erforderte Mut und Weitsicht auf beiden Seiten, zumal zu einer Zeit, in der tausende amerikanischer Soldaten im – noch lange nicht souveränen – Westdeutschland stationiert waren. Man wollte einen Beitrag dazu leisten, die Grundlagen der deutsch-amerikanischen Nachkriegsbeziehungen zu festigen und ein grundsätzliches Verständnis für die gegenseitigen Probleme und die Unterschiede beider Länder zu entwickeln.

Partnerschaft populär machen

Bereits im August 1959 hatte eine Gruppe amerikanischer Studenten an der Akademietagung „Problems of Democracy in Western Germany“ teilgenommen. Die Veranstaltung verfolgte den Zweck, den Amerikanern ein differenziertes Bild über Deutschland zu vermitteln. Umgekehrt ging es auch darum, für die enge Verbundenheit mit den USA als Kernbestandteil einer westlichen Wertegemeinschaft zu werben und den atlantischen Gedanken in der bundesdeutschen Gesellschaft populär zu machen.

1961 trafen sich erstmals amerikanische Lehrerinnen und Lehrer für drei Wochen in Tutzing mit deutschen Teilnehmern zu einem Informationsseminar über die aktuelle Lage in der Bundesrepublik. Daraus entstand die mehrjährige Veranstaltungsreihe „The Federal Republic of Germany today – Das Deutschlandbild im amerikanischen Schulunterricht“, die in Kooperation mit der größten amerikanischen Lehrerorganisation (National Education Association) und mit Unterstüt-

zung des Auswärtigen Amtes, später dann des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung abgehalten wurde. Das Tutzinger Tagungsprogramm umfasste Fachreferate, Diskussionen, kulturelle Veranstaltungen, Exkursionen, Ausstellungen sowie unterschiedlichste Begegnungen mit Politikern und Fachleuten. Hauptthemen der konkreten inhaltlichen Arbeit waren die politische und die wirtschaftlich-soziale Lage der Bundesrepublik, der Stand der Erziehung und Bildung und die Schulsysteme in beiden Teilen Deutschlands, die deutsche Geschichte der letzten 50 Jahre und das Verhältnis der Deutschen zur Demokratie. In den anschließenden drei Wochen bereisten die amerikanischen Gäste die Bundesrepublik und West-Berlin. Die Tagungssprache war Englisch.

Qualifizierte Weiterbildung

Nachdem sich diese Seminare in Amerika sehr schnell einen guten Ruf erworben hatten, stieg auch die Nachfrage rasch an. Ab dem vierten Programm vom Juli 1964 lag von amerikanischer Seite her die offizielle Anerkennung als Veranstaltung der Weiterbildung vor. So wurde die Reihe gerade für junge und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer noch attraktiver, da ein Besuch auch den beruflichen Aufstieg förderte. Als Fachlehrer für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde konnten sie die vor Ort gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse unmittelbar in ihrem eigenen Unterricht verwenden.

Unter dem Titel „Germany today“ startete ebenfalls ab dem Jahr 1961 in Verbindung mit dem in London ansässigen Institut für Studienreisen „Associate Consultants For Education Abroad“ eine weitere Seminarreihe für amerikanische und deutsche Studenten. Auf ihren Informationsreisen durch Deutschland informierten sich

die amerikanischen Studentengruppen in der Tutzinger Akademie über die aktuelle politische und soziale Lage in der Bundesrepublik, bevor sie ihre Reise nach Berlin fortsetzten.

Auch amerikanische Jugendleiter besuchten 1961 auf Einladung des Bundesjugendrings im Rahmen des „Cleveland International Youth Leaders Exchange Programs“ die Akademie und wurden dabei ausführlich über die politische Bildung und ihre spezifischen Herausforderungen und Probleme in der Bundesrepublik informiert.

Ausdehnung auf Streitkräfte

Ab dem Jahr 1965 wurden unter dem Titel „Deutschland heute – Germany today“ in Zusammenarbeit mit der Atlantik-Brücke e.V. aus Hamburg dreitägige Kurse für amerikanische Lehrer an Schulen von US Army und US Air Force in Deutschland angeboten. Ende der 1960er Jahre wurde der Kreis auch auf Lehrer der in Deutschland stationierten kanadischen NATO-Streitkräfte ausgedehnt.

Ab Mitte der 1980er Jahre wurde die Reihe durch Klaus Grosch weitergeführt und der Adressatenkreis auf sämtliche Offiziere der alliierten Streitkräfte in Deutschland erweitert, bevor ab 1987 speziell auch amerikanische Journalisten und Public Affairs Offiziere regelmäßig zu diesen landeskundlichen Seminaren in die Akademie eingeladen wurden.

Im Jahr 1996 konnten die Akademie und die Atlantik-Brücke auf eine über 30-jährige erfolgreiche Zusammenarbeit im Dienste des transatlantischen Kulturaustausches zurückblicken. Eine Arbeit, die angesichts der Belastungen der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch die NSA-Affäre wichtiger denn je ist. ■

Steffen H. Elsner

Jahresbibliografien 2013

Prof. Dr. Ursula Münch

Monografie:

Hübner, Emil / Münch, Ursula: Das politische System der USA. Eine Einführung. 7, überarbeitete und aktualisierte Auflage. München: (C.H. Beck) 2013

Aufsätze:

Energiewende im föderalen Staat, in: Jahrbuch des Föderalismus 2013. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden (Nomos) 2013, S. 33-46

Effektivität und Legitimation föderaler Regierungssysteme. Bewährungsproben und Perspektiven, in: Timo Grunden / Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden (VS) 2013, S. 197-205

Politische Bildung und die Misere von Politik und Politikwissenschaft, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2013, S. 449-457

Neuere institutionelle Entwicklungen nach dem Vertrag von Lissabon, in: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte 1/13, S. 32-46



Dr. Saskia Hieber

Aufsätze:

Politische Integration eines Milliardenvolks: China, in: Was hält Gesellschaften zusammen? Ein internationaler Vergleich, Stefan Köppl (Hrsg.) Wiesbaden (Springer VS) 2013, S. 173-190

(Bearbeitung): China. Länderdatenbank Munzinger Archiv, Ravensburg 2013

Zeitschriftenbeiträge:

(mit Nele Noesselt): Größer, stärker, global? Chinas Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Führungswechsel: GIGA Focus Asien 5/2013, S. 1-8

(http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1305.pdf)

China und die amerikanische Pazifikpolitik, in: Allgemeine Schweizer Militärzeitschrift 1-2/2013, S. 18-21

Territorialkonflikte in Asien aus chinesischer Sicht, in: Allgemeine Schweizer Militärzeitschrift 1-2/2013, S. 10-12

Rezension:

Sebastian Heilmann / Dirk Schmidt, Außenpolitik- und Außenwirtschaft der Volksrepublik China, Wiesbaden 2012; In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 2/2013, S. 305-307

Dr. Gero Kellermann

Aufsätze:

Den Schulalltag vor Augen, in: Forum Politikunterricht 2/13, S. 40 (mit Jürgen Weber)

Gesellschaften im Umbruch: Frauen in Nordafrika, Tagungsbericht, in: DEF aktuell 9/13, S. 9

Dr. Michael Mayer

Aufsätze:

(mit Anja Opitz) Krisenmanagement? Die internationale Gemeinschaft und der Nahostkonflikt, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6 (2013), S. 453-457

„Augenblick bitte, Herr Minister Strauß möchte Sie sprechen“ – Die außenpolitische Dimension der Spiegel-Affäre, in: Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen. Hrsg. von Martin Doerry und Hauke Janssen. München, (Deutsche Verlags-Anstalt 2013), S. 150-174

Demokratie und Diktatur im Europa der Zwischenkriegszeit, in: Buchners Kolleg Geschichte. Unterrichtswerk für das Fach Geschichte in der gymnasialen Oberstufe der Länder Berlin und Brandenburg. Bamberg, Buchner Verlag 2013, S. 8-38

Zeitungsartikel:

Bitte keine Bombenstimmung. Einseitiges und vereinfachendes Gedenken an die Zerstörung Dresdens im Jahr 1945, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Oktober 2013, S. 8

Rezension:

Annette Wieviorka, Michel Laffitte, À l'intérieur du camp de Drancy, Paris (Perrin) 2012, in : Francia-Recensio 2013/2 (<http://www.perspectivia.net/resolveuid/fd3073b0f81a2d8104095b590166569e>)

Dr. Anja Opitz

Beiträge in Sammelbänden:

Rule of Law, in: Rehl, Jochen (Hrsg.): Handbook for Decision Makers. The Common Security and Defence Policy of the European Union, Vienna (Armed Forces Printing Centre) 2013, S. 151-154

(mit Uwe Kranenpohl) Entaustrierte Neutralität. Rechtspolitischer Wandel in der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges, in: Jodok Troy (Hrsg.): Im Dienst der internationalen Gemeinschaft. Österreich in den Vereinten Nationen, Innsbruck (innsbruck university press) 2013, S. 65-79

(mit Doris Dialer) The European External Action Service (EEAS). Reality, Potential and Challenges, in: Gareis, Sven Bernhard; Hauser, Gunther; Kernic, Franz (Hrsg.): The European Union – A Global Actor? Berlin & Toronto (Barbara Budrich Publishers) 2013, S. 65-74

Beitrag in Zeitschriften:

(mit Michael Mayer) Krisenmanagement? Die internationale Gemeinschaft und der Nahostkonflikt, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6 (3) 2013, S. 453-457

Dr. Wolfgang Quaisser

Akademie-Kurzanalyse 1/2013: Der Euro und die neue Bundesregierung, September 2013

Dr. Thomas Schölderle

Beiträge in Sammelbänden:

Utopie und Realismus. Zur Ambivalenz eines ideengeschichtlichen Antagonismus bei Thomas Morus und Niccolò Machiavelli, in: Saracino, Stefano / Knoll, Manuel (Hrsg.), Das Staatsdenken der Renaissance – Vom gedachten zum erlebten Staat, Baden-Baden (Nomos) 2013, S. 201-235

Pfade der Utopie. Zur Geschichte utopischen Denkens, in: Dziejwior, Yilmaz / Nollert, Angelika (Hrsg.), Utopie beginnt im Kleinen – 12. Triennale Kleinplastik Fellbach, Köln (Walther König) 2013, S. 207-225 (engl. Übersetzung u.d.T. „Paths of Utopia. The History of Utopian Thought“, ebd.)

Dr. Michael Schröder

Aufsätze:

Akademie für Politische Bildung als Projektträger und Veranstalter (zus. mit Steffen H. Elsner), in: Michael Spieker (Hrsg.): Gute Lebenswissenschaft für das 21. Jahrhundert. Memorandum des Tutzinger Diskurses. Akademie für Politische Bildung, Tutzing 2013, S. 103-106

Generation Facebook? Jugend, Internet und Politik, in: Forum Politikunterricht 3/13, S. 18-22

Dr. Michael Spieker

Als Herausgeber:

Gute Lebenswissenschaft für das 21. Jahrhundert.
Memorandum des Tutzinger Diskurses, Akademie für Politische Bildung, Tutzing 2013

Beiträge in Sammelbänden:

„Kant“, in: Studienbrief des Kontaktstudiums „Spiritualität und Interkulturalität“ an der Universität Freiburg, 2013

„Nietzsche“, in: Studienbrief des Kontaktstudiums „Spiritualität und Interkulturalität“ an der Universität Freiburg, 2013

Hegel, der Wein und das Wesen, in: Wein und Zeit. Festschrift für Martin Waßmer, hrsg. von Bernhard Uhde, Freiburg 2013, S. 235-247



Der Sozialstaat wird – jedenfalls gemessen an seiner elementaren und grundsätzlichen Bedeutung – selten als ganzer gezeichnet und noch weit seltener werden seine Fundamente offengelegt. Daher ist dieser – aus einer Tagung an der Akademie für politische Bildung hervorgegangen – Band wichtig. Denn er belebt die Diskussion um den Sozialstaat und führt sie weiter.

Michael Spieker leitet in den Band mit einer philosophiegeschichtlichen Betrachtung ein. Er zeigt, dass der Sozialstaat Spuren im Vernunftrecht – erläutert an Christian Wolff – hat, im

Michael Spieker (Hrsg.)
Der Sozialstaat
 Fundamente und Reformkurse
 (Tutzingen Studien zur Politik)
 Nomos, Baden-Baden 2013, 305 S.
 ISBN 978-3-8329-7215-8

Rahmen von Kants Philosophie der Freiheit in Gestalt der Armenfürsorge seinen Platz hatte und eine prinzipielle Anerkennung in Hegels Philosophie fand, darin dem Staat der umfassende Auftrag zufällt, Freiheit in Gleichheit sowie Teilhabe und Ausgleich zu sichern.

Weitere Beiträge gelten den zeitgenössischen Theorien über Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit – namentlich den Überlegungen von John Rawls (Manuel Knolle) und neueren Theorieansätzen zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialstaat (Frank Nulleiter).

Der Beitrag des Sozialkatholizismus zur Entfaltung der Sozialstaats-Thematik wird von Markus Voigt herausgestellt. Rolf Gröschner ordnet den Sozialstaat in die Republik ein und zeichnet ihn als auf die Leitidee der positiven Freiheit gegründet nach. Weitere Beiträge von Inga Fuchs-Goldschmidt und Ulrich Thielemann behandeln zentrale Begriffe der Sozialstaats-Debatte – klären namentlich Inklusion, Teilhabegerechtigkeit, Fairness und Chancengleichheit und bearbeiten das Thema Verteilungsgerechtigkeit und Neid.

Alle Beiträge behandeln Schlüsselthemen zeitgenössischer Sozialstaatlichkeit aus vielfältigen

disziplinären und thematischen Blickwinkeln. Sie enthüllen damit eindrucksvoll die interdisziplinäre Weite und Tiefe des Sozialstaats als eines Konstrukts eines modernen Staates und seiner Gesellschaft. Alle zeichnen den Sozialstaat als den Staat und Gesellschaft vielfältig verbindenden Ansatz einer demokratischen Regierung auf.



Weitere Beiträge behandeln grundlegende Einzelfragen des Sozialrechts in einer auf Klärung ihrer Prinzipien ausgerichteten Perspektive: namentlich die Reform der Alterssicherung (Antonio Brettschneider), sozialpolitische Folgen prekärer Beschäftigung (Klaus Kraemer), die Bestimmung des Grundproblems der Grundsicherung von arbeitsfähigen Menschen, nämlich diese in Einklang zu bringen mit ausreichenden Arbeitsanreizen (Richard Hauser), die Neuausrichtung der Familienpolitik – namentlich deren Hinwendung zur

Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit – (Ursula Münch) und die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Systeme sozialer Sicherheit (Stefanie Wahl).

Originell und erhellend behandelt Albrecht Müller die „Bedrohung des Sozialstaates durch Meinungsmache“. Martina Wegner handelt von der Tragweite bürgerschaftlichen Engagements für den Sozialstaat.

Insgesamt entstand ein sehr anregender Band, der in seiner grundsätzlichen Ausrichtung dem Sozialstaat gerecht wird, weil er dessen Fundament zu erfassen sucht und von dort aus kommt auch auf die Bewältigung von sozialpolitischen Großthemen blickt und so manches Neue und Gewichtige zutage zu fördern vermag. ■

Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer, Jena

In: <http://www.diesozialgerichtsbarkeit.de/ce/schrifttum-63/detail.html>

Der Evangelische Pressedienst epd schrieb am 8. Dezember 2013:

Politiker werden immer mehr zu eigenen Medienmanagern Hofreiter und Singhammer bei „Tutzinger Mediendialog“

Die Medien haben nach Einschätzung des Bundestagsvizepräsidenten Johannes Singhammer (CSU) an Bedeutung als „Vierte Gewalt“ verloren. Die Grenzen zwischen Politik und Medien würden immer mehr verwischen, weil durch die neuen Soziale Netzwerke Politiker zu „eigenen Medienmanagern“ würden, sagte Singhammer am Sonntag bei einer gemeinsamen Wochenendtagung von Evangelischer Akademie und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Wie der Grünen-Politiker Anton Hofreiter betonte, führten die neuen Medien zu einer größeren Informationsbreite. Während früher nur die Redaktionskonferenz einer Tageszeitung über relevante und mitteilenswerte Vorgänge entschieden habe, könnten sich die Menschen heute umfassend und schnell aus den Online-Aus-

gaben unterschiedlichster Medien ein eigenes Bild über das aktuelle Geschehen machen, sagte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Durch die neuen medialen Möglichkeiten habe sich die Berichterstattung über politische Vorgänge verändert, sagte Hofreiter. Während früher meist nur über das Endprodukt berichtet worden sei, werde heute durch Online-Berichterstattung

der Prozess bei der Entstehung von Entscheidungen dargestellt. Das führe jedoch auch zu einer größeren Transparenz.

Einig waren sich Singhammer und Hofreiter bei dem „Tutzinger Mediendialog“ zum Thema „Live dabei – Echtzeitjournalismus“, dass Soziale Netzwerke nicht den persönlichen Dialog in der Politik ersetzen könnten.



Anton Hofreiter: Größere Transparenz durch Online-Berichte

Fotos: Haas



Johannes Singhammer: Politiker in den Medien immer stärker als Negativauswahl

Wer nur auf Social Media und Facebook setze, werde als Politiker nicht erfolgreich sein, sagte Singhammer. Im Verhältnis von Journalismus und Politik beklagte Singhammer, dass Politiker in den Medien immer stärker als „Negativauswahl“ dargestellt würden. Das sei eine „hochproblematische Entwicklung“, durch die die Demokratie in eine schwierige Schlagseite“ komme, sagte er.

(siehe Bericht Seite 20)

Werner vom Busch in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 9. Dezember 2013:

BR steht vor kleiner Revolution

Dem Bayerischen Rundfunk steht eine kleine Revolution bevor. Das Zauberwort dabei heißt „Trimedialität“. Das bedeutet nichts anderes, als dass in Zukunft Hörfunk, Fernsehen und Online-Aktivitäten aus einem Guss sein werden. Es soll keine Doppelbesetzungen von Terminen mehr geben und ein Reporter wird zukünftig nicht nur mit einem Tonbandmitschnitt, sondern auch mit Videoaufnahmen zurückkommen und die dann entsprechend verarbeiten und gegebenenfalls noch einen Beitrag für die Online-Seite schreiben.

So ist es auch zu verstehen, dass der bisherige Studioleiter Franken, Martin Wagner, zum Informationsdirektor ernannt wurde mit dem Ziel, diese drei Sparten zusammenzuführen.

Bei dem Tutzinger Mediendialog „Live dabei – Echtzeitjournalismus im Multi-Media-Zeitalter“, der von der Akademie für Politische Bildung und der Evangelischen Akademie gemeinsam veranstaltet wurde, spielte dieses Thema naturgemäß eine große Rolle.

Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und über-

zeugter Vertreter der „Trimedialität“, sagte bei seinem Vortrag, dass man sich hier noch auf unbekanntem Terrain befinde. „Wir wissen alle noch nicht, wohin die Reise geht. Die Verantwortlichen fahren auf Sicht“ – damit der Karren nicht im Dreck landet. Hintergrund ist der Versuch, wieder mehr jugendliche Hörer für den BR zu gewinnen. In Zukunft werde sich der BR nicht mehr nur als Sendeanstalt von Radio und Fernsehen präsentieren, sondern als Anbieter aller digitaler Medien. „Das ist ein Riesenprozess, der bis 2020 dauern wird.“ ...

(siehe Bericht Seite 17)

Christina Hackl in der PASSAUER NEUEN PRESSE / Bayerwald Bote vom 29. November 2013:

Stärker werden in schwierigen Zeiten

... Der Abend war eine doppelte Premiere: Zum ersten Mal hatten die Akademie für Politische Bildung in Tutzing und die Europäische Akademie Bayern gemeinsam eine Veranstaltung organisiert. Und zum ersten Mal fand in der Arberlandhalle, nur einen Steinwurf von der Staatsgrenze nach Tschechien entfernt, eine solch hochkarätig besetzte Tagung statt. Man habe sich ganz bewusst für den Grenzort Bayerisch Eisenstein als Austragungsort für den Auftakt der neuen Reihe „Fragen an Europa“ im Vorfeld der Europawahl 2014 entschieden, betonte Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Tutzinger Akademie, bei ihrer Begrüßung.

„Ist der Euro noch zu retten?“, fragte Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff von der Universität Passau im Rahmen seines Festvortrags. Zwar bescheinigte der Wirtschaftswissenschaftler den bisherigen Rettungsbemühungen für die gemeinsame europäische Währung eher mäßigen Erfolg, dennoch sei die Lage nicht hoffnungslos. Lambsdorffs Forderung: Deutschland muss sein Investitionsniveau erhöhen, nur so könne die für die europäische Gemeinschaft überlebenswichtige Konvergenz hergestellt werden. „Auch Deutschland selbst würde von mehr Investitionen profitieren, so würden eigene Interessen Hand in Hand gehen mit einem zusammenwachsenden Europa“, zeigte sich Lambsdorff überzeugt. ...

Europa habe eigentlich klare Spielregeln, auch in Sachen Schulden- und Finanzpolitik, versicherte Europaabgeordneter Manfred Weber (CSU). „Was wir brauchen, ist eine Institution, die auf die Einhaltung dieser Spielregeln pocht“, forderte er. Seine SPD-Kollegin im Europaparlament Kerstin

Westphal gab ihm recht: „Die Politik muss in Europa eine wichtigere Rolle spielen, ich wünsche mir eine politische Union“, sagte sie.

Als große Herausforderung für ein starkes Europa bezeichneten alle Diskussionssteilnehmer die zunehmenden anti-europäischen Tendenzen in weiten Teilen der EU. Die Gefahr sei groß, dass die Fraktion der Anti-Europäer im Europa-Parlament bei der nächsten Wahl noch weiter wachsen werde, so Kerstin Westphal. Um das zu verhindern, müsse man schnell und effizient

insbesondere das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern lösen. „Sonst wächst hier eine Generation heran, die sehr viel kaputt machen wird“, befürchtete Lambsdorff.

Die Idee einer europäischen Gemeinschaft sei ohne Alternative, das müsse man den Menschen, gerade im Vorfeld der Europa-Wahl, besser vermitteln, so Helmut Brunner. Dazu brauche es „einen Schuss mehr Emotion“ in der Frage der europäischen Identität, so Manfred Weber.

(siehe Bericht Seite 28)

Sabine Stoll in den NÜRNBERGER NACHRICHTEN vom 21. November 2013:

Ständig im Visier der Polizei

Körper-Kameras, Kameras im Streifenwagen, Drohnen, die Bilder aus der Luft machen: Bei der Polizei gibt es viele Begehrlichkeiten in Sachen Videoüberwachung. Am Hauptbahnhof soll sie jetzt sogar ausgebaut werden. Doch ein Allheilmittel sind Kameras nicht. Die abschreckende Wirkung auf Straftäter wird überschätzt. ...

Körper-Kameras oder Kameras in Streifenwagen, wie sie bei der Berliner Polizei eingesetzt werden, sind in Bayern bislang kein Thema. Doch Begehrlichkeiten nach mehr Videoüberwachung, die Datenschützern Schweißperlen auf die Stirn treiben dürften, gibt es auch hier. Zum Beispiel bei der Frage, ob in Polizei-Zellen gefilmt werden darf. Eine Frage, auf die die Deutsche Polizeigewerkschaft gern ein Ja hören würde. „Wir sind dafür, die Videoüberwachung gezielt auszuweiten“, sagt Hermann Benker, Chef der DPoIG in Bayern. ...

Verfechter der Videoüberwachung führen gern ins Feld, dass Kameras Straftäter abschrecken würden.

Prof. Dr. Manfred Bornewasser von der Universität Greifswald gießt Wasser in den Wein. „Die Erwartungen sind zu hoch“, sagt der Psychologe während einer Tagung zum Thema Videoüberwachung an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Angesichts von Polizeikameras würden zwar weniger Diebstähle oder Sachbeschädigungen begangen. Die Zahl der Körperverletzungen oder Raubüberfälle bleibe aber konstant. Wer sich spontan eine Handtasche schnappt oder in Rage um sich schlägt, kümmert sich nicht darum, ob an der Decke Kameras hängen. Abschrecken lassen sich laut Bornewasser nur Menschen, die eine Tat planen. ...

(siehe Bericht Seite 30)

Stefanie Schoene in der ALLGÄUER ZEITUNG / AUGSBURGER ALLGEMEINE vom 16. September 2013:

Die Falle

Orient und Okzident: Beide Begriffe stehen weniger für klar umrissene, geografische Räume, als vielmehr für eine historische Hassliebe. Ist es also statthaft, eine Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung über das Verhältnis Europas zu seinen muslimischen Einwanderern und zum Nahen Osten mit „Orient und Okzident“ zu betiteln? So geschehen bei der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. ...

Auch in Tutzing nötigte der Begriff „Orient“ die Referenten aus Politik- und Islamwissenschaft, sich vom Titel der Tagung zu distanzieren. Udo Steinbach, Professor für Islamkunde und bis 2006 Leiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, hat dieses Konzept Orient/Okzident schon lange aufgegeben. „Es beschönigt nur“, erklärte er. Es gaukle eine Einheit vor, die es nie gab. Steinbach ver-

ehrt Goethe und die Offenheit, mit der er dem Islam begegnete. „Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen“, schwärmte Goethe in seinem „West-Östlichen Divan“. Den Kreativen seiner Zeit galt der poetische Orient als Sehnsuchtsort und Quelle der Spiritualität. Doch dieser Ort war eine Fiktion. Tatsächlich bereiteten sich die europäischen Mächte darauf vor, das Osmanische Reich, den „Orient“ schlechthin, zu zerlegen. Zudem kursierten in Europa negative Stereotypen, die zum Teil bis heute überlebt haben: Der Islam kenne keine Trennung von Staat und Religion, eine säkulare Gesellschaftsordnung sei für Muslime undenkbar, und der Islam sei eine Modernisierungsbremse. Diese Stereotypen zerlegte Karima El Ouazghari. Die Politologin hat den Koran und die Überlieferung

durchforstet. Zwar gebe es in allen Büchern Anweisungen zum persönlichen Verhalten, aber keine Regeln zum Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Auch für eine Demokratiefreundlichkeit des Islam fand sie keine Beweise.

Said al Dailami, gebürtiger Jemenit und Dozent an der Universität der Bundeswehr in München, sieht in dem Begriff „Orient“ die Gefahr der neuerlichen Abgrenzung des „überlegenen“ Westens vom „rückständigen“ Orient. Steinbach warnt: „Der Begriff hat eine Aura der Andersartigkeit. Er ist statthaft, wenn er sich auf das 19. Jahrhundert bezieht, aber nicht, wenn er aktuelle Entwicklungen kategorisieren soll.“ Es hilft nichts: Der Orient-Zopf ist ab und das ist gut so.

(siehe Bericht Seite 33)

Cem Akalin im GENERAL ANZEIGER BONN vom 19. November 2013:

Keine Angst vor der Zukunft

Die deutsche Gesellschaft wird immer älter: Steht in Zukunft also die Herrschaft der Alten über die Jungen bevor? Werden die Senioren in Zukunft das Leben der jungen Generation bestimmen? Darauf eine Antwort zu finden, war Sinn und Zweck einer wissenschaftsgeleiteten zweitägigen Politiksimulation, die gestern Abend im ehemaligen Plenarsaal des Bundestags zu Ende ging.

214 Bürger zwischen 15 und 88 Jahren simulierten den Parlamentsalltag der Jahre 2013 und 2050 – ein wissenschaftliches Experiment zum Finale des Wissenschaftsjahres 2013, das den demografischen Wandel zum Schwer-

punkt hatte. Muss einem vor den „grauen Aussichten“ angst und bange werden? Nach dem zweitägigen Experiment zieht Clemens Tesch-Römer vom Deutschen Zentrum für Altersfragen ein eindeutiges Fazit: „Nein, die Altersgruppen haben klug und kompetent argumentiert. Es ging eindeutig um die Sache – nicht um den Vorteil der jeweiligen Altersgruppe.“...

Das erstaunliche Ergebnis: Das Parlament der Zukunft und das der Gegenwart stimmte fast ähnlich ab. Die größte Abweichung gab es bei jenen, die sich enthielten: 2013 wären es 5,5 Prozent, 2050 14,6 Prozent. „Aber die inhaltlichen Unterschiede waren hier am

geringsten. Man war sich doch ziemlich einig, mehr Geld in die Ausbildung der Jungen zu investieren“, erklärte Professorin Ursula Münch, Leiterin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, die das Experiment leitete. Ähnlich sah es bei den Abstimmungen beim Thema Familie und Beruf aus: Das Vereinbarkeitsmodell war für beide Parlamente eindeutig attraktiver als das Familienzeitmodell.

Und auch bei der Entwicklung von schrumpfenden Regionen wollte die klare Mehrheit mehr in Pflege, den Nahverkehr und die Kinderbetreuung investieren. ...

(siehe Bericht Seite 3)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

14-4 2. – 4. April

Diplomatie für Deutschland?

Die deutsche Frage in Europa und der Welt 1949 bis 1990

In Kooperation mit dem Deutschen Historischen Institut Paris

Leitung: Michael Mayer / Christian Wenkel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außenveranstaltung in Paris

14-5 2. April

Mit Grenzen leben. Was tun, wenn das Leben zu Ende geht?

In Kooperation mit der AG Katholischer Frauen Bayerns

Leitung: Michael Spieker / Ulrike Faust

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Außenveranstaltung in München

14-7 3. – 5. April

Bildungsphilosophie – Gegenstandsbereich, disziplinäre Zuordnung und politische Bedeutung

In Kooperation mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
und der Deutschen Gesellschaft für Philosophie

Leitung: Michael Spieker / Krassimir Stojanov

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

Außenveranstaltung in Eichstätt

14-3 4. – 6. April

Planspiele in Schule und Politikberatung

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Planspiele
in Deutschland, Österreich und der Schweiz (SAGSAGA)
und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Stefan Rappenglück / Detlef Dechant

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

15-2 7. – 8. April

Integrationskulturen – Zugehörigkeitsdebatten in der Migrationsgesellschaft

In Zusammenarbeit mit der Inneren Mission München / Diakonie in München und Oberbayern

Leitung: Andreas Kalina / Sabine Lindau

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

15-3 7. – 9. April

Tutzingen Journalistenakademie:

Islamhasser und Neo-Nazis: Recherche am rechten Rand

In Zusammenarbeit mit dem netzwerk recherche

Leitung: Michael Schröder / Bernd Kastner

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

15-4* 9. – 11. April

Der Holocaust. Kontexte und Forschungsansätze

Leitung: Michael Mayer / Frank Bajohr

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

15-1 11. – 13. April

Europa hat die Wahl – Visionen und Strategien für die EU

Leitung: Jörg Siegmund

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-1* 24. – 27. April

Bildungschancen in Europa

Workshop zum European Education Forum

In Zusammenarbeit mit der StadtschülerInnenvertretung München

Leitung: Jörg Siegmund

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

18-1* 28. – 30. April

Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Sabine Wintermantel / Gerhard Hammer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158-256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

18-2* 28. – 30. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts an Realschulen

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Sabine Wintermantel / Philipp Beyer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158-256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

18-3* 28. – 30. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts am Gymnasium

Fortbildung für Seminarlehrkräfte mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Sabine Wintermantel / Wolf Weigand

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158-256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

18-5 29. April

Fragen an Europa: Worüber entscheiden wir bei der Europawahl?

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,

der Europäischen Akademie Bayern und der

Vertretung der Europäischen Kommission in München

Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina / Monika Franz / Birgit Schmitz-Lenders / Peter Martin

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung in Augsburg

Internet: www.apb-tutzing.de

www.facebook.com/APBTutzing, www.twitter.com/APBTutzing

www.youtube.com/APBTutzing

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M a i

18-4 2. – 4. Mai

Transparenz in der Demokratie: Kein Platz für geheime Nachrichtendienste?

In Kooperation mit der International Intelligence History Association

Leitung: Michael Mayer / Wolfgang Krieger

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

19-1* 5. – 9. Mai

Internationale Politik: Akteure, Probleme und Konflikte

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

19-3* 5. – 9. Mai

Tutzingener Nachwuchsakademie: Politische Kampagnen und Kommunikation 3.0

In Zusammenarbeit mit der Fakultät Medien der Hochschule Mittweida

Leitung: Michael Schröder / Andreas Wrobel-Leipold

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

19-2 9. – 11. Mai

Tutzingener Nachwuchsakademie: Sicherheit, Wirtschaft, Gesellschaft

Theorien und Problemfelder internationaler Politik

In Kooperation mit der Nachwuchsgruppe der Sektion Internationale Politik (IP)

der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)

Leitung: Anja Opitz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

19-4 10. Mai

Generation Facebook?

Soziale Netzwerke verändern Politik und Gesellschaft

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Michael Schröder / Katharina Geiger / Sabine Jörk

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung in Bayreuth

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Renate Heinz (Sekretariat der Direktorin)	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de
Alexandra Tatum-Nickolay	A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de
Simone Zschiegner	S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

20-2 12. – 15. Mai
Vergemeinschaftung, Renationalisierung, Demokratisierung, Krisenbewältigung – Die Zukunft des Europäischen Parlaments
In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Leitung: Gero Kellermann / Harald Geiss
Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

21-1 23. – 24. Mai
Aufstieg und Niedergang von Nationen
In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing
Leitung: Wolfgang Quaisser / Martin Held
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

21-3 23. – 25. Mai
**Tutzinger Journalistenakademie:
Zukunftswerkstatt Radionachrichten – zeitgemäß und verständlich**
Workshop in Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF medienakademie
und dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)
Leitung: Michael Schröder / Tobias Geißner / Dietz Schwiesau
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr! Außenveranstaltung in Magdeburg

22-1* 26. – 28. Mai
**Fortbildung für Seminarlehrkräfte an Realschulen
in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern**
mit der Akademie Dillingen
Leitung: Wolfgang Quaisser / Oliver Laqua
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

22-4 30. Mai – 1. Juni
Separatismus der Regionen – Europas Problem mit Unabhängigkeitsbestrebungen
Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

J u n i

23-2* 3. – 6. Juni
Fortbildung Internationale Politik: Koordinaten einer neuen Weltordnung
In Zusammenarbeit mit dem Systemzentrum Luftfahrzeugtechnik Penzing
Leitung: Anja Opitz / Herbert Meßner / Jochen Fröschle
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-1* 4. – 6. Juni
Internationale Akademie: Poverty, Social Exclusion and Income Inequality
Dynamics in Central and Eastern Europe Sixth Joint IOS/APB/EACES
Summer Academy on Central and Eastern Europe
In Kooperation mit dem Institut für Osteuropa- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg
Leitung: Wolfgang Quaisser / Ekaterina Selezneva / Jürgen Jerger
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17
Anmeldung über das IOS Regensburg

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

24-1* 12. – 15. Juni

Tutzinger Nachwuchsakademie: Interdisziplinäre Stipendiatentagung

In Zusammenarbeit mit dem Max Weber-Programm des Freistaats Bayern und der Studienstiftung des deutschen Volkes

Leitung: Andreas Kalina / Anke Dörner / Peter Kainz

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-2* 16. – 18. Juni

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

In Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Leitung: Jörg Siegmund / Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

25-4 18. – 20. Juni

Zwischen Akzeptanz und Toleranz –

Die Beziehungen der westlichen zur arabischen Welt

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauen-Bund

Leitung: Anja Opitz / Hanne Egger

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

25-1 20. – 22. Juni

Retreating from the World? U.S. Foreign Policy during the Obama Presidency

In Kooperation mit der Universität Erlangen-Nürnberg und der TU Kaiserslautern

Leitung: Anja Opitz / Andreas Falke / Jürgen Wilzewski

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

25-5 22. Juni

17. Passauer Tetralog

Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau

In Zusammenarbeit mit der Universität Passau und den Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

26-1* 23. – 27. Juni

Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Chance und Herausforderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jörg Siegmund / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

26-2* 23. – 27. Juni

Werteerziehung im Biologieunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

26-3 27. – 29. Juni

Politische Bildung in der digitalen Wissensgesellschaft

Leitung: Ursula Münch / Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

Der Förderkreis existiert seit 1988. Er begleitet die Akademie bei ihrer Bildungsarbeit, die heute so wichtig ist wie in der Gründerzeit. Er leistet einen finanziellen Beitrag zur Akademiearbeit sowie zu Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Er ermöglicht die Verpflichtung hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis. Kurz: Der Förderkreis unterstützt die Arbeit des Hauses, wo der Etat an seine Grenzen stößt. Die Mitglieder des Förderkreises wollen diesen Beitrag auch in Zukunft leisten.

Sie können dabei sein: Werden Sie Mitglied

- Sie leisten damit einen Beitrag zu lebendiger politischer Bildung und stützen die Fundamente unserer Demokratie
- Sie können sich beim jährlichen Gartenfest mit Akteuren aus Politik, Gesellschaft, Religion und mit politisch Interessierten austauschen
- Sie sind eingeladen, an den Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag teilzunehmen
- Sie lesen im vierteljährlich erscheinenden „Akademie-Report“ Wichtiges aus Tagungen und Veranstaltungen
- Sie können die Zusammenarbeit mit anderen Förderkreis-Mitgliedern nutzen
- Sie helfen der Akademie durch Ihren Beitrag und durch Spenden, die Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verbessern

Fax Nr. 08158/256-6644

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing

Tel. 08158/256-44
foerderkreis@apb-tutzing.de

Beitrittserklärung

zum Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Name, Vorname, Titel:

PLZ/Ort: Straße/Nr.

Telefon: e-mail:

Beruf: Geb.-Datum:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30.-- € pro Jahr.

Mein persönlicher Jahresbeitrag soll jedoch 40.-- € oder 50.-- € oder € betragen.

Die Beitragszahlung erbitten wir an die

Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50, Konto-Nr. 430 592 477

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch stellte im Bayerischen Landtag das (sehr lesenswerte) Buch von Franz Maget, dem früheren Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag vor: „Es geht auch anders. Politische Bilanz eines bayerischen Sozialdemokraten“. Im Rahmen der Abschlusskonferenz des vom BMBF geförderten Forschungsprojekts „Sicherheit im Öffentlichen Raum“ (SIRA) unter dem Titel „Innere Sicherheit seit 9/11 – Zur Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen in Theorie und Praxis“ referierte sie über „Sicherheit im Cyberspace“. Die Ringvorlesung anlässlich des 20jährigen Bestehens des Europäischen Zentrums für Föderalismusforschung an der Universität Tübingen unter dem Motto „Föderalismus – das Problem oder die Lösung?“ bot den Rahmen für einen wissenschaftlichen Vortrag zum Thema „Zwischen Sankt-Florians-Prinzip und föderaler Aushandlung: Energie- wende in Deutschland“. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Bayerischen Landtags und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit wirkte die Direktorin an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Die politische Situation nach der Wahl – aus wissenschaftlicher und aus journalistischer Sicht“ mit. Und im Rahmen des Festakts zum Bayerischen Verfassungstag, veranstaltet von der Bayerischen Volksstiftung in der Ludwig-Maximilians-Universität, diskutierte sie auf dem Podium über die „Verantwortung der Medien in Staat und Gesellschaft“. Beim Neujahrsempfang des CSU-Kreisverbands Miltenberg hielt sie in Großwallstadt den Festvortrag zur aktuellen Lage der Politik im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt im Rahmen eines Fachkolloquiums des German Institute of Global and Area Studies in Hamburg einen Vortrag über „Chinas neue Strategie gegenüber regionalen Sicherheitsbündnissen“. Im Zuge der Veranstaltungsreihe „Geopolitik – Weltordnung im 21. Jahrhundert“ des Gerd-Bucerius-Gesprächskreises der ZEIT-Stiftung hielt sie einen Vortrag über die Rolle Chinas in Weltordnungsdiskussionen. Für die Hanns-Seidel-Stiftung sprach sie auf der Veranstaltung „Bewegung im Atomstreit?“ über Chinas Politik gegenüber Iran und dem Mittleren Osten und diskutierte auf einer Expertenrunde der Hanns-Seidel-Stiftung Chinas zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik. An der Bayerischen Elite-Akademie hielt sie einen Vortrag über China und Vietnam. Dem NDR gab sie ein Interview für die Sendereihe „Streitkräfte und Strategien“. Im Wintersemester 2013/14 hält Saskia Hieber die Lehrveranstaltung „China – Konfliktkonstellationen und Kooperationspotential“ am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München.

Dr. Gero Kellermann wurde erneut in den Vorstand der Europa-Union, Bezirksverband München gewählt.

Dr. Michael Mayer sprach im Rahmen des „Sorbonne Cold War History Project“ auf der Konferenz der Université Paris I Panthéon-Sorbonne „France, the USSR, and the End of the Cold War, 1975-1991“ zum Thema „On the Way between the Unacceptable and the Unavoidable: France, the Soviet Union and the Germans 1989/90“. Im Wintersemester 2013/14 gab er an der Universität Augsburg ein Seminar zum Thema „Gesellschaft und Wirtschaft im Nationalsozialismus“.

Dr. Anja Opitz nahm im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 und der Veranstaltung „MSC50 unplugged“ an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Transatlantische Renaissance“ teil. Zudem hielt sie vor dem Gerd Bucerius Gesprächskreis im Haus der ZEIT-Stiftung in Hamburg einen Vortrag zum Thema „Europas neue Geopolitik? – Perspektiven nach dem EU Sicherheitsgipfel 2013“.

Dr. Michael Schröder sprach in Bad Kissingen auf dem Multiplikatorenseminar der Sudetendeutschen Landsmannschaft über „Methoden und Strategien erfolgreicher Pressearbeit“.

Dr. Michael Spieker hielt anlässlich des UNESCO-Welttages der Philosophie einen Vortrag über „Recht und Gerechtigkeit“ an der Uni Bamberg. Am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung sprach und diskutierte er in München unter dem Titel „Vielfalt erwünscht – Homogenität erzwungen“ über Herausforderungen einer inklusiven Gesellschaft. Auf einer Fortbildung für Schwangerschaftsberaterinnen trug er in Wasserburg am Inn über „Pränataldiagnostik und die Erwartungen der Gesellschaft“ vor.“